DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

314 27. JAHRGANG November 2010 4,50 €

AUS DEM INHALT:

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Im dritten Teil unserer Serie »Überleben in Ghettos und Slums« beschäftigt sich unser Autor Wolfgang Ratzel mit den Alltagsträumen vieler SlumbewohnerInnen: Alle wollen raus aus ihrem Slum, und alle wollen hinein in die Zonen der Normalität. Seite 3

NULLTARIF

Die Problematik begegnet uns täglich: verstopfte Straßen, Luftverpestung, Frust und Aggression im Verkehr. Gleichzeitig steigen die Preise im Öffentlichen Personennahverkehr munter an. In Berlin und Hamburg arbeiten Initiativen an Kampagnen für eine solidarisch finanzierte, unentgeltliche Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs für Alle. Seite 4

PROJEKT-INSOLVENZ

Der Eilhardshof, das Generationen übergreifende Wohnprojekt in einer Jugendstil-Villa am Rande von Neustadt/Weinstraße, das aus einer Initiative von Horst Stowasser und den Menschen aus seinem Umfeld entstanden war, ist gescheitert. Angesichts der drastisch gestiegenen Baukosten und der daraus folgenden finanziellen Probleme ist die Gruppe nicht mehr in der Lage, den Bau zu finanzieren. Das Gebäude muss verkauft werden. Seite 5

DORF DER FLÜCHTLINGE

Das süditalienische Dorf Riace litt unter starker Abwanderung. Da hieß der Bürgermeister ankommende Flüchtlinge willkommen. Inzwischen hat sich der Ort zu einer Oase des Miteinanders gewandelt. Am südlichen Rand des italienischen Stiefels, gewissermaßen am Bogen des Großzehenballens, liegt das Dorf Riace. Seite 6

ROMA IN FRANKREICH

Europa rückt nach Rechts: Während man sich über Berlusconis Fremdenfeindlichkeit kaum mehr aufregt, lässt nun auch Frankreichs Präsident Sarkozy alle Masken fallen. Die Massenausweisungen von rumänischen Roma in den letzten Monaten werden nun auch gesetzlich legitimiert. Die EU-Kommission und Frankreichs Opposition sehen hilflos zu. »Italienische Verhältnisse an der Seine« auf Seite 12

GENOSSENSCHAFTEN

Die Stadtteilgenossenschaft Gaarden eG mit Sitz in Kiel ist Träger des Mehrgenerationenhauses Vinetazentrum in der Elisabethstraße 64, direkt am Vinetaplatz. Die Genossenschaft engagiert sich mit und für die im Stadtteil lebenden Menschen und setzt sich für eine Verbesserung der Lebensqualität, des interkulturellen Zusammenlebens sowie für die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in Gaarden ein. Seite 13

www.contraste.org

DIE BESCHÄFTIGUNGSINDUSTRIE

Die dubiose Welt der Maßnahmeträger

»Armuts-, Sozial-, Mitleidsindustrie«: In den Medien wird immer wieder die Geschäftemacherei von Unternehmen und Organisationen mit sozialem Anspruch kritisch thematisiert. Auch mit der Arbeitslosigkeit lassen sich bekanntlich Profite erzielen. Der Begriff »Beschäftigungsindustrie« bezieht sich auf Firmen, Verbände oder Vereine, die sich auf dem Gebiet des staatlich geförderten Arbeitsmarkt bewegen, mit der offiziellen Zielstellung, Erwerbslose (wieder) in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern. Etwa 1,7 Milliarden Euro wurden im letzten Jahr insgesamt für Arbeitsgelegenheiten nach dem SGB II in Deutschland ausgegeben.

Von Joachim Maiworm, Berlin ● Das mit Abstand bedeutsamste Instrument der Arbeitsmarktpolitik sind dabei die »Ein-Euro-Jobs«. 2009 gab es davon im Jahresdurchschnitt knapp 280.000. Für sie zahlt der Staat die »Regiekosten«. Mit ihnen verdienen die Träger richtig Geld. Letztlich also mit der Unmenge an Schwachsinn, der im Rahmen dieser Jobs passiert (Stichwort: »Beschäftigungstherapie«). Groß ist insgesamt das Finanzvolumen, das in Form staatlicher Subventionen in diesen Sektor fließt, groß ist aber auch die Intransparenz, die eine Beschäftigung mit dem Thema erschwert und die wesentlichen Akteure weitgehend im Dunkeln agieren lässt.

Die mit immensen Summen in die Wege geleiteten Beschäftigungs- bzw. Qualifizierungsmaßnahmen zeigen dabei die grundlegende Ambivalenz des Sozialstaats auf: Manche der betroffenen Erwerbslosen erleben die ihnen zugewiesenen Projekte als Hilfestellung in ihrer desaströsen Lage, viele aber als reinen staatlichen Zwang und Entmündigung. Allein in Berlin existieren etwa 500 kleinere und größere Träger. Große überregional agierende Sozialkonzerne mit Hunderten von Mitarbeitern arbeiten neben lokalen Kleinunternehmen, die häufig genug selbst um ihr ökonomisches Überleben kämpfen.

Mitleid mit diesen Trägern ist allerdings fehl am Platze: Denn auch sie sind als Akteure der Beschäftigungsindustrie Mitproduzenten von Beschäftigungsverhältnissen ohne Arbeitsrechte, Mitverursacher von Sanktionen gegen die Erwerbslosen sowie Förderer von Dumpinglöhnen. Und auch sie verdrängen mit ihren Projekten sogenannte reguläre Erwerbsarbeit. Was für den Bereich des öffentlichen Dienstes nicht erstaunt. Die zunehmende Verschuldung der kommunalen Haushalte – der Deutsche Städtetag erwartet für das laufende Jahr ein Rekorddefizit von 15 Milliarden Euro – fördert den offenen Rechtsbruch. Denn die Kommunen gieren nach kostenloser Arbeit, um ehemalige Regelaufgaben durch gemeinnützige Arbeit Dienstverpflichteter ersetzen zu können.

Schon 2008 stellte deshalb der Bundesrechnungshof fest, dass bei zwei Drittel der Maßnahmen die gesetzlichen Fördervoraussetzungen nicht erfüllt würden (öffentliches Interesse, Zusätzlichkeit). Aber wen wundert's: Die periodisch wiederkehrenden »Missbrauchsdebatten« zielen auf die Erwerbslosen, nicht jedoch auf den offenkundig rechtswidrigen Einsatz der Arbeitsgelegenheiten. Im vergangenen März schreckte vorübergehend die Praxis der Arbeiterwohlfahrt (AWO) im schleswig-holsteinischen Neumünster die interessierte Öffentlichkeit auf. Der Sozialverband setzte Hartz-IV-Empfänger gegen ordentlich Geld in der Seniorenbetreuung ein, berechnete den Kunden acht Euro für die geleistete Hilfe im Haushalt, während die Ein-Euro-Jobber nur 1,25 Euro pro Stunde erhielten. Die Arbeitsagentur schickte daraufhin Prüfer ins Haus.

Proteste gegen die AWO-Zentrale in Berlin im Oktober 2004 Foto: Umbruch-Bildarchiv Berlin

Von Kontrollen, Mahnungen, gar Sanktionen gegen Träger lässt sich ansonsten allerdings kaum etwas vernehmen. Denn die Träger, insbesondere die großen Wohlfahrtsverbände, und ihre Lobbyorganisationen arbeiten eng mit den staatlichen Instanzen zusammen.

In der breiten Öffentlichkeit ist leider kaum etwas über den Komplex von Trägern, Einsatzstellen, kommunalen Verwaltungen und Jobcentern bzw. Argen bekannt. Auf Bitte der Berliner »AG Beschäftigungsindustrie« haben sich deshalb für diese Ausgabe der CONTRASTE mehrere AutorInnen darangemacht, mehr Licht ins Dunkel zu bringen und sich mit verschiedenen Aspekten und Facetten des Themas auseinandergesetzt.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

SCHWERPUNKTTHEMA

Gewinner der Armut:
Die »Beschäftigungsindustrie« Seite 7

Arbeitslose in SOS-Diensten
Aufmarsch der Hartz IV-Truppen Seite 7

SSM Köln:
Die MüTZe, der Möbelverbund
und die Konkurrenz-Euro-Jobs Seite 8

Trias gGmbH, Treptow-Köpenick:
Guckst Du hier! Seite 8

Evangelische Kirche:
Gute Werke, Arbeit & Nächstenliebe? Seite 9

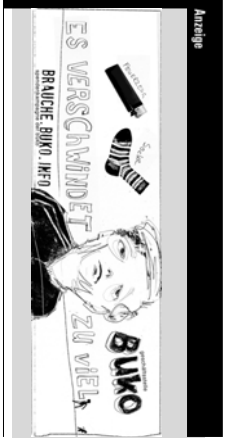
Interview:
»Ich hatte den Eindruck, ich bin in einem
Straf- und Erziehungslager« Seite 9

Der Mae-Kiezpool: Es geht auch anders Seite 9

Die Bürgerarbeit:
Keine Leistung ohne Gegenleistung! Seite 10

Emanzipatorische Umorientierung:
Mythos Weiterbildung – eine Polemik Seite 10

D 8008



Anzeige

STUTTGART-21: BAHN-PROJEKT VOR DEM AUS

Bunte Bewegung im Widerstand

Der überharte Einsatz der Polizei am 30. September hatte das umstrittene Bahn-Projekt Stuttgart-21 endgültig bundesweit bekannt gemacht. Der Widerstand ist größer und bunter als zuvor. Selbst der Ausstieg der ParkschützerInnen aus den Schlichtungsverhandlungen wird als Stärke begriffen.

Von Peter Streiff, Red. Stuttgart ● In Stuttgart geht es längst nicht mehr nur um den Bahnhof: Das Klima in der Stadt hatte sich bereits vor dem brutalen Polizei-Einsatz deutlich verändert. Mittlerweile scheint sich das sogar bis zu Ministerpräsident Mappus rumgesprochen zu haben. Denn die wöchentlichen Montagsdemos mit fünf- bis zehntausend TeilnehmerInnen und mehrere Großdemos zeigen Wirkung. Zudem ist Mappus' Rambo-Taktik gründlich fehlgeschlagen, denn die vielen Augenzeugen-Berichte und Videos im Netz belegen, von welcher Seite die Aggressionen am 30. September im Schlossgarten ausgingen.

Ein Untersuchungsausschuss soll nun die Einzelheiten ans Licht bringen. Doch spätestens mit den öffentlichen Aussagen eines beteiligten Polizisten ist klar, dass der Einsatzbefehl »von ganz oben« kam: »Wenn selbst der Koch, der 1.700 Lunchpakete bereit stellen muss, mehr weiß als der mit Blaulicht anrückende Einsatzleiter aus Mannheim«, habe dieses Vorgehen sicher nichts mit der ansonsten gerühmten Stuttgarter Deeskalationstaktik zu tun gehabt. BeobachterInnen aus dem Rest der Republik fragen sich verwundert, warum die StuttgarterInnen derart entschieden Widerstand gegen ein Bahnprojekt leisten. – Einige, notgedrungen unvollständige Erklärungsansätze:

Auslösendes Moment für viele war wohl der von Oberbürgermeister Schuster verhinderte Bürgerentscheid 2007. 67.000 BürgerInnen lehnten das Projekt nicht nur wegen zu hohen Kosten und erheblichen Risiken ab, sondern stützten sich auf ein von den Umweltverbänden BUND und VCD ausgearbeitetes Alternativkonzept »K21«, das den Ausbau des funktionierenden Kopfbahnhofs vorsieht.

Dass mittlerweile drei teilweise massive Kostensteigerungen von offizieller Seite eingeräumt werden mussten – vor Baubeginn – und parallel mehrere Gegengutachten noch deutlich höhere Kosten schätzen, stärkte den Widerstand weiter. Ausgewiesene Bahnfachleute wie Professor Karl-Dieter Bodack belegen zudem detailliert, dass der geplante Tiefbahnhof schlechter sei als der bestehende Kopfbahnhof. Nachdem ein seit zwei Jahren unter Verschluss gehaltenes Gutachten der Projektbefürworter – mit vernichtendem Urteil – öffentlich gemacht werden konnte, war deren Glaubwürdigkeit endgültig weg.

Auch bekennende ehemalige CDU-WählerInnen, die aktiv den Park schützen wollten, erlebten fassungslos die Arroganz der Mächtigen im Stuttgarter Schlossgarten. Trotz des aggressiven Vorgehens der Polizei blieben die GegnerInnen friedlich – die Großdemo mit 100.000 TeilnehmerInnen am Samstag danach war eine kraftvolle Antwort.

Nun mussten die Befürworter einlenken: Die Schlichtung wurde eingerichtet. Nach dem Spaltungsversuch von Bahn und Land, auf den geforderten Bau- und Vergabestopp während der Schlichtung nur teilweise einzugehen, verabschiedeten sich die Parkschützer zwar aus den Verhandlungen. Dennoch wird dies im Widerstandsbündnis eher als Stärke begriffen, denn »nun können wir zweigleisig fahren« – und zwischendurch das Widerstandsbier »RESIST« genießen. Denn den ersten Schlichtungstag können die GegnerInnen schon mal als Punktsieg verbuchen.●

Informationen:
■ aus dem Aktionsbündnis:
www.kopfbahnhof-21.de (fachliche Argumentation von Prof. Bodack in rechter Spalte)
■ laufende Debatten:
www.parkschuetzer.de und
www.bei-abriss-aufstand.de
■ unabhängiger Fernsehkanal:
www.fluegel.tv (überträgt die Schlichtung)

elis.corner

Jede und jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit

Der Versuch der Staatsmächtigen, das Milliardengrab Stuttgart 21 durchzuprügeln, endete mit Hunderten Verletzten, mindestens zwei von ihnen drohen zu erblinden. In diesem Sommer starben in Duisburg 21 Menschen, die einfach nur Spaß haben wollten, bei einer Massenpanik auf dem Weg zur Loveparade, mehr als 500 wurden verletzt. Was hat das miteinander zu tun?

Beides sind Beispiele dafür, wie im Zusammenwirken von Politik, Wirtschaft und Polizei nicht das Wohlergehen von Menschen im Vordergrund steht, sondern um jeden Preis gewinnbringende Projekte umgesetzt werden sollen. Und beide Beispiele, die typisch sind dafür, wie Macht in diesem Land funktioniert, zeigen deutlich, dass die Mächtigen und Verantwortlichen fast ausschließlich Männer sind. Der »Stern« hat anschaulich über »die Herren« aus Politik und Wirtschaft berichtet, die sich im »Weinberghäuschen« der IHK Stuttgart treffen, gemeinsam mit den Verantwortlichen großer, meinungsbildender Medien wie der Stuttgarter Zeitung. In dieser Parallelstruktur sitzt die Macht, und diese Macht will Stuttgart 21 durchsetzen. Als Ursache der Loveparade-Katastrophe gilt ein Mix aus Profitstreben des Veranstalters, Profilierungsbestrebungen der verantwortlichen Politiker und mindestens Unfähigkeit der Polizei. Der Duisburger Oberbürgermeister Sauerland ist trotz vielfältiger Rücktrittsforderungen nach wie vor im Amt.

Campact ruft auf zum »Mappus schnappen« – der baden-württembergische Ministerpräsident gibt in diesen Tagen das arrogante Gesicht der Macht. Aber es darf darüber nicht vergessen werden, dass Konflikte zwischen der Bevölkerung und den Mächtigen nur begrenzt mit dem Fehlverhalten einzelner Personen zu tun haben. Umgekehrt kann es nicht sein, dass das Funktionieren einer Demokratie vom Goodwill einzelner Menschen in Machtpositionen abhängt. Alle paar Jahre ein Kreuzchen machen, und – wenn es dann aus dem Ruder läuft – zähneknirschend bis zur nächsten Wahl warten, oder bestenfalls einzelne parlamentarische Entscheidungen mit einem Volksentscheid kippen: Das ist nur begrenzt demokratisch.

Das – vermutlich unbeabsichtigte – Signal von Duisburg war: Vertraut nicht darauf, dass diejenigen, die ihr mit euren Steuergeldern dafür bezahlt, dass sie Gefahren von der Bevölkerung fernhalten, ihren Job sachgerecht und verantwortlich machen. Ähnlich wirkten zum Beispiel im Sommer die überhitzten ICE-Züge, in denen Bahnreisende kollabierten. Und täglich machen Sanktionen gegen Hartz IV-EmpfängerInnen deutlich, dass deren Gesundheitszustand nicht zählt. Schon im Normalfall ist eine gesunde Lebensführung unter den Bedingungen von Hartz IV kaum möglich – bei einer reduzierten Zahlung aufgrund von Sanktionen oder Flüchtlingsstatus wird sie unmöglich. All das bewirkt mindestens Unzufriedenheit, häufig Verzweiflung, und untergräbt das Vertrauen in Politik und öffentliche Verwaltung.

Das – vermutlich beabsichtigte – Signal von Stuttgart richtet sich an diejenigen, die vielleicht zukünftig ebenfalls auf die Idee kommen könnten, von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch zu machen: Verlasst euch nicht auf den Rechtsstaat, und verlasst euch nicht darauf, dass die Unverletzlichkeit eurer Körper durch staatliche Organe gewährleistet würde. Ganz im Gegenteil: Macht euch darauf gefasst, dass das Einfordern demokratischer Rechte euch eure Gesundheit, eure Bewegungsfähigkeit, euer Augenlicht kosten könnte. Die Gewerkschaft der Polizei bemängelte an dem Einsatz in Stuttgart, dass es den PolizistInnen bis zu 10 Stunden nicht möglich gewesen sei, eine Toilette aufzusuchen – das rechtfertigt jedoch nicht, ersatzweise die Wasserwerfer zu entleeren. Politisch legitimierte Polizeigewalt ist nichts Neues, aber dank neuer Medien von unten gingen die Bilder von Kindern und alten Menschen, die in Stuttgart von der Polizei angegriffen wurden, ungeschönt und deutlich um die Welt. Die dadurch bewirkte hilflose Wut äußert sich bei den einen in Motivation zum Widerstand, bei anderen ruft sie Politikverdrossenheit hervor.

Artikel 2, Absatz 2 des Grundgesetzes besagt: »Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.« In den bestehenden Machtverhältnissen scheint das nur begrenzt umsetzbar. Strukturen und Instrumente gesellschaftlicher Selbstorganisation, die eine fürsorgliche und respektvolle Körperpolitik ermöglichen, müssen erst noch entwickelt werden.●

Elisabeth Voß

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

Anzeige

Uwe Timm
Verlorene Kindheit-
Errungene Freiheit
Biografie eines unbequemen Libertären
Aktuelle Auflage
208 Seiten/ 19,00 €uro
ISBN 973 -3-92688-17-8
OPPO VERLAG
Postfach 610216
10923 Berlin
Fon: + 49 (0) 30 / 285 082 66
Fax: + 49 (0) 30 / 217 536 46
Oder jede gute Buchhandlung
www.alibro.de

AKTION 2010 UND 2011

Spendenziel noch nicht erreicht

Leider sind wir in diesem Jahr unter unserer Zielmarke von 6.800 EUR geblieben. Zum Erreichen dieser fehlen uns immer noch 1.586 EUR. Im kommenden Jahr benötigen wir 7.500 EUR, unser Spendenaufruf liegt dieser Ausgabe bei.

Redaktion Heidelberg ● Der Endspurt für die »Aktion 2010« ist also angesagt, damit wir dieses Jahr ohne neue Schulden beenden können. Wir hoffen auf eure Solidarität und glauben fest daran, in der nächsten Ausgabe berichten zu können, dass die Zielmarke für 2010 erreicht wurde.

Positive Aboentwicklung

In den vergangenen Monaten konnten wir einige Abos dazugewinnen, diese Entwicklung hätte dazu geführt, dass wir im kommenden Jahr 500 EUR weniger an Spenden benötigen, jedoch hat uns der Staat durch den Mehrwertsteuer-Aufschlag von 19% auf die Vertriebskosten zunächst einen Strich durch die Rechnung gemacht. Auch wenn wir davon ausgehen, bei der nächsten Steuer-Erklärung diese wieder erstattet zu bekommen, müssen bis dahin 1.200 EUR vorfinanziert werden. Aus diesem Grund benötigen wir für 2011 7.500 EUR (siehe Spendenaufruf).

Im Monat Oktober 2010 gab es zwei neue Abos und leider auch eine Abokündigung. Das Ziel unserer Abokampagne liegt nun bei 138+ Abos, die wir noch benötigen, um das Projekt zu stabilisieren.

Begrüßungsgeschenk

Nach der erfolgreichen Abowerbung »Solidarische Ökonomie im Doppelpack«, haben wir die Anzahl unserer Begrüßungsgeschenke für NeuabonnentInnen noch einmal aufgestockt, so dass auch die nächsten 21 Abos das Buch »Wegweiser Solidarische Ökonomie: Anders Wirtschaften ist möglich!« unserer Redakteurin Elisabeth Voß erhalten werden.
An Spenden gingen ein:
- Arno Uhl, Spanien (9 EUR)
- Spende aus Handverkauf, Stuttgart (15 EUR)

Adressänderungen

Wir können gar nicht oft genug darauf hinweisen: Bei einem Umzug werden Zeitungen im Postzeitungsvertrieb trotz Nachsendeauftrag nicht nachgeschickt. Bisher sollte der/die Postbedienstete die Zeitung mit der neuen Anschrift an den Verlag zurückschicken. In der Regel hat dieses aber fast nie funktioniert. Deshalb bitten wir euch um Benachrichtigung bei einem Umzug an unsere Anschrift Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg oder per Mail: contraste@online.de.

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05
IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEF1VBD

Change of Address !

Einstürzendes Hochhaus

Das Bild darf aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht gezeigt werden

TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht.

Wir hoffen weiterhin auf Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05 (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten. Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@online.de.●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2010

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2010: 1.586 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 138+ Neuabos

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland, bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

Flüchtige Bürger

In der Geschichte der Popmusik gibt es eine Reihe von LyrikerInnen, bei denen die Musik in erster Linie eine Untermalung darstellte – und in vielen Fällen auch eine Symbiose bildete. Bei Lydia Daher ist die Situation ähnlich. Aus dem Experiment heraus, die Atmosphäre ihrer Lyrik durch den Einsatz einer Klampfe und des eigenen Macs zu unterstreichen, entstand das selbstbetitelte Debütalbum.

Das war vor drei Jahren und sorgte für eine Reihe von positiven Reaktionen seitens der Feuilletons.

Für ihr zweites Album hat sie den Laptop ausgeschaltet und auch ihre Klampfe zur Seite gelegt – und stattdessen auf eine Band aus ihrem Freundeskreis zur Untermalung ihrer Lyrik zurückgegriffen.

Dabei herausgekommen ist ein seichtes, deutschsprachiges Pop-Chanson-Album mit dem Titel »Flüchtige Bürger«. Im Gegensatz zur mit dem Titel verbundenen Assoziation eines plakativ-politischen Albums, ist das Album textlich eher zurückhaltend. Von einer positiven Grundeinstellung ausgehend, reflektiert sie und gießt ihre Gefühle und Eindrücke ungezwungen in Worte. »Es war im Herz einer ruhigen Provinzstadt ... Flüchtige Bürger – in statischen Städten – Wir können uns nicht helfen – Wir können uns nur retten ...«. Die Kritik ist davon begeistert und Lydia Daher hat bereits eine Reihe von Stipendien und Auszeichnungen vorzuweisen.

Für meinen Geschmack ist sie dabei passagenweise in ihrer Lyrik zu seicht. Das Album dümpelt dahin und besticht weder durch besondere Extravaganzen noch durch besondere Ansichten. Das Album ist keineswegs schlecht, aber es fehlt das gewisse Etwas, daraus wirklich ein hörenswertes Album zu machen. Schon nach dem zweiten Hören stellt sich bei mir ein Gefühl von Langeweile ein. Schade, ich hätte persönlich mehr von diesem Album erhofft...●

DJ Chaoz

Lydia Daher mit Band: Flüchtige Bürger (Trikont US-0411)

Weitere Informationen:
www.lydiadaher.de und
www.myspace.com/lydiadaher

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

ÜBERLEBEN IN GHETTOS UND SLUMS – TEIL 3

Wie den Slums entkommen?

Alle wollen raus aus ihrem Slum, und alle wollen hinein in die Zonen der Normalität. Dorthin, wo in ruhigen und sicheren Straßen die Bungalows stehen, mit Doppelgarage und Rasen; mindestens aber in Mietwohnungen. Das ist weltweiter Slum-Konsens – die Goldene Regel Nr. 1, der fast 1 Milliarde SlumbewohnerInnen folgen. Aber niemand schafft es zu entkommen – fast niemand: Einmal im Slum – immer im Slum? Ist das die Goldene Regel Nr. 2?

Von Wolfgang Ratzel, Berlin ● Entkommen kann mensch auf dreierlei Art: Durch individuelle oder kollektive Flucht. Oder durch die Aufhebung, besser noch Verhinderung von Slums. Denn der sicherste Ausweg aus den Slums besteht darin, gar nicht erst hinein zu müssen.

Individuelle Flucht – oder: Träume sind Schäume

Flash southward: Stell dir vor, du wachst in einem Slum des Südens auf. Welchen Gedanken denkst du zuerst? *Wie und wo und womit verdiene ich heute Geld?* Das ist die Frage aller Fragen. Und du weißt, dass du hungern musst, wenn du nichts oder wenig verdienst. Weil es keine Sozialhilfe gibt, nicht einmal Suppenküchen. Aber eines Tages bleibst du liegen und träumst: *Wie kann ich dem Slum entkommen?* Vielleicht so:

»Es war einmal ein Junge, der lebte mit seinen sieben Geschwistern in der Armut einer 'Villa Miseria', am südlichen Stadtrand von Buenos Aires. Seit er laufen konnte, spielte der Junge mit dem Fußball. Als er neun Jahre alt war, wurde er beim Spielen mit seiner Straßenmannschaft 'Estrella Roja' von einem Talentsucher des Erstligisten 'Argentinos Juniors' entdeckt und verpflichtet. Fortan spielte er in der Kindermannschaft des Vereins. Diese 'Los Cebollitas' – die Zwiebelchen – blieben daraufhin 136 Spiele lang ungeschlagen und schnell nannte man den Jungen nur noch 'Pibe de oro' – Goldjunge. (1) Und am Ende war er einer der berühmtesten Fußballer der Welt.« Sein Name? Diego Maradona. Er schaffte es raus.

Und du träumst weiter: Es waren zwei Kinder, die hießen Rubina Ali Qureshi, sie war neun Jahre alt, und Azharuddin Ismael Shaikh, zehn Jahre – zwei Straßenkinder in den Slums von Mumbai. Plötzlich stand der Regisseur Danny Boyle vor ihnen und fragte: »Wollt ihr im Film »Slumdog Millionär« mitspielen?« Und sie sprachen: »Ja, wir wollen!« Der Film bekam acht Oscars und vier Golden Globes und spielte 380 Millionen Dollar ein. Sie wurden Stars. Trotzdem mussten sie zurück in ihren Slum, und eines Tages kamen Bulldozer der »Kampagne gegen illegale Behausungen« und rissen ihre Hütten ein. Nun hausten sie mit ihren Familien unter Wellblech, Abdeckplane und Bambus. Als das die Weltöffentlichkeit erfuhr, brach ein Sturm der Entrüstung los. Die Produzenten des Films richteten einen Fonds zur Ausbildung der beiden Kinder ein, und dann zogen sie aus, und alles war gut.

Solche Geschichten gibt es menschseidank viele: Von Kindern, die es schafften, als Rapper, Base- und Basketballer, als Schauspielerin oder Model, zu entkommen. Oder sie gingen zur Armee oder zur Tropa de Elite. Und manchmal gelang einem Mädchen dank exzellentem Zeugnis der Sprung in eine Stelle als Programmiererin. Nicht zu vergessen die Mikrokreditprogramme, die vielen Slum-Frauen (und fast keinem Mann) geholfen haben, sich als Näherin, Köchin, Händlerin selbständig zu machen. Aber diese Wenigen gleichen Tränen im Ozean der Milliarde Menschen, die es nicht schaffen und auch nicht schaffen können – und täglich werden es mehr.

Kollektive Flucht

Bisweilen kämpfen Slum-Menschen erbittert gegen Bulldozing, das Niederreißen ihrer Hütten, wie soeben 2.000 im Slum Quezon/Manila/Philippinen. Sie wollen bleiben, weil die Aussiedlung das Aus bedeutet. (2)

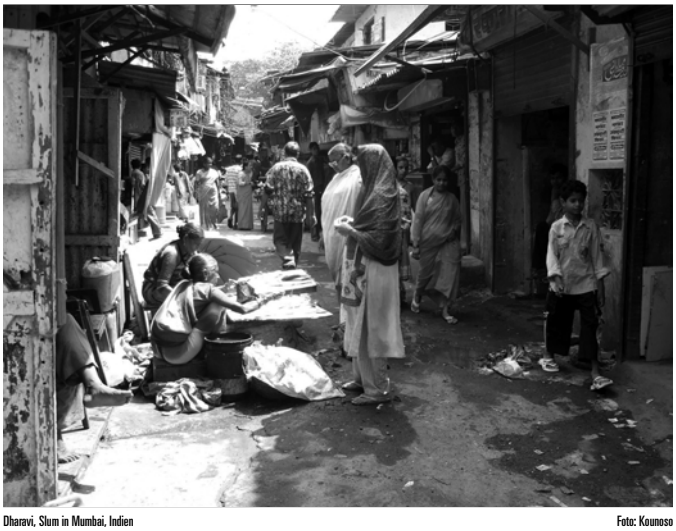
Politische Exodus-Bewegungen hingegen sind tot. Frühere Ghetto-Aufstände, z.B. die »Los Angeles Riots« von 1992, zerstörten die eigene Infrastruktur: Man plünderte und legte Brände. Auch in den Riots von 1966 brannten in 38 Metropolen immer nur die Ghettos der Schwarzen – als ob die Ghettoisierten ihre Ghettos durch Abfackeln auflösen wollten. In die Normalität zu entkommen gelang immer nur der Revoluzzer-Prominenz.

Bleibt der Weg der Bandenbildung, wie z.B. die »Bloods und Crips« oder der »Mara Salvatrucha« in Los Angeles/South Central. Aber auch hier gilt: Reich werden die Anführer; der Rest der jungen Männer bleibt auf der Straße bis sie sterben, und das geht schnell.

Ausweg: Verhinderung von Slums

Seit längerem wird ein neuer Hoffnungshorizont ins Spiel gebracht: Das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE). In einem slum-ähnlichen 1.200-Menschen-Dorf namens Otjivero/Namibia lief sogar ein zweijähriger Menschenversuch. Der Ausgang bleibt ungewiss. (3)

Dabei gibt es langjährige BGE-Erfahrungen.



Dharavi, Slum in Mumbai, Indien — Foto: Kounoso

Mensch braucht nur in die Pine-Ridge-Reservation der Oglala-Sioux in Custer County, South-Dakota/USA fahren. Dort leben auf 10.000 qkm 45.000 Native Americans – so gut wie alle von Sozialhilfe und Renten, ergänzt durch kostenlose Gesundheitsversorgung und Wohnungsbeihilfen. Die Sozialhilfe ist de facto bedingungslos, weil es schlicht keine Projekte gibt, in denen Workfare, die US-Arbeitspflicht, abgeleistet werden könnte. Und reguläre Stellen gibt es fast nur bei der Stammesverwaltung oder Zentralregierung.

Theresa Two Bulls, Präsidentin der örtlichen Sioux, beurteilt deren Lage als »Kultur der Verzweiflung und Abhängigkeit«: *»Die Regierung wollte uns das Gefühl vermitteln, wir seien besiegt. Das wurde uns regelrecht beigebracht. Sie gaben uns Sozialhilfe, und wir lebten von Sozialhilfe. Einige von uns können gar nicht mehr arbeiten, die wissen gar nicht mehr, wie das geht. Sie sind es gewohnt, einfach nur den ganzen Tag zuhause zu bleiben, fernzusehen und zu trinken. Wir sind da, wo sie uns haben wollten.«* Das BGE als menschenverachtende Aufbewahrungsstrategie für alle, die das System nicht mehr braucht?

Als »Villa Miseria« (deutsch: Elends-Siedlung) werden die Slums in Argentinien bezeichnet — Foto: Usuario Roger @ elaws / flickr.com

Die Wohnungsnot und die verschimmelten Häuser sind für Two Bulls ein Ausdruck für das verlorene Selbstbewusstsein der Menschen. Vor allem Sioux-Frauen wehren sich gegen die apathisierenden Wirkungen des Sozialhilfe-Tropfes. Sie versuchen, ihre Kinder zum Leben aus eigener Kraft zu erziehen. Two Bulls zeigt stolz auf das Bild einer adretten jungen Frau: *»Sie hat sich für ein paar weitere Jahre verpflichtet und ist jetzt in Afghanistan. Danach will sie in der Army bleiben. Wenn nicht, müsste sie wieder zu mir ziehen. Der andere Enkel steht auch in Afghanistan – er sagt dasselbe.«* Tja – den Ausweg aus dem Reservat bietet hier – vielleicht – die US-Army, bestimmt nicht das BGE. (4)

Wanderarbeit

In einem Kapitalismus ohne soziale Sicherungssysteme funktionieren Slums über deren Eingebundensein in den (Re-)Produktionsprozess des Kapitals. Solange die abermillionenfache Arbeits- und Dienstleistung kleiner Werkstätten, Läden und Einzelpersonen am Markt verkauft werden kann, gelingt das karge Überleben am Hungerniveau. Wichtig: *Die Lohnarbeit muss Handarbeit sein*, allenfalls gering mechanisiert.

Es gibt nun ein Land, China, in dem es augenscheinlich keine Slums gibt, obwohl es sie geben müsste. China ist zudem Kapitalakkumulationsweltmeister – paradoxerweise unter der autoritären Führung durch die Kommunistische Partei. Warum in China keine und in Indien viele Slums?

Der Schlüssel zum Verständnis ist das *chinesische Modell der Wanderarbeit*, in das 251 Millionen Menschen eingebunden sind. Dessen Grundvoraussetzung war die Auflösung der Volkskommunen; bis 1978 waren sie die Überlebensgrundlage und Altersversorgung der Landbevölkerung. Heute besteht die gesamte soziale Sicherung aus einem auf 15 Jahre oder länger begrenzten Nutzungsrecht an 1 Mü (= 666 qm) Ackerland pro Person. Eine vierköpfige Familie kann einschließlich der Nutzungsrechte der Großeltern maximal auf eine Anbaufläche 5.000 qm kommen. Das reicht für eine ärmliche Selbstversorgung plus einem Ertrag aus Überschüssen von monatlich 33 Euro – für alle sechs. Folge: Die arbeitsfähigen Familienmitglieder *müssen* aus schierer Not auf Wanderung gehen.

Als repräsentativ gilt das Dorf Yi Ning. Dort wandern 600 von 2.100 Menschen, 80 v.H. der Wandernden weit weg. Wer kann, will weggehen, und wer wandern gehen darf, wird oft durch das Los bestimmt. Jedes zweite Haus ist neu gebaut oder renoviert. Faustregel: Ein Neubau kostet umgerechnet 22.200 Euro und erfordert den Lohn aus 200 Monaten Wanderarbeit. Die Leute gehen gut gekleidet durchs Dorf und sind mit Haushaltsgeräten und Fernseher ausgestattet. Wehe denen, die nicht wanderarbeiten können.

Dazu kommt die Einkind-Politik. Vor 30 Jahren begründet, wirkt sie als staatliche Geburtensteuerung; sie hat bis heute etwa *400 Millionen Geburten* verhindert.

Drittes Merkmal ist das Niederlassungsverbot, genannt »Hukou«. Das Wort besagt »eingetragener ständiger Wohnsitz« und bindet die Landbevölkerung an deren Wohnorte. Zwar können sie anderswo arbeiten, aber nach Ablauf des Arbeitsvertrags müssen sie zurück in ihre Heimat.

Viertens, die Sonderwirtschaftszonen: Dort sind soziale, arbeitsrechtliche, Lohn- und ökologische Standards außer Kraft gesetzt. Das aus- und inländische Kapital produziert in diesem Ausnahmezustand extrem kostengünstig. Wichtig: Die Produkte sind Ergebnisse von gering mechanisierter Handarbeit. Die 251 Mio. WanderarbeiterInnen können *trotz fehlender Ausbildung* Arbeit finden. Derzeit werden in riesigen staatlichen Berufsbildungsprogrammen Millionen auf höherwertige Fabrikate umgeschult, und die Löhne steigen.

Indien als gigantische Slumerzeugungsmaschine

Wie funktioniert die indische Wanderarbeit? Nun, ebenso wie in China gibt es auf dem Land so gut wie keine Systeme der sozialen Sicherung und auch kein eingetragenes Bodeneigentum. Die sinkende Geburtenrate liegt knapp unter 3 Kindern pro Frau. Ein Drittel ist jünger als 15 Jahre. Sonderwirtschaftszonen entstehen durch brutalste Enteignungen der Kleinbauern. Bestenfalls bekommen sie eine kleine Abfindung und werden dann sich selbst überlassen. *Unterschied: Die Zonen-Fabriken laufen automatisierungstechnisch auf Weltniveau*; sie benötigen kaum Handarbeit und somit auch keine unausgebildeten Arbeitskräfte. Kein »Hukou«-System behindert das Strömen der Enteigneten und Arbeitsuchenden. Die Not treibt sie in die Slums der Mega-Städte. Die Slums wuchern – in kapitalistischen Verhältnissen, die paradoxerweise in eine parlamentarische Demokratie eingebettet sind.

Summa: Ein Entkommen aus den Slums kann nur durch Verhinderung oder behutsame Auflösung bestehender Slums erreicht werden. Der Königinweg geht über eine gesamtwirtschaftliche Organisation der Arbeitsprozesse, die Ausbildungsstand und Anzahl der Arbeitskräfte mit dem gesamtwirtschaftlichen Bedarf an Waren und Dienstleistungen in Übereinstimmung bringt; dazu kommen Berufsförderungs- und Umschulungsprogramme. Die Niederlassungsfreiheit muss behutsam auf die ökosoziale Aufnahmefähigkeit der Regionen abgestimmt werden. Danach regelt sich die Geburtenrate von selbst. All dies ist in einer deregulierten kapitalistischen Ökonomie völlig undenkbar.

Geschieht das nicht, wird die jetzt noch in zahlreichen Nischen produzierende Slum-Ökonomie durch kapitalistische Großbetriebe niederkonkurriert, was in Indien längst begonnen hat, und zwar in den drei Standbeinen der Slum-Ökonomie: Einzelhandel, Textilproduktion und Recycling. Hier kommt als Alternative die Perspektive einer modernen, kooperativen Subsistenzlebensweise ins Spiel. Abermillionen werden sterben, wenn dieser Systemwechsel nicht gelingt.●

Mehr dazu im Teil 4.

Anmerkungen:

1) vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Diego_Maradona

2) vgl. www.tagesschau.sf.tv/Nachrichten/Archiv/2010/09/23/International/Verletzte-bei-Slumraeumung-in-Manila

3) Angesichts der Menge des Materials müsste gesondert berichtet werden: vgl. www.bignam.org/Publications/BIG_Assessment_report_08b.pdf

4) vgl. Chris McGreal: Giftiger Schwarzer Schimmel. In: der Freitag Nr. 6, 11.2.2010, S.10

Fortsetzung Teil 4:
Wie den abendländischen Ghettos entkommen? Ein Blick zurück: Über die Verarmungsbewältigungsstrategien aus der Zeit des New Deal. Welche Rolle kann eine Solidarische Ökonomie spielen?

EIN NEUES BÜNDNIS STELLT SICH VOR UND WIRBT UM MITARBEIT

Berlin fährt frei

Seit einigen Monaten arbeiten Menschen aus verschiedenen Zusammenhängen an der Kampagne »Berlin fährt frei« für eine solidarisch finanzierte, unentgeltliche Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs für Alle. Dabei werden Fragen nach Gewährleistung des sozialen Rechts auf Mobilität und demokratischer Mitbestimmung über öffentliche Güter verknüpft mit Fragen praktischer Handlungsoptionen gegen den Klimawandel und wie mehr städtische Lebensqualität erreicht werden kann.

Aktion zum Klimatag am 12.10.2010 in Berlin

Berlin fährt frei ● Ziel ist ein breites Bündnis aus Bürgerinitiativen, Umweltverbänden, Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaften, BVG und S-Bahn-Beschäftigten und -Fahrgästen, Zusammenschlüssen von SchülerInnen und Studierenden, Seniorenverbänden, Flüchtlingsinitiativen, Behindertengruppen, Obdachloseninitiativen, radikalen Linken und interessierten Einzelpersonen.

Vier Argumentationsstränge sollen die verschiedenen Perspektiven zusammenführen:

1. Mobilität ist ein Teil sozialer Infrastruktur und ein soziales Recht: Wer zur Arbeit muss oder zum Arzt, zum Jobcenter, zum Bewerbungsgespräch, zur Schule oder zum Krankenbesuch, ist häufig auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Viele Menschen können sich die teuren Tickets jedoch kaum noch leisten. Mehr als 455.000 Menschen und damit jedeR Siebte, gelten in Berlin offiziell als arm. Besonders der hohe und weiter steigende Anteil an Kinder- und Altersarmut verlangt öffentliche Mobilität, weil für diese Bevölkerungsgruppe Individualverkehr oft nicht möglich ist. 197.000 HartzIV-BezieherInnen haben monatlich nur 14,60 Euro für Fahrscheine zur Verfügung. Hinzu kommen zahlreiche, illegalisierte MigrantInnen, Obdachlose und Prekarisierte, die in der Statistik erst gar nicht auftauchen sowie mehr als 3.000 Menschen, die wegen Fahrens ohne Fahrschein zur Zeit in Berliner Gefängnissen sitzen. Mit dem Sparpaket der Regierung und der geplanten Tariferhöhung für den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg ist absehbar, dass die Zahl derer, die sich das nicht leisten können, weiter zunimmt. Wer an der Gesellschaft teilhaben will, braucht aber die Möglichkeit sich frei fortbewegen zu können. Mobilität ist ein öffentliches Gut, das wie auch andere öffentliche Güter, z.B. Schulbildung, allen Menschen kostenlos zugänglich sein muss. Wir fordern daher einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr in ganz Berlin als ersten Schritt auf dem Weg in eine gerechtere, sozialere Gesellschaft!

2. Umwelt- und Klimaschutz: Wenn die Staaten in ihrer Verantwortung für den Klimaschutz kläglich versagen – siehe Kopenhagen – dann müssen die Städte vorangehen. Auf Städte und Gemeinden entfallen 75 Prozent der weltweiten Treibhausgas-Emissionen. Berlin hat – gemeinsam mit zahlreichen internationalen Unterzeichnerstädten – im November 2009 auf der Internationalen Klimakonferenz der Städte in Hamburg erklärt, dass die Treibhausgas-Emissionen der Städte bis 2050 um 80 Prozent verringert werden müssen – wenn ein irreversibler globaler Klimawandel mit katastrophalen Folgen verhindert werden soll. Dafür muss auch das Verkehrsaufkommen reduziert werden. Viele Städte nennen hier explizit u.a. Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV. Berlin setzt statt dessen auf Fahrpreiserhöhung im Jahr 2011 und will das Zentrum der Elektroauto-Mobilität werden. Statt auf sozialen Ausschluss und Individualverkehr zu setzen, könnte Berlin einen Riesenschritt vorangehen und beweisen, dass eine sozial und ökologisch sinnvolle Verkehrspolitik insbesondere in Metropolen machbar ist. Gerade weil Berlin ein gut ausgebautes öffentliches Nahverkehrsnetz hat, könnten viele Menschen problemlos vom Auto auf den ÖPNV umsteigen.

3. Lebensqualität: »ÖPNV zum Nulltarif« heißt auch: Mehr Lebensqualität. Wenn immer mehr Menschen immer öfter auf ihr Auto verzichten, bedeutet dies: weniger Unfälle, weniger tote und verletzte VerkehrsteilnehmerInnen, geringere Lärmbelastung, weniger Feinstaub und gesündere Luft. Alle, insbesondere Kinder, Ältere und Menschen mit Behinderungen können sich sicherer bewegen. Die Straße kann endlich wieder öffentlicher Spiel- und Kommunikationsort werden!

4. Öffentliche Güter gehören in die Hände der Gesellschaft: Das Chaos bei der Berliner S-Bahn, das wir nicht zuletzt dem Profitstreben der Bahn AG (Gewinnmitnahme 2009: 87 Millionen Euro, bei 232 Millionen Euro Subventionen aus dem Berliner Landeshaushalt) zu verdanken haben, zeigt erneut, dass Privatisierung auf Kosten der Beschäftigten und der NutzerInnen geht. Wenn Mobilität sozial gerecht, ökologisch nachhaltig und bedarfsorientiert sein soll, sind demokratische Gestaltung und Kontrolle durch die Gesellschaft der einzig sinnvolle Weg!

Die Forderung nach einem unentgeltlichen, öffentlichem Nahverkehr leuchtet vielen Menschen ein und ruft überwiegend positive Reaktionen hervor. Angesichts von Klimawandel, weiterem Sozialabbau und der unhaltbaren Zustände bei der S-Bahn sind neue verkehrspolitische Lösungen gefragt. Gegen den insbesondere von vielen PolitikerInnen am häufigsten vorgebrachten Einwand, der Nulltarif sei nicht bezahlbar, will »Berlin fährt frei« zunächst eine breite, positive Debatte von unten entfachen, was wir uns als Gesellschaft leisten wollen. Im Übrigen zeigen aber auch praktische Beispiele (u.a. Portland/ USA oder Hasselt/ Belgien), dass ein solidarisch finanzierter, unentgeltlicher Nahverkehr machbar ist. Dass Privatisierung und Marktorientierung dagegen keine Lösungen sind, offenbaren die Missstände der Bahn in England und bei der Berliner S-Bahn.

Als nächsten Zwischenschritt lädt »Berlin fährt frei« für **Mittwoch, den 24. November** zu einem »Hearing der sozialen Bewegungen« ins Haus der Demokratie und Menschenrechte. Dort werden verschiedene Gruppierungen aus dem Blickwinkel ihrer politischen Arbeit zu »Berlin fährt frei« Stellung beziehen. Im zweiten Teil der Veranstaltung sollen Verabredungen für weitere Arbeitsschritte der Kampagne getroffen werden.●

Kontakt: info@berlin-faehrt-frei.de

Anzeige

Schutz für Menschenrechtler

Handlungsspielräume in den Philippinen als Menschenrechtsbeobachter_in ermöglichen

Aktiv werden, Team kennenlernen
I.P.O.N.: Hinrichsenstr. 40, 20535 Hamburg
040-25491947, www.ipon-philippines.org

HAMBURGER AKTIONSKONFERENZ AM 4.12.2010

Freie Fahrt für freie BürgerInnen – HVV umsonst!

Die Problematik begegnet uns täglich: verstopfte Straßen, Luftverpestung, Frust und Aggression im Verkehr. Gleichzeitig steigen die Preise im Öffentlichen Personennahverkehr, nicht zuletzt des Hamburger Verkehrsverbunds, munter an, so dass Prekarisierte, MigrantInnen, Obdachlose immer stärker ausgegrenzt werden.

Redaktion Heidelberg ● Angesichts von Klimawandel und Sozialabbau hat die Hamburger Aktionskonferenz das Ziel, über eine ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Verkehrspolitik zu diskutieren und daraus konkrete Vorschläge zu entwickeln, was wir hier und heute gegen Umweltzerstörung und wachsende soziale Ausgrenzung tun können.

Denn der öffentliche Personennahverkehr ist ein Gemeingut und gehört uns allen! Daher fordern wir: HVV umsonst! Wenn die Regierenden unser Geld für Prestigeobjekte wie die Elb-Philharmonie in den Sand setzen, dann ist es an uns, eine langfristige, umweltfreundliche und sozial verantwortungsvolle Verkehrspolitik zu entwickeln. Die demokratische Gestaltung durch die Beschäftigten und NutzerInnen ist der einzig vernünftige Weg, um kurzfristige Kosten/Nutzen-Rechnungen durch einen nachhaltigen Umbau zu überwinden.

Weniger Verkehrsaufkommen, Umstieg auf ÖPNV und Fahrrad, weniger Unfälle, weniger tote und verletzte FußgängerInnen und RadfahrerInnen, geringere Lärmbelastung, weniger Feinstaub und gesündere Luft, barrierefreie Zugänge für alle – diese kollektiven Bedürfnisse müssen das Ziel einer neuen Verkehrspolitik sein anstatt weiter einer nur scheinbar rationalen Privatisierungs- und Profitlogik geopfert zu werden.

Deshalb diskutiert die Konferenz Überlegungen von Bruno Kern (Initiative Ökosozialismus) und Hendrik Sander (Attac-AG Energie, Klima, Umwelt), um dann in einem open space mit allen BürgerInnen, mit Bürgerinitiativen, Umweltverbänden, Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaften, HVV- und Hochbahn-Beschäftigten, Flüchtlingsinitiativen, Behindertengruppen, Obdachloseninitiativen und radikalen Linken ins Gespräch zu kommen und ein breites Bündnis für überfällige Veränderungen herzustellen.

Im Rahmen des Hamburger Klimaplenums wird die Konferenz vorbereitet von Avanti – Projekt undogmatische Linke (Hamburg), der Bildungsgemeinschaft SALZ und Mitgliedern der AG Ökologie & Globalisierung von attac Hamburg.●

WO? Saal der Werkstatt 3, Nernstweg 32-34, Hamburg-Altona
WANN? Samstag, 4. Dezember 2010 von 10-18 Uhr

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

»Teilhabe« in Berlin

Zusammenbringen von organisierten und unorganisierten Erwerbslosen

Erwerbslosenarbeit ist politisch, weil allein ihre Notwendigkeit anklagenden Charakter hat. In Berlin engagieren sich Betroffene und Aktive in mehreren Erwerbsloseninitiativen. Eine davon ist der Verein »Teilhabe«, der in der Vergangenheit unterschiedlichste Projekte zu den Themen Erwerbslosigkeit, Armut, Gesundheit, Arbeit und Alltag organisiert hat. Die Aktiven wollen eine gerechte Gesellschaft, in der die zunehmende Spaltung zwischen Arm und Reich überwunden wird. Eine von Existenzdruck befreite Gesellschaft ist ihre Vision. Sie beteiligen sich an einer gesellschaftlichen Debatte über die Zukunft der Arbeit, denn die Arbeitsgesellschaft ist in eine Sackgasse geraten. Ein Schwerpunkt der Arbeit ist, Organisierte und Unorganisierte zusammen zu bringen und Räume zum Gedankenaustausch und für die Entwicklung von Ideen zu bieten.

Eine Möglichkeit zu Austausch und Beratung wird bei dem, seit 2004 wöchentlich im Erwerbslosentreffpunkt »Lunte« im Bezirk Neukölln, stattfindenden Erwerbslosenfrühstück gegeben. Bei dem Frühstück geht es neben den Fragen zum Arbeitslosengeldbezug und Mietproblemen auch um weitergehende Fragen der persönlichen Lebenswegplanung und Zukunftsperspektiven. Aber auch die gesellschaftlichen Ursachen und Folgen längerer Erwerbslosigkeit werden untersucht und diskutiert.

Die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben beinhaltet auch Bildung. Oftmals geht es bei der Bildung von Erwerbslosen nur um die Verbesserung der Vermittlungschancen. Bildung bedeutet aber mehr, es geht um Handlungsoptionen für ein Leben mit Erwerbslosigkeit und zu deren Überwindung. In Seminaren werden keine »Bewerbungstrainings« angeboten, sondern konkrete Handlungsalternativen zum bisherigen Lebenslauf. Es wird Teilhabe organisiert an Veranstaltungen und Seminaren, z.B. zu den Themen globale Armut, Überflüssigkeit, Prekarität und Selbstausbeutung.

Der Verein betreibt darüber hinaus das Infoportal für Erwerbslose. Hier gibt es ganz praktische Tipps zu Treffpunkten, Beratungsstellen, zur Weiterbildung, zu Veranstaltungen, zu Lebensmittelausgaben und Sozialläden, zum Stellenmarkt, zu Selbsthilfeeinrichtungen und vieles mehr in Berlin. Darüber hinaus werden Informationen über Hartz IV, Proteste dagegen, Armutsberichte und das Thema Soziale Frage und Rechtsextremismus zusammengestellt.

Eine erfolgreiche politische Arbeit kann Ohnmachtserfahrungen entgegenwirken und die Handlungsbereitschaft erhöhen. Sie kann auch Spaß machen, sinnstiftend sein und das Selbstbewusstsein fördern, und gelegentlich auch etwas bewirken.●

Internet: www.teilhabe-berlin.de

Katja Grabert

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a,
10961 Berlin
www.netzwerk-selbsthilfe.de

NEUSTADT AN DER WEINSTRASSE: INTERESSENTEN GESUCHT

Der Eilhardshof ist gescheitert

Der Eilhardshof, das Generationen übergreifende Wohnprojekt in einer Jugendstil-Villa am Rande von Neustadt/Weinstraße, das aus einer Initiative von Horst Stowasser und den Menschen aus seinem Umfeld entstanden war, ist gescheitert. Angesichts der drastisch gestiegenen Baukosten und der daraus folgenden finanziellen Probleme, ist die Gruppe nicht mehr in der Lage, den Bau zu finanzieren. Das Gebäude muss verkauft werden. Interessenten, die die Idee vom gemeinschaftlichen Wohnen auf der Basis gegenseitiger Hilfe und Solidarität weiter führen wollen, werden gesucht. So weit die nackten Tatsachen.

Von Michel Boltz, Neustadt/Weinstraße ● Wir sind das erste Projekt aus dem Verbund des Mietshäuser Syndikats, das aufgibt. Trotz Rettungsangeboten von der Bank, trotz beratender, helfender und finanzieller Unterstützung seitens des Syndikats, haben wir letztendlich keine Chance mehr gesehen, das Gebäude wie geplant zu einem Generationen übergreifenden sozialen Wohnprojekt umzubauen. Wir glauben nicht mehr, es zu vernünftigen Preisen und mit der nötigen hohen Auslastung bewohnen und beleben zu können. Damit ist zwar nicht der Traum vom gemeinschaftlichen Wohnen zu sozialen Bedingungen für jung und alt, arm und reich geplatzt, aber die Idee, dass man ihn immer und überall realisieren kann, wenn man nur will. Man wird in Zukunft genauer hinschauen müssen.

Hauptfehler

Wir waren falsch beraten. Unser Finanzkonzept gründete sich auf eine Kostenschätzung des damaligen Architekten, die um 100% nach oben korrigiert werden musste. Damit stiegen einerseits die Abhängigkeit von der Bank, andererseits die zur Refinanzierung nötigen Mieten, was wiederum zu grundlegenden Veränderungen in der zu erwartenden Belegung des Hauses und damit des eigentlichen Konzepts führte.

Empfohlene Vorsichtsmaßnahme

Auch der vertrauenswürdigste Architekt muss Referenzen vorweisen, die von dritter Seite bestätigt werden, und die fachlich mit dem hier geplanten Objekt vergleichbar sind. Außerdem muss sein Plan von unabhängiger Seite überprüft und bestätigt werden. (1)

Die Finanzierung muss gegründet sein auf einen Kostenvoranschlag, der sich aus echten Angeboten der ausführenden Firmen ergibt. Auch das Finanzkonzept sollte von dritter Seite auf Schlüssigkeit geprüft werden.

Die bauliche Betreuung, also die vielen kleinen und großen alltäglichen Entscheidungen beim Um- oder Ausbau des Hauses, muss jemand treffen, der sich mit der Sache auskennt. Eine Zeit- und Budgetbuchführung muss zu jeder Zeit nachvollziehbar sein und Aufschluss geben können über die Abweichung vom oder Treue zum Plan.

Wenn es diese fachliche Kompetenz in der Gruppe nicht gibt, muss sie sich die Gruppe von außen beschaffen, und zwar kontinuierlich und professionell. Eine sporadische Beratung durch befreundete Projekte reicht nicht.

Nächster Fehler

Die Gruppe war zu klein, um die anfallenden Arbeiten zu schultern. Zur Bauzeit (vor 2 Jahren) waren wir noch 19, heute sitzen wir zu acht am Tisch und jeder erzählt, welche Opfer er oder sie bringen muss: finanziell, familiär, beziehungstechnisch, freizeitmäßig, die Lebensqualität betreffend.

Abhilfe

Verbindlichkeit schaffen (hatten wir, sowohl finanziell durch Bürgschaften als auch persönlich durch intensive Gruppenarbeit und lange Vorlaufzeit), abgestimmtes, klares Konzept (hatten wir auch, doch leider haben sich die finanziellen Grundlagen verändert, wodurch wir unserem Konzept nicht treu bleiben konnten), gesicherter Zulauf im Fall von Abgängen (war für uns nie ein Problem, bis finanzielle Engpässe den Baustop verursacht haben).

Drittes Problem

Die Ziele und Inhalte des Wohnprojekts hielten dem Härtetest der Realität nicht stand. Wir wollten so lange ein »soziales« Wohnprojekt sein, wie wir das Wort »sozial« nicht eindeutig definiert hatten. Erst als klar war, dass ein Mietpreis oberhalb des Hartz 4-Limits nicht zu vermeiden wäre, begannen wir darüber zu reden, ob wir damit leben können, dass eben nicht jede/r auf dem Eilhardshof wohnen kann.

Richtig ins Straucheln geriet die Gruppe dann, als es darum ging, dringende Altschulden außerhalb des abgestimmten Finanzplans zu begleichen. Eine interne Sammelaktion löste die Frage aus, ob alle das gleiche einzahlen, oder ob die liquideren Mitglieder mehr beitragen, ob sie dieses freiwillig tun und ob sie es von den anderen wieder zurück fordern können. Wir haben es nicht geschafft, darüber zu einem Konsens zu kommen, sondern angefangen, gegenseitig Forderungen zu stellen oder die jeweiligen Lebensentwürfe zu kritisieren. Diese Diskussion hat den Gruppenfrieden nachhaltig gestört.

Diskrepanzen gab es nicht nur bezüglich arm und reich, sondern auch zwischen stark und schwach. Der Satz »das sollen die machen, die die Kraft dazu haben« hat bei denen, die sehr viel ihrer Zeit und Kraft in das Projekt investiert haben, das Gefühl geweckt, dass sie für ewig und immer diejenigen bleiben werden, auf deren Schultern das Projekt ruht, und dass die anderen überwiegend die Nutznießer dieses Engagements sind, weil sie für sich andere Prioritäten setzen. Gegenwert dieser Mehrarbeit: Hohes Ansehen, viele Verpflichtungen, große Verantwortung. Kein Geld, keine bevorzugte Wohnsituation. Wie sagte jemand: Dann kann ich auch gleich selber bauen.

Gegenindikation

Es muss klar definiert werden, wie die Gruppe mit unterschiedlich starken Mitgliedern umgeht.

Bleiben wir zunächst bei der finanziellen Stärke. Wer den Anspruch hat, dass wer mehr hat, auch mehr geben soll, muss dies klar formulieren (z.B. Miete = x% vom Einkommen). Dann muss aber auch geklärt werden, wie damit umgegangen wird, dass unterschiedliche Ansprüche bezüglich Kinder, Alter, Mobilität, Freizeit, Krankheit oder Sicherheit angemeldet werden, und dass einige eben mehr arbeiten als andere.

Wer diesen Anspruch nicht hat (und das war bei uns der Fall), sollte klar haben, dass dann eben jeder Quadratmeter gleich viel kostet. Mehr Miete zahlt nicht, wer mehr verdient, sondern höchstens wer besser oder schöner wohnt.

Die Lösung, dass einfach alle das gleiche zahlen, kann gelingen in halbwegs homogenen Gruppen und in Wohnkomplexen, wo es keine eklatanten Unterschiede in Attraktivität und Standard gibt. In Generationen übergreifenden Wohnprojekten ist das eigentlich per se ausgeschlossen.

Konsequenz: Reden, klären, festschreiben. Da kann auch mal eine externe Mediation nötig werden, die natürlich Geld kostet. Aber wenn dadurch erreicht werden kann, dass klare Standpunkte vertreten werden, ist sie das Geld allemal wert.

Neben dem finanziellen Engagement wird es in allen Projekten immer Leute geben, die mehr Arbeit und Kraft reinstecken als andere. Das ist unvermeidlich, unterschiedliche Lebenssituationen bringen auch unterschiedliche Prioritäten mit sich. Und ein libertäres Projekt sollte auch in der Lage sein, unterschiedliche Lebensentwürfe zu einer gemeinsamen Idee zu vereinen. Aber man muss damit rechnen, dass mehr Arbeit zu tun ist, als man denkt. Dann müssen genug leistungsfähige Leute da sein, oder genug Geld, sich diese einzukaufen. Die nahe liegende Lösung Rotation klappt selten, denn nicht alle können alles, und natürlich entsteht auch mit der Zeit Spezialistentum. Königsweg: Besonders komplexe und kontinuierliche Arbeiten sollten bezahlt werden, ohne dass dabei der Gruppe wichtige Entscheidungen aus der Hand genommen werden. Allerdings: Ein gewisser Anteil an ehrenamtlicher Arbeit wird immer nötig sein, einerseits um die Kosten niedrig zu halten, aber auch um die Identifikation mit dem Projekt zu erhalten. Insofern ist klar: Selbst bestimmtes Wohnen braucht Willen und Kraft. Viel Kraft!

Zu verkaufen: 8 Säcke Glasschaumschotter, ein Uhrturm samt Wetterhahn und 2.000 qm barrierefreies Wohnen

Vorletzter Stolperstein

Wir haben unsere Mängel, Fehler und Probleme nicht nach außen hin kommuniziert, bestenfalls in Mietshäuser Syndikat-Zusammenhängen diskutiert und letztlich auch im Innenverhältnis viel zu lange geglaubt, dass das schon alles hinhauen wird. Eine gute Außendarstellung kann Zulauf, Unterstützung und Hilfe bringen, aber sie kann auch beschönigen.

Das hat nach außen hin die Wirkung, dass Menschen Hoffnung schöpfen, eine persönliche Perspektive für sich selbst oder auch ein Objekt für »ethisches Investment« gefunden zu haben: Freies Kapital für einen guten Zweck arbeiten lassen. So kam mancheR BesucherIn zu unseren »Freundeskreistreffen«, die schon fast den Möbelwagen geordert hatte, weil sie erwartet hatte, das Haus sei fertig und bewohnt. Weit gefehlt – die homepage ließ offen, was die Realität grausam enthüllte: Weder war das Haus bewohnbar noch der Ausbau genehmigt. Für die meisten Besucher war das der letzte Besuch.

Aber auch im Innenverhältnis trug die selbstsichere und optimistische Darstellung des Objekts dazu bei, dass wir noch viel zu lange daran geglaubt haben, dass alles auf einem guten Weg ist. Noch kurz vor dem Stopp der Baumaßnahmen haben wir unterschiedliche Meinungen darüber gehabt, wie teuer die Miete eigentlich ist, mit der wir rechnen, und die Spanne lag immerhin zwischen 4,80 und 7,50 Euro/qm.

Eilhardshof mit kleinem Freundeskreis Fotos: Eilhardshof

Klare Sache

Unsere Werbung hat uns professionelle Flugblätter, eine sehr positiv eingestellte Öffentlichkeit und einen großen Freundes- und Interessentenkreis beschert. Eine klare und ehrliche Selbst- und Außendarstellung hätte uns aber vor manchen verwegenen Hoffnungen und vielleicht sogar einem gewissen Anteil an Blauäugigkeit bewahrt.

Und schließlich

Bei einem so komplexen Projekt wie dem Eilhardshof muss eine basisdemokratische Entscheidungsstruktur von Kreisverkehr und Nebelfahrten befreit sein. Trefft sachkundige Entscheidungen, gerne auch mit professioneller (=kostenpflichtiger) Unterstützung, schreibt lesbare, verständliche Protokolle, erinnert die getroffenen Entscheidungen und beherzigt sie, statt sie immer aufs Neue zu diskutieren. Seid im Ernstfall bereit, sie umzuschmeißen, aber nur aufgrund weitergehender, neuer Informationen. Konsens erzielen, heißt einerseits diskutieren, bis eine Lösung da ist, andererseits aber auch, diese Lösung mit Verve zu verfolgen. Wir haben zu lange zugeschaut, wie zu teure Materialien eingekauft, zu hohe Löhne gezahlt und zu schlechte Arbeit abgeliefert wurde, bevor wir personelle Konsequenzen getroffen haben. Wir haben zu lange auch noch die letzten Zweifel zum x-ten Male diskutiert, statt unsere eigenen Beschlüsse umzusetzen oder uns professionell beraten zu lassen und die daraus entstehenden Folgerungen in Handlung münden zu lassen.

Bittere Pille

Wer als Gruppe bestimmte Kompetenzen nicht selber aufweisen und diese in Mandate einfließen lassen kann, soll sich diese einkaufen. Super, wenn jede weit reichende Entscheidung in der Gruppe getroffen wird, aber gar nicht super, sondern teuer, wenn die Gruppe sich selbst in ihrer Handlungsfähigkeit blockiert. Nein heißt nein und ja heißt ja.

Genug bereut und geraten.

Die Eilhardshof-GmbH hat die Insolvenz beantragt, der Insolvenzverwalter ist bestellt und versucht, durch Verkauf und Verwertung des Gebäudes und aller vorhandenen Werte den materiellen Schaden möglichst gering zu halten. Die Chance, dass neben der Umweltbank und dem Land Rheinland-Pfalz noch weitere Gläubiger oder Bürgen ihre eingesetzten Beträge teilweise erstattet bekommen, ist gering. Im besten Fall findet sich ein Investor, der mit den vorhandenen Plänen etwas anfangen kann und ein barrierefreies Wohnprojekt für heterogene Bedürfnislagen etablieren möchte. Dafür ist der Eilhardshof gut – nicht aber für Wohnungen im unteren Preissegment.

Die Insolvenz mit Verkauf und Verwertung des Objekts ist sehr in unserem Sinne, denn all diejenigen, die uns mit Direktkrediten unterstützt und damit der Grundidee aller Mietshäuser Syndikatsprojekte geglaubt haben, haben eine umso größere Chance, etwas davon wieder zu kriegen, je höher der Verkaufserlös ist. Auch uns selbst, denn viele Direktkredite und alle Bürgschaften kommen aus unseren Reihen, und auch wir möchten den Glauben an die Idee, dass Selbstbestimmung nicht mit Reichtum einhergehen muss, nicht verlieren. Das Syndikat diskutiert über die Möglichkeit, einen Teil der Verluste durch freiwillige Unterstützung auszugleichen. Eine enorme Welle der Solidarität, die uns sehr ergriffen macht und der wir uns würdig erweisen wollen.

Noch eine positive Meldung: Wir als Gruppe existieren noch, wir arbeiten mit viel Energie an den Fragen der Ursachenforschung, der Schadensbegrenzung und der Gruppenstruktur. Schließlich wünschen wir uns, dass wir wenigstens emotional und zwischenmenschlich ohne tiefe Narben aus der Sache raus kommen und nach diesem guten Stück Arbeit vielleicht sogar ein neues Projekt in Angriff nehmen können.●

Kontakt: eilhardshof@web.de

1) Ausnahme: Ihr macht alles selber, seid bereit, lange auf der Baustelle zu leben, und es kostet nicht mehr als ihr Miete zahlt.

RIACE, DAS DORF DER FLÜCHTLINGE

Hort der Ankunft

Das süditalienische Dorf Riace litt unter starker Abwanderung. Da hieß der Bürgermeister ankommende Flüchtlinge willkommen. Inzwischen hat sich der Ort zu einer Oase des Miteinanders gewandelt. Am südlichen Rand des italienischen Stiefels, gewissermaßen am Bogen des Großzehenballens, liegt das Dorf Riace.

Riaceinfestival 2009 Foto: www.riaceinfestival.it

Von Matthias Fersterer ● Noch vor zehn Jahren wären Sie wohl an dem Doppelort vorbeigefahren. Weder das schmucklose Seebad Riace Marina noch das mittelalterliche Riace Superiore, sieben Kilometer landeinwärts an die steilen Berghänge geklebt, hätte Sie zum Verweilen eingeladen: verlassene Häuser, geschlossene Läden, mehr alte als junge Menschen. Der Dorfschule drohte die Schließung: Kindermangel. Zuletzt gab es nicht mal mehr ein Café für den Espresso zwischendurch. In Kalabrien, wo die Arbeitslosigkeit dreimal höher und die Einkommen halb so hoch wie im Rest des Landes sind, treibt die Suche nach Arbeit viele Menschen in den Norden Italiens oder gleich ins Ausland. Riace drohte, zum Geisterdorf zu werden.

Vom Geisterdorf zum Gemeinschaftsdorf

Heute ist alles anders. Aus der Schule dringt wieder Kindergeschrei, und in der Taverne »Donna Rosa« herrscht geselliges Treiben. Auf dem Ortsschild ist »Paese dell'accoglienza« (»Dorf der Ankunft«) zu lesen, und erstmals seit Jahrzehnten gibt es mehr Zuzug als Abwanderung. Was einst ein sterbender Ort war, entwickelte sich zum Hort der Gastfreundschaft und zur Werkstatt des guten Zusammenlebens. Was war passiert?

Die entscheidende Wende kam vor zwölf Jahren, ausgerechnet durch ein vom Wind abgetriebenes Boot. Fast scheint es, als hätten Cosmas und Damian, die traditionellerweise bei Seenot angerufenen Schutzpatrone des Dorfs, ihre Hand im Spiel gehabt. Für die Insassen, 300 kurdische Flüchtlinge, sollte Riace nur eine Station auf dem ungewissen Weg in ein besseres Leben im Irgendwo sein. Dennoch hinterließen sie Spuren: Ein Gebäude, die »Casa Kurdistan«, ist nach ihnen benannt, und den damaligen Lehrer und heutigen Bürgermeister Domenico Lucano (52) inspirierten sie zu einer kühnen Vision, die dort Potenziale erkannte, wo andere bis heute Probleme sehen: Er träumte von einem Dorf der Vielfalt und Gastfreundschaft, in dem Immigranten die Lücke schließen würden, die die Abgewanderten hinterlassen hatten.

Am südlichen Rand des Mezzogiorno, wo Tunis näher ist als Turin, herrscht kein Mangel an Menschen, die alles aufs Spiel setzen, um von dem bisschen leben zu können, was andere zur Abwanderung treibt. 2008 landeten allein auf der Insel Lampedusa über 30.000 Menschen auf der Flucht vor Hunger, Krieg und Verfolgung.

Zusammen mit Freunden gründete Domenico 1999 den Verein »Città Futura« (»Stadt der Zukunft«). Mit einem Darlehen der Banca Etica erwarben sie leerstehende Gebäude und boten Flüchtlingen und Asylbewerbern die Möglichkeit, bei freier Logis und einem Monatslohn von 400 Euro, ein Handwerk zu erlernen. Im Gegenzug sollten die Zuwanderer italienisch lernen und sich am Aufbau des Dorfs beteiligen. Der Plan ging auf. Zum Dank wählten die Riacesi Domenico 2004 mit der Bürgerliste »Un'altra Riace è possibile« (»Ein anderes Riace ist möglich«) zum Bürgermeister.

Inzwischen haben Menschen aus Äthiopien, Eritrea und Somalia, aus Serbien, Palästina, Afghanistan, dem Libanon und dem Irak eine neue Heimat in Riace gefunden. Nachdem sich die Einwohnerzahl von einst 3.000 halbiert hatte, zählte das Dorf Anfang dieses Jahres fast 2.000 Bewohner, darunter etwa 250 Immigranten. Nun kehren sogar abgewanderte Riacesi zurück. »Es ist wie im Märchen«, schwärmt die Fotografin Giovanna Del Sarto, die seit zwei Jahren Riaces wundersame Metamorphose dokumentiert. In ihrem bemerkenswerten Buch »Oltre La Patria« (»Fern der Heimat«) verbindet sie verstörend schöne Bilder mit den Geschichten der alten und neuen Bewohner Riaces. »Die Einheimischen sehen die Ankömmlinge als Antwort auf ihren Wunsch nach einer Wiederbelebung des Dorfs. Die älteren Bewohner sind dankbar für die Gesellschaft der jüngeren Immigranten«, meint Giovanna.

Mutter Riace und ihre Kinder

Domenico vergleicht sein Dorf mit einer Frau, deren Kinder auf der Suche nach einem besseren Leben in die Welt gezogen sind. »Nun, da sie sieht, wie ihre neuen Söhne und Töchter hoffnungsvoll in die Zukunft blicken, findet sie ihren Frieden.« Ein neuer Sohn des Dorfs ist Issa (38) aus Afghanistan. Er flüchtete vor den Taliban. Auf Umwegen über Pakistan und den Iran gelangte er in die Türkei, wo er sich in die Hände eines Flüchtlingsschleppers begab. Einige Tage verbrachte er mit sonnenverbranntem Gesicht und ohne Wasser auf See. Dann wurde er von der Küstenwache festgenommen und aufs italienische Festland gebracht. Es folgte eine Odyssee von einem Auffanglager zum nächsten. Er überlebte, und trug doch Wunden davon: »Bis heute gehe ich nicht ans Meer«, erzählt er, »ich fürchte mich vor dem Wasser und habe Alpträume von meiner Überfahrt.« 2002 fand er ein neues Zuhause in Riace, wo er die italienische Sprache und das Töpferhandwerk erlernte.

Neben der Wiederbelebung des Dorfs und der Integration der Flüchtlinge hat sich Città Futura die Rückbesinnung auf traditionelle Handwerkskünste zum Ziel gesetzt. Die historischen Gemäuer beherbergen eine Keramikwerkstatt, eine Glasbläserei, eine Stickerei, eine Tischlerei und einen Holzbackofen. In der Weberei gibt Domenicos Frau Pina (44) ihr Wissen an kleine und große Neuankömmlinge weiter und füllt beim alljährlichen Ginsterfest die regionale Tradition der Ginstertuchherstellung mit neuem Leben. Derweil wird in der Lebensmittelkooperative »Il borgo e il cielo« (»das Dorf und der Himmel«) aus regionalen Produkten biologische Marmelade eingekocht und mit einer wieder in Betrieb genommenen Steinölmühle extra natives Olivenöl gepresst.

Ein altes Gewerbe, das des Eselführers, belebt auch die Kooperative »Il Carrettiere« (»Der Fuhrmann«): Die jüngsten Neuzugänge im Dorf, die Esel Rosina and Rosetta, werden von Tür zu Tür geführt, um den Hausmüll abzutransportieren. Hier verbindet sich Nachhaltigkeit mit dem Naheliegenden: Die genügsamen Vierbeiner schonen Gemeindekasse, Atmosphäre und Ressourcen und finden sich auf den steilen Pfaden und in den engen Gassen besser zurecht als jede motorisierte Müllabfuhr. Dass die Tiere nicht überlastet werden und auf Mülltrennung geachtet wird, ist Ehrensache.

Der Himmel über Riace

Vergangenes Jahr kam Wim Wenders nach Süditalien, um einen Kurzfilm über Bootsflüchtlinge zu drehen. Hollywoodmime Ben Gazzara spielt darin den Bürgermeister eines kalabrischen Dorfes. Das fiktive Spiel mischte sich mit dokumentarischem Ernst, als Wenders bei den Dreharbeiten im 100 Kilometer entfernten Scilla von einem Statisten, dem afghanischen Jungen Ramadullah (9), angesprochen wurde. Er lud ihn ein, nach Riace zu kommen, wenn es ihm denn ernst sei mit seinem Film. Da sei ihm klar geworden, dass er die wahre Geschichte der Flüchtlinge erzählen müsse, erklärt der Filmemacher im Programm zu »Riaceinfestival«, einem regionalen Festival der Kulturen. Im Mai wurde dort das 32-minütige 3D-Dokuspiel »Il Volo« (»Die Flucht« oder »Der Flug«) zusammen mit Wenders' Meisterwerk »Der Himmel über Berlin« aufgeführt.

Berichte über die Dreharbeiten machten das Wunder von Riace in der Welt bekannt. Inzwischen ist Domenico unter den Finalisten für den World Mayor Award, und man will ihn für den Friedensnobelpreis vorschlagen. Noch wichtiger vielleicht: Riaces Beispiel inspirierte die Nachbarorte Stignano und Caulonia zu ähnlichen Projekten. Vor einem Jahr erließ die kalabrische Regierung ein Gesetz, das lokalen, selbstverwalteten Initiativen die unbürokratische Aufnahme und Integration von Flüchtlingen ermöglicht.

Die Erzählungen aus Riace vermitteln ein Gefühl von fast unerhörter Harmonie. Gibt es auch Widerstand? Anfeindungen gegen die Immigranten habe sie nie beobachtet, meint Giovanna. Domenico erklärt das gute Miteinander zwischen Einheimischen und Eingewanderten damit, dass viele Riacesi selbst einmal Ausländer waren. »Hier im Süden sind wir alle Migranten und kennen Heimweh nur zu gut«, meint Domenico.

Einzig der 'Ndrangheta, der kalabrischen Mafia, ist der Dorfaufbau in Eigenregie ein Dorn im Auge. Kurz vor Domenicos Wiederwahl wurden zwei Schüsse auf die Tür der von dem Verein betriebenen Taverne abgefeuert, wenig später wurden Domenicos Hunde vergiftet. Er ließ sich nicht einschüchtern und wurde im Juni 2009 im Amt bestätigt. Einen Monat darauf gestalteten Künstler Riaces Hauswände. Unter dem Motto »I colori della memoria« (»Die Farben der Erinnerung«) wollte man der zahlreichen Opfer des organisierten Verbrechens gedenken. Auf Kalabrisch steht an einer Mauer zu lesen: »Wir färben uns die Hände gegen die Mafia«, daneben finden sich Handabdrücke in allen Größen und Farben, der erste stammt von Domenico, dem couragierten Bürgermeister.

Würden Sie heute in den Süden Kalabriens fahren, stünden die Chancen gut, dass Sie eine Rast in Riace einlegen würden. Vielleicht um das bunte Treiben zu bewundern, um etwas über gute Nachbarschaft, Solidarität und die unzeitgemäße Tugend der Barmherzigkeit zu lernen oder einfach um ein paar gute Geschichten zu hören – Geschichten über Menschen aus aller Welt und ein kleines Dorf am Rand Europas, in dem die bunte Vielfalt regiert und tagtäglich die Vision einer gemeinsamen Welt gelebt wird.●

Das Fotobuch von Giovanna Del Sarto »Oltre la Patria/Beyond Homeland« ist als E-Book auf www.terrelibere.org verfügbar.

Aus: Oya – anders denken.anders leben Nr. 4/2010

Copyleft: Dieser Textbeitrag steht unter einer Creative-Commons-Lizenz (CC). Er darf unter Nennung der Autorin/des Autors in Verbindung mit »aus: Oya – anders denken.anders leben« frei verwendet (BY) und unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden (SA).
(http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/).

Anzeige

17. aktualisierte Auflage:

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen – 1993 bis 2009 –

Menschen flohen vor Krieg, Verfolgung und Elend. Sie fanden hier den Tod.

Einzelfall-Dokumentation in zwei Heften (520 S.)
Antirassistische Initiative e.V.
– Dokumentationsstelle –
Fon 030 – 617 40 440
Fax 030 – 617 40 101
ari-berlin-dok@gmx.de
www.ari-berlin.org

GEWINNER DER ARMUT

BESCHÄFTIGUNGSINDUSTRIE

Die »Beschäftigungsindustrie«

»Die Armutsindustrie« betitelte die Filmemacherin Eva Müller ihre vom WDR produzierte Reportage, die am 15. Juli 2009 im Ersten Premiere hatte. In linken Zusammenhängen wird eher der Begriff »Beschäftigungsindustrie« benutzt. Gemeint ist das Gleiche. Es geht um »big business«. Es geht um das Geschäft mit der staatlich subventionierten Beschäftigung von Erwerbslosen.

Von Bernd Wagner und Petra Ehrenfort ● Dieses Geschäft erledigen ganz bestimmte Firmen, Verbände und Vereine, denen die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder und Josef Fischer im Zuge der Agenda 2010 einen Teil des Arbeitsmarktes zur »Neubesetzung« überlassen hat. Durch den Abbau von regulären Stellen, sowohl in der Privatwirtschaft, aber mehr noch von regulären Arbeitsplätzen – insbesondere einfacheren Tätigkeiten – im öffentlichen Dienst, konnte der Niedriglohnsektor erst so richtig »aufblühen«.

Gegenüber der Öffentlichkeit wurde behauptet, dass die arbeitslos gewordenen ehemaligen KollegInnen mit Mitteln der Arbeitslosenversicherung sowie zusätzlichen Steuermitteln für zukunftsorientierte Aufgaben im (sozialen) Dienstleistungssektor qualifiziert würden, um dann mit neu erworbenen Kenntnissen wieder in den Arbeitsmarkt zurückzukehren. Wohin und zu welchen Bedingungen sie denn zurückkehren könnten, das wurde nicht gesagt.

Als besonders perfide erwies sich die ABM-Regelung. Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst mussten nicht mehr regulär besetzt werden oder konnten ganz wegfallen, wenn die Aufgaben seit zwei Jahren nicht mehr wahrgenommen wurden. Danach waren diese Aufgaben »zusätzlich« und konnten durch ABM besetzt werden. Das war die Geburtsstunde des Begriffspaares »zusätzlich« und »gemeinnützig« (heute abgeschwächt zu »im öffentlichen Interesse«). Aus Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst wurden und werden so »zusätzliche« Tätigkeiten »im öffentlichen Interesse« gemacht.

Der Bereich des Arbeitsmarktes also, mit überwiegend haushaltsnahen Dienstleistungen, der als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge ursprünglich ein Eckpfeiler eines solidarischen Gemeinwesens war, wird heute diskriminierend als »3. Arbeitsmarkt/Sektor« oder im Neusprech der SPD (Hannelore Kraft, NRW) euphemistisch als »Sozialer Arbeitsmarkt« bezeichnet. Er wurde von den Agendakriegern als lobbyschwächster ausgemacht und zur Umstrukturierung freigegeben.

Sozial ist daran allerdings gar nichts und am allerwenigsten für die Beschäftigten, schon gar nicht, wenn man die Standards eines industriellen Arbeitsplatzes des 20. Jahrhunderts anlegt. Die beschäftigten Erwerbslosen sind in der Regel nicht aus freier Entscheidung für diese »Beschäftigungsindustrie« tätig. Sie werden durch den staatlichen Repressionsapparat, von ARGen, JobCentern und zugelassenen kommunalen Trägern (zKT), zwangsweise zugewiesen. Und sie haben, wenn überhaupt, »Arbeitsverträge«, in denen die wichtigsten Bestandteile aus Sicht eines abhängig Beschäftigten fehlen – Rechte. Rechte, wie tarifliche Entlohnung, Lohnfortzahlung, bezahlten Urlaub oder das Recht auf betriebliche bzw. gewerkschaftliche Interessenvertretung usw. usf. In diesen »Arbeitsverträgen« gibt es für die Beschäftigten nur Pflichten. Die in diesem »Industriezweig« arbeitenden Erwerbslosen bekommen weder Lohn noch Gehalt, sondern Transferleistungen aus der Arbeitslosenversicherung oder aus Steuermitteln – basta!. Vertraglich wird ein »Arbeitsverhältnis« also nur simuliert.

Träger, wie die Caritas und Diakonie, nichtkonfessionelle Wohlfahrtsverbände, aber auch andere Verbände, allen voran die sozialdemokratische AWO und ominöse Vereine jeglicher Couleur, haben dennoch erkannt, welch gewinnbringende Optionen ihnen dieser neoliberale Paradigmenwechsel in der Arbeits- und Sozialpolitik spätestens seit 2005 beschert.

So konkurrieren, mit zunehmender Tendenz, Teile der »Beschäftigungsindustrie« auf Grund von staatlich subventionierten und somit konkurrenzlosen Dumpinglöhnen mit Firmen des sogenannten 1. Arbeitsmarktes um lukrative Aufträge. Als eines der bekanntesten und signifikantesten Beispiele sei hier der Zweckbetrieb »Neue Arbeit gGmbH« in Stuttgart, ein Unternehmen des Diakonischen Werkes Württemberg und ein angebliches Sozialunternehmen, genannt. Die Angebote, die diese Firma abdeckt, erstrecken sich vom Putzen, Waschen, Kochen, Füttern in den Bereichen Kinder, Kranke, Schüler oder Senioren, über die

Puzzeln als Ein-Euro-Job bei der »toys company«, einer Tochtergellschaft der »DEKRA«. Unsinnige Beschäftigungstherapie, z.B. bei einem »5.000er-Gebraucht-Puzzel« 10 Tage legen, legen, legen, um dann festzustellen, dass drei Teile fehlen. Sceeen-Shot aus dem Film »Die Armutsindustrie« (s. Link unter dem Beitrag)

Realisierung kompletter medialer Auftritte sowohl für Individuen als auch Firmen bis hin zur hochspezialisierten Abwicklung von Zulieferaufträgen für Handwerk und Industrie. Selbst gewiefte Designerklitschen in Berlin-Mitte lassen sich bereits »bessere Möbel« von der Holzwerkstatt der »Neuen Arbeit gGmbH« in Stuttgart mit den subventionierten Dumpinglöhnen anfertigen.

Nur eines haben die wenigsten dieser postindustriellen Zweckbetriebe – demokratisch gewählte Vertretungen der Beschäftigten nach dem Betriebsverfassungsgesetz – also Betriebs- oder Personalräte. Dass dies nur den Probelauf einer rasanten Entdemokratisierung der Arbeitswelt in einem Teilsegment des Arbeitsmarktes darstellt, scheint klar zu sein.

Dass die beiden großen christlichen Kirchen in ihren Firmen und Unternehmen ein Problem damit haben, ihren Beschäftigten die verfassungsmäßig garantierten Rechte zu verweigern, ist nichts Neues. Kirchliche Würdenträger haben dagegen gar kein Problem damit, sich die eigenen, großzügig bemessenen Gehälter und Pensionen seit mehr als 200 Jahren aus Steuermitteln finanzieren zu lassen.

Etwas anderes aber ist es, wenn Organisationen wie die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen ist, auch zu diesen Hilfstruppen der »Beschäftigungsindustrie« gehört, die den neoliberalen Ausverkäufern des Sozialstaates bei dessen Demontage gerne willfährig zur Verfügung stehen.●

»Die Armutsindustrie«, von Eva Müller (3-teilig)
www.youtube.com/watch?v=9XFFV9rb5w8&feature=related

ARBEITSLOSE IN SOS-DIENSTEN

Aufmarsch der Hartz IV-Truppen?

Im Mai 2009 schreibt die »New Left Review« rückblickend auf die neoliberale Politik der Schröder-SPD, »die deutsche Sozialdemokratie hat sich letztlich für den Sozialabbau und für die Deregulierung der Arbeitsmärkte entschieden, vor der die deutsche Christdemokratie in ihren langen Jahren an der Macht zurückschreckte« (Anderson 2009: 8). Und auch der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« ist klar, der »deutsche Niedriglohnsektor ist während der vergangenen Jahre rasant gewachsen (...). Diese Entwicklung war politisch gewollt und von der rot-grünen Bundesregierung mit der Agenda-Politik eingeleitet worden« (2010: 12).

Von Volker Eick ● Es waren mithin SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die der Neoliberalisierung Deutschlands zum Durchbruch verholfen und damit auch die Voraussetzungen für den Einsatz Langzeitarbeitsloser als Hartz IV-Sicherheitsdienste geschaffen haben.

Workfare: Arbeit als »Pflicht« und Arbeit als »Gabe«

Im Jahre 2005 hatte die damalige Bundesregierung aus Bündnis 90/Die Grünen und der SPD im Rahmen der »Agenda 2010« mit der Einführung der so genannten Hartz-Gesetze nicht nur die Voraussetzungen für den Auf- und Ausbau des Niedriglohnsektors geschaffen, sondern auch das Versicherungsprinzip für Langzeiterwerbslose abgeschafft. Mit dem Hartz IV-Gesetz sind dann sogleich die so genannten Ein-Euro-Jobs eingeführt worden.

Neben diesen juristischen und verwaltungstechnischen Veränderungen haben sich in den vergangenen gut zehn Jahren auch die Diskurse um Arbeit und Arbeitslosigkeit verändert: Erwerbslose haben Arbeit als »Pflicht«, und (noch) Beschäftigte als »Gabe« zu verinnerlichen. Das ist die »doppelte Seite« der Workfare-Ideologie: Sie bekämpft nicht nur die armen Arbeitslosen – statt die Armut – sondern auch die arbeitenden Armen – statt (erb)ärmliche Arbeitsverhältnisse.

The Policing Family: Ein wachsender »Sicherheitsmarkt«

Während eine neoliberale Beschäftigungspolitik vor allem durch Kürzungen von Leistungen, die Abschaffung von reintegrativen Maßnahmen, den Zwang zu Arbeit, den Bedeutungsgewinn von Beschäftigungsträgern (Nonprofit-Organisationen), und von einer neuen Managementlogik der JobCenter gekennzeichnet ist, die den Bürger zum »Kunden« mit mehr oder weniger vielen »Mängeln« macht, lässt sich zugleich eine Vermischung von Beschäftigungspolitik mit der lokalen Kriminalpolitik beobachten.

Neben der staatlichen Polizei und den wiedererstehenden Außendiensten der Ordnungsämter sind – beginnend bereits Mitte der 1970er Jahre – kommerzielle Sicherheitsdienste in den öffentlichen Raum vorgedrungen, von denen etwa 15 Prozent im öffentlichen Raum tätig sind (Eick 2007). Hinzugetreten sind Bürgerwehren und Sicherheitspartnerschaften, bei denen Bewohner – mit oder ohne Anleitung der Polizei – Sicherheitsaufgaben wahrnehmen sollen (Pütter & Kant 2000). Die dritte Kategorie der »erweiterten Sicherheitsfamilie« sind schließlich Langzeiterwerbslose, die als alternative Sicherheitsdienste unter der Aufsicht von Nonprofits zum Einsatz kommen (Eick 2008).

In dem Maße, wie die Beschäftigungsträger gehalten sind, Beschäftigungsverhältnisse anzubieten, die »zusätzlich« und »gemeinnützig« sein sollen und die vor allem keine regulären Arbeitsplätze verdrängen dürfen (zur Realität vgl. diese Ausgabe), in diesem Maße werden neue Berufsfelder »erfunden« oder Nischen ausgenutzt. Allein in den aus Hartz IV resultierenden Ein-Euro-Jobs sind mittlerweile Tausende von Langzeitarbeitslosen in SOS-Diensten (Sauberkeit, Ordnung, Sicherheit) tätig (Eick 2008). Vorrangig sind diese Dienste im öffentlichen Straßenland unterwegs, ohne mit besonderen Vollmachten ausgestattet zu sein. Der Einsatz von Langzeiterwerbslosen in Nonprofit-Sicherheitsdiensten hätte sich aber, wie es der Bürgermeister von Stuttgart formuliert, »nicht zuletzt auch deshalb bewährt, weil manche von ihnen vorher selbst auf der Parkbank saßen. (...) Das ist sehr viel besser, als weiter Sozialhilfe zu zahlen und dann die Diskussion zu führen, ob Betteln erlaubt sein soll oder nicht« (Schuster 1998: 24).

Safety, Order and Security: Einige Schlussfolgerungen

Es fehlt hier an Raum, empirische Beispiele liefern zu können (vgl. dazu die angegebene Literatur). Mit dem Einsatz der Alternativ-Polizeien sind aber verschiedene Konsequenzen verbunden: *Erstens* reduziert deren Einsatz die Kosten von Ländern und Kommunen für die Einhegung und Disziplinierung derjenigen, die durch die Verwüstungen des Neoliberalismus sozioökonomisch ausgegrenzt und deshalb präventiv zu identifizieren und zu kontrollieren sind. *Zweitens* machen die Kommunen und Länder regen Gebrauch von den kostengünstigen Arbeitskräften, die ihnen durch die JobCenter zugeführt werden. Verfolgt wird damit, wie in den privatisierten Wohnquartieren (Eick 2007), *drittens* das Ziel, die Selbstregulation auch der »abgehängten« Quartiere zu ermöglichen. Dass sich dabei eine Vielzahl dieser Dienste in einem juristischen Graubereich bewegt, darf man angesichts der anhaltenden Weigerung, die Aufgaben sowohl der kommerziellen Sicherheits- wie alternativen Ordnungsdienste klar und gesetzlich zu fassen, wohl eher als gewollt interpretieren. *Viertens* schließlich soll auch ein neues Verständnis davon vermittelt werden, was Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit »sein« sollen – partikulare Normen, Wohlanständigkeit, Widerspruchslosigkeit, Arbeitspflicht und Moralisierungsdiskurse müssen als Stichworte genügen. Ich habe das an anderer Stelle eine neue »neokommunitäre Nüchternheit« genannt (Eick 2010), eine gefährliche.●

Kontakt: eickv@zedat.fu-berlin.de

Literatur

Anderson, P. 2009. A New Germany? *New Left Review 57*.

Astheimer, S. 2010. Der schmale Grat zwischen Arbeit und Hartz. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (6. Februar).

Brenner, N. & N. Theodore. 2000. Cities and the Geographies of »Actually Existing Neoliberalism«. **N. Brenner & N. Theodore (Hg.),** *Spaces of Neoliberalism.* Oxford.

Eick, V. 2007. »Krauts and Crowds: Bericht vom Rand der neoliberalen Dienstleistungsperipherie. **In: V. Eick et al. (Hg.),** *Kontrollierte Urbanität.* Bielefeld.

Eick, V. 2008. Urbane Wachen und die neuen Polizeien. **In: F. Arndt et al. (Hg.),** *Ordnungen im Wandel.* Bielefeld.

Eick, V. 2010. Policing »Below the State« in Germany: Neocommunitarian soberness and punitive paternalism. *Contemporary Justice Review,* 13(4).

Pütter, N. & M. Kant. 2000. Freiwillige Polizeidienste, Sicherheitswachten und Sicherheitspartner. *Bürgerrechte & Polizei/CILIP,* 66(2).

Schuster, W. 1998. Kommunale Kriminalprävention – der Stuttgarter Weg. **In: Innenministerium Baden-Württemberg (Hg.),** *Kommunale Kriminalprävention. Dokumentation des Fachkongresses vom 21. Juli.* Stuttgart.

SOZIALISTISCHE SELBSTHILFE MÜLHEIM

BESCHÄFTIGUNGSINDUSTRIE

Die MüTZe, der Möbelverbund und die Konkurrenz-Euro-Jobs

1998 startete der Kölner Möbelverbund mit seinen heutigen Vereinen MüTZe, BfO, HoSe, De Flo, Emmaus, Möbelhalle Zollstock, um reguläre Arbeitsplätze im Secondhand- und Möbellagerbereich zu schaffen.

Von Heinz Weinhausen, Redaktion Köln ● Die Sozialistische Selbsthilfe Köln-Mülheim (SSM) hatte schon immer sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für alle seine Mitglieder, stimmte aber angesichts der hohen Massenarbeitslosigkeit der Anschubfinanzierung des Möbelverbundes durch ABM-Stellen, später durch Hilfe-zur-Arbeit-Stellen zu. Ziel war es ja, nach und nach Arbeitsplätze am ersten Arbeitsmarkt zu schaffen. Bis heute – nach 12 Jahren – haben die Möbellager ihr eigenes Ziel gänzlich verfehlt, aus einem Anschub wurde eine Dauersubvention, die stets weitergeführt wurde und auch zukünftig stattfinden soll.

Aus dem Gesamtkonzept des Möbelverbundes 1998

»Die Finanzierung dauerhafter Beschäftigung plus Sachkosten aus eigenen Erträgen wird so weit wie möglich kurz- und mittelfristig von allen Möbellagern verwirklicht.«

Bis 2005 wurden keine dauerhaften Arbeitsplätze geschaffen, nun kamen trotzdem mit Hartz IV die Euro-Jobs. Diese dürfen anderen am ersten Arbeitsmarkt aber keine Konkurrenz machen. Gegen den Protest des SSM wurde die Subventionierung nun ausgeweitet auf bis zu 100 Konkurrenz-Eurojobs beim Möbelverbund in den Bereichen gewerbliche Wohnungsauflösung, Umzüge und Möbellager (Verkauf, Einräumen usw.). Seit dieser Ausweitung hat der SSM Jahr für Jahr mit starken Einnahmeverlusten zu kämpfen. Das Ende vom Lied war schließlich, dass der Möbelverbund (mit der MüTZe im Vorstand vertreten) sich des lästigen Kritikers erwehrte und unsere Selbsthilfe aus dem Möbelverbund ausschloss.

Erst 2008 erreichte ein Kölner Selbständiger durch hartnäckigen Einspruch, dass die Konkurrenz-Eurojobs nicht mehr verlängert wurden. Seitdem sind nur noch sogenannte 16e-Stellen erlaubt, wo Langzeitarbeitslose einen zweijährig befristeten Lohnzuschuss von 75 Prozent bekommen. Mir-nichts-Dir-nichts konnte die MüTZe mit ihren guten Beziehungen zu den Grünen noch eine städtische Extraförderung in Höhe der restlichen 25 Prozent erwirken.

Schreiben der ARGE Köln vom 14.02.2008 hinsichtlich Ein-Euro-Jobs

»Der Einsatz von Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante bei der Verwertung von Gebrauchtmöbeln verstößt in den Kernbereichen des Gebrauchtmöbelhandels und der Durchführung von Umzügen und Haushaltsauflösungen gegen das Zusätzlichkeitsprinzip. Die ARGE Köln hat den Vebund gemeinnütziger Möbellager e.V. bisher durch die Einrichtung von Arbeitsgelegenheiten gefördert, um ihn durch eine Anschubfinanzierung in die Lage zu versetzen, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Es ist leider nicht gelungen, dieses Ziel aus eigener Kraft zu erreichen. Das Instrument der Arbeitsgelegenheit nach § 16 Abs. 3 SGB II hat sich als nicht zielführend herausgestellt und ist aus beutiger rechtlicher Sicht ungeeignet. Ergebnis ist, dass die Stellen für die Arbeitsgelegenheiten in den Bereichen des Gebrauchtmöbelhandels, der Umzüge und der Wohnungsauflösungen unwiderruflich auslaufen.«

Schreiben der Bundesagentur für Arbeit vom 11.03.2010 hinsichtlich Ein-Euro-Jobs

»Der Verbund gemeinnütziger Kölner Möbellager ist als Maßnahmeträger zur Durchführung von Arbeitsgelegenheiten im Sinne des § 16 d SGB II anerkannt. Ihre Feststellung, dass weder Möbelhandel noch Entrümpelungen zusätzlich und im öffentlichen Interesse liegend sind, ist durchaus richtig. Die im Möbelverbund anerkannten Einsatzstellen sind daher nur im Bereich des Recycling-Projektes und in den Mitgliedsvereinen in eindeutig zusätzlichen und im öffentlichen Interesse liegenden Bereichen anerkannt. Nur in diesen anerkannten Beschäftigungsfeldern dürfen daher Teilnehmer an Arbeitsgelegenheiten im Rahmen der Mehraufwandsvariante eingesetzt werden.«

Dem SSM wurde nun von verschiedenen Seiten mitgeteilt, dass Möbellager des Möbelverbundes und insbesondere das MüTZe-Möbellager trotz dem ausgesprochenen Verbotes der ARGE weiterhin Ein-Euro-Jobber beim Verkauf und beim Ein- und Ausräumen der Ware und beim LKW bei Wohungsauflösungen einsetzen. Dies ist Subventionserschleichung und ein Straftatbestand.

Protokoll Daniel Fischer vom 28.12.2009

»Mittwoch den 16.12.09 besuchte ich das Möbellager in Zollstock, Gottesweg, um nach einem Ein-Euro-Job zu fragen. Ich bekam als Auskunft, sie suchten jederzeit Ein-Euro-Jobber. Die Mitarbeiterin fragte nach meinen Qualifikationen, ob ich schon mal etwas mit Möbeln, bzw. Second Hand Verkäufen zu tun gebaht hätte, was ich bejahte. Ich erzählte von meinen Jobs als Möbelpacker und dass ich schon auf Flohmärkten verkauft hätte. Ich fragte nach, was für Betätigungsfelder das Möbellager zu bieten habe, was von Entrümplungen, sortieren, recyceln bis zum Weiterverkauf gehe. Die Mitarbeiterin war erfreut über meine Qualifikationen und sagte, ich solle morgen einfach noch mal wiederkommen, da sei ihre Chefin anwesend, und da könnten wir alles weitere besprechen, quasi ein Vorstellungsgespräch. Sie selbst sei auch eine Ein-Euro-Jobberin (insgesamt sah ich 3 Personen in der Halle) und würde sich auf baldige Zusammenarbeit freuen, was bei meinem Lebenslauf praktisch nur noch eine Formsache sei.

Am Donnerstag den 17.12.09 war ich im Mütze-Möbellager in Mülheim und fragte ebenfalls nach der Möglichkeit als Ein-Euro-Jobber anzufangen. Prinzipiell sei dies möglich, ich solle unter der in der Broschüre genannten Nummer anrufen und nachfragen. Da könne man mir die Info geben, ob momentan Stellen frei sind oder nicht.«

Bundesweiter Protest, 2.10.2004 Foto: Rudolf Denner / arbeiterfotografie.com

Eurojobs haben ihren Sinn, wenn sie freiwillig sind und niemandem Konkurrenz machen. Sie sind Training **für** den 1. Arbeitsmarkt, nicht Arbeiten **am** 1. Arbeitsmarkt. Bei der MüTZe – bei den Mitgliedern und dem Vorstand – steht nun das Groß-Reine-Machen an, damit sie ihrem eigenen Anspruch an Selbsthilfe wieder gerecht werden kann.

Der Vorstand der MüTZe behauptet, sich an Recht und Gesetz zu halten, und demnach solle sich der SSM mäßigen. Letzeres ist durch eine eidesstattliche Versicherung, in der die MüTZe erklärt, dass sie in 2010 zu keiner Zeit Ein-Euro-Jobber im Möbellager und auf dem LKW eingesetzt hat, leicht möglich.●

Anmerkung der Redaktion:

Träger des Bürgerhauses MüTZe in Köln-Mülheim ist die Mülheimer Selbsthilfe Teestube e.V.. Laut Selbstdarstellung (Webseite) sind in der MüTZe »in der Tradition sozialer Solidar- und Selbsthilfegemeinschaften und als Beschäftigungsträger soziokulturelles und sozialgewerbliches Handeln vereint. Die Bandbreite der Angebote reicht von der Sozialberatung über die Raumvermietung bis zu kulturellen Angeboten und Gemeinwesenarbeit.«

TRIAS GGMBH, TREPTOW-KÖPENICK

Guckst Du hier!

Im Briefkasten liegt ein A5 Zettel, die Trias gGmbH kündigt eine Seniorenbefragung an. Kein Couvert, keine Anrede, im Auftrag der Stadträtin. Woher weiß der Austräger, dass der Besitzer dieses Briefkastens über 50 ist? Wieso fragen die drei, die mich heimsuchen wollen, nicht selbst, vorher, und wann und wo es mir passt?

Von Sabine Techel, Berlin ● Ich bin 56, sehe höchstens wie 55 aus und habe Aktenzeichen XY gesehen: sie kommen zu zweit, einer füllt die Papiere aus, der andre braucht ein Glas Wasser; während die Omi hilft, hat der Gauner Zeit, die Schränke zu filzen. Von der Einladung meines benachbarten Seniorenclubs (neu: Kiezclub, sie bieten vormittags Gedächtnistraining an) an Gäste ab 35 fühle ich mich nicht wirklich angesprochen. Allerdings ist hier Treptow-Köpenick (TK) und das ist ein weites Feld.

Die »Trias gGmbH« hat einen Datenschutzbeauftragten. In unserem ersten Telefonat am nächsten Tag ist er noch freundlich; da ist offenbar eine Panne passiert. Meine – später an alle Beteiligte gerichtete – Frage, wer welche Daten von mir besitzt und woher, beantwortet er: die anonymisierten Daten von 3.000 TKern über 50 stammen vom Statistischen Landesamt. Ich erreiche dort eine sehr beunruhigte Verantwortliche, der die Ungereimtheiten sofort auffallen: wenn die Daten anonymisiert sind, wie kommt dann der Zettel zu mir? Noch will ich nicht Schriftliches in die Welt setzen. Während ich mit einem Projektmitarbeiter telefoniere, der auch nicht weiß, wer was über mich weiß, woher und wie lange, klingelt es und jemand, der mir seinen Namen verweigert verlangt »im Auftrag der Sozialstadträtin« Einlass. Mein Sohn und ein Freund kommen gerade heim, amüsieren sich über das Gebrüll an der Gegensprechanlage, lassen ihn aber nicht herein. Mein Gesprächspartner begreift, versichert mir aber, es habe noch keine Schwierigkeiten gegeben und meine Antworten werden nicht aus der Hand gegeben.

Das fürchte ich auch nicht; über die Unzulänglichkeiten des Stadtbezirks rede ich auch sonst. Endlich nennt er mir die Webadresse der Befragung (1). Ich darf auch online.

1. Exkurs: TK besteht vorwiegend aus dezentralen, unzugänglichen und schlecht versorgten Quartieren, die als privilegiert galten, teilweise beliebt, aber fast nur mit PKW nutzbar. Stadt, Bezirk und Vermieter haben seit der Wende geschlossen (Kultur, Jugend, Kitas), ausgedünnt (Taktzeiten der Busse), verschenkt (Schulgebäude), modernisiert, den Individualverkehr in den Stau gefahren (Bahnhofstraße, Elsenbrücke, Alt-Köpenick) und durch Investitionen in Randlagen (Mittelpunktbibliothek Köpenick, Johannisthal, Adlershof) (2) in ehemals fußläufigen Wohn- und Versorgungszentren (Bölsche, Karl-Kunger, Dörpfeld, Wilhelminenhofstraße, u.a.) Verschneisung und Verödung bewirkt. Die Pflegedienste locken mit Smarts, anstatt mit Elektroautos, die Essensdienste parken gern an den Bushaltestellen. Die Bezirksverordnetenversammlung TK verabschiedete 2004 als eine von 3 Kommunen in ganz Deutschland eine Lokale Agenda 21.

Man muss sich Mühe geben, um in die wunderschöne Mittelpunktbibliothek zu gelangen: von den nächsten Haltestellen 350m entfernt, und gut zu erreichen, wenn man einen Parkplatz findet und/ oder einen Helfer hat. Für den PRETEST wurden 2 Wochen lang 76 Personen über 50 angesprochen, 37 (!) antworteten. Auf S. 5 erfahren wir von deren wundersamer Vermehrung, aus den 76 sind 92 geworden. Bei der Gegenrechnung der Tortenschnittchen des Exceldiagramms (einfache Addition im Zahlenraum 100, 2. Klasse Grundschule) kommen wir auf 104%. Plan übererfüllt, Klasse!

Sozialstatistik ist eine anspruchsvolle, sehr gefragte Tätigkeit. Eine repräsentative Befragung erfordert komplexe Informationen über Einkommen, Aktivitäten, Gesundheitszustand. Der Fragebogen erfasst solche Themen, allerdings ist die Untersuchungstiefe läppisch; mit diesen Daten kann niemand etwas anfangen. Es dauert Jahrzehnte, bis schlechte Ärzte aus einer Gegend verschwinden und Wochen genügen, einen eingeführten Wochenmarkt durch den Verkauf des Grundstücks zu vertreiben.

Das Gremium, das diese Umfrage befürwortet ist das Bezirkliche Bündnis für Wirtschaft und Arbeit (BBWA (3)), das in Kofinanzierung mit der EU 112.824,80 Euro für diese Studie bewilligt. Sie soll neue Erwerbsmöglichkeiten eruieren, z.B. als Seniorenfitnesstrainer. Dort vermute ich auch einen Ansprechpartner für meine Fragen nach der »Guten Fachlichen Praxis«. Marius Greuèl, Beirat und Dozent an der Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit, antwortet *»die Teilnehmer haben zur Befragung ihr Einverständnis gegeben. Das Bezirksamt ist mit eingebunden. Die datenschutzrechtlichen Bestimmungen sind streng erfüllt worden.«* Meine Nachfrage bleibt unbeantwortet. Aus ihrem Sekretariat erfahre ich, dass die Stadträtin mein Anliegen per blackberry sehr ernst nimmt.

2. Exkurs: In TK gelten andere Regeln für die Vergabe einer ÖBS-Stelle (Ausnahmen ausgenommen). Während laut Gesetz »mehrere« Vermittlungshemmnisse ausreichen, z.B. über 50 und alleinerziehend, oder verschuldet und behindert, werden hier Merkmale verlangt, die mit der betreffenden Beschäftigung geradezu kollidieren, z.B. in Kitas und Horten oder in der Altenbetreuung. Die Träger erhalten dabei die Zuwendungen, unabhängig von Eignung oder Qualität der Rehabilitation.

Die Bemühungen um Qualitätsmanagement im Sozial- und Kulturbereich haben seit den 90er Jahren gute Fortschritte gemacht – da, wo man sich darum bemüht. Der Hinweis auf eine Zertifizierung nach Abrakadabra zeigt nur, dass es sich um einen Zuwendungsempfänger handelt, von dem ebendies verlangt wird, im Gegensatz zu Hinweisen auf die »Gute Fachliche Praxis«, die Transparenz schafft.

Während der nächsten Wochen gewinne ich den Eindruck, dass es genau darum nicht geht. Am 18.3. schreibt mir die Stadträtin, dass alles seine Ordnung hat, weil es in ihrem Auftrag geschieht, dass die Mitarbeiter der Trias die Fragebögen anonymisieren werden und dass die Überlassung von Namen und Anschrift von (ausgewählten) Bürgern über 50 gemäß §3 des Datenschutzgesetzes von ihr veranlasst wurde.

Die Homepage der Trias (Aktuelles) bietet jetzt ein 16-seitiges Download zum Schutz vor Trickbetrügern. Klar, was eine 86jährige im meiner Lage als erstes tut, wenn ein Fremder klingelt: sie sucht ihre Brille, um die Druckeigenschaften zu modifizieren...●

Marius Greuèl ist Geschäftsführer der Mediplus Managementgesellschaft, die unter dem Rubrum »Integrierte Versorgung« Privatisierungsstrategien im Gesundheitsbereich betreibt.
Sabine Techel, 1953 in Berlin geboren, ist Autorin und staunt gern haupt- und nebenberuflich.

Links:

1) www.trias-sozial.com/seniorenbefragung-treptow-koepenick/index.html
2) www.sb-tk.de/web/bibliotheken.php
3) www.bbwa-berlin.de/cms/website.php?id=/de/index/projekte.htm

EVANGELISCHE KIRCHE

BESCHÄFTIGUNGSINDUSTRIE

»Gute Werke, Arbeit & Nächstenliebe«?

Auf einem Kongress der evangelischen Kirche und ihres Sozialverbandes, der Diakonie, sprachen sich im Juni 2010 in Berlin mehr als 150 TeilnehmerInnen für einen flächendeckenden Mindestlohn, eine Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze sowie die Erweiterung sozialer Grundrechte aus. »Du sollst das Recht der Armen nicht beugen«, lautete das Motto der Veranstaltung.

Von Joachim Maiworm und Anne Seeck, Berlin ● Die Kirchen sehen sich also gerne als Schützer und Anwälte der Schwachen in der Gesellschaft, zeigen sich in der jüngsten Vergangenheit aber zugleich als Motoren und Nutznießer des Agenda-2010-Prozesses. Die Kirchenleitungen pflegen den Eliten-Dialog und verteidigen die Arbeitsmarktreformen. Damit bekennen sie sich zu einem klaren Wirtschaftsliberalismus.

Auf der unteren Ebene – gerade in der evangelischen Kirche – wird dagegen mitunter auch scharfe Kritik gegen Sozialabbau und Hartz IV laut: eine gespaltene Kirche zwischen »oben« und »unten«. Eine heuchlerische auf den Chefetagen. In Sonntagsreden wird der gesellschaftliche Ausschluss der Langzeitarbeitslosen kritisiert und die Schwächung der sozialen Grundrechte beklagt, zugleich aber empfehlen sich die beiden großen Kirchen als Großanbieter von diskriminierenden Beschäftigungsverhältnissen, vor allem von Ein-Euro-Jobs.

Zwei Langzeiterwerbslose aus der »AG Beschäftigungsindustrie« wollten aus erster Hand erfahren, wie Langzeitarbeitslose in die Alltagsarbeit einer evangelischen Gemeinde eingebunden werden. Sie trafen sich Anfang August an einem frühen Nachmittag vor dem großen Kirchenportal der Martin-Luther-Gemeinde in Berlin-Neukölln. Aber sie waren dort nicht allein. Etwa 70 weitere Einkommensarme hatten sich bereits eingefunden, stellten sich auf dem Gehweg diszipliniert in Zweierreihen auf und warteten auf Einlass. Die Aktion »Laib und Seele« – in Berlin seit Januar 2004 aktiv – hatte zur wöchentlichen Lebensmittelverteilung für Bedürftige in den Kirchensaal gerufen. Auf die geduldig Ausharrenden wartete das immer gleiche Prozedere: Erst eine Nummer ziehen, sich bis zum Aufruf gedulden, dann endlich für einen Euro eine Tüte mit Nahrungsmittel füllen lassen und abschleppen.

Protest gegen Ein-Euro-Jobs und Sozialabbau vor dem Kölner Rathaus Foto: Hans-Dieter Hey / arbeiterfotografie.com

Die ehrenamtlich für die Berliner Tafel e.V. arbeitende Leiterin der Ausgabestelle legte im Gespräch Wert darauf, dass 80 Prozent der insgesamt etwa 40 helfenden MitarbeiterInnen selbst erwerbslos seien. Bei einem anschließenden Treffen mit dem Gemeindepfarrer wurde dann deutlich, welche große Bedeutung die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandentschädigung für die Arbeit der Kirche im Neuköllner Kiez haben. Neben den aktiven Ehrenamtlichen beschäftigt die Gemeinde etwa 18 Angestellte in der Verwaltung und den beiden Kitas, fünf Leute auf Basis des Berliner Öffentlichen Beschäftigungssektors, ein paar wenige Absolventen des »Arbeit statt Strafe«-Programms sowie mindestens 25 Ein-Euro-Jobber. Von denen auch mehrere die Lebensmittelverteilung unterstützen. Hartz-IV-EmpfängerInnen und Ein-Euro-Jobber vor und hinter den mit Lebensmitteln vollgestellten Tischen. Ganz nach dem Motto: »The Poor feeding the Poor«!

Der Pfarrer räumte ein: »Ohne die Ein-Euro-Jobber müsste das Angebot der Gemeinde drastisch reduziert werden.« Überhaupt gelte, dass diese Arbeitsgelegenheiten für die Gesellschaft unverzichtbar wären. Rechtfertigend fügte er an, dass viele der Ein-Euro-Kräfte nicht voll arbeitsfähig seien und darum einen geschützten Raum bräuchten. Zudem könnten sie sich ja im Rahmen ihrer Maßnahmen auch weiterqualifizieren. Eine Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt gelänge jedoch sicher nur in den seltensten Fällen. Beispielsweise gäbe es da den Fall eines Mannes, der bereits seit 12 Jahren, mit nur kurzen Unterbrechungen, eine Arbeitsgelegenheit an die andere reihend für die Gemeinde tätig sei. Auf die Frage, wie er dazu stehe, dass im Krankheitsfall die Lohnfortzahlung ausfalle, antwortet der Gottesmann: »Da muss halt noch nachgebessert werden!« Die Ein-Euro-Jobs könne er aber moralisch vertreten.

Der Pfarrer und seine widersprüchlichen Aussagen: sinnfällig für das strategische Agieren des Unternehmens Kirche. Ohne Billigarbeit, ohne diskriminierende Beschäftigungsverhältnisse á la Arbeitsgelegenheiten lässt sich der Betrieb nach eigenen Angaben nicht mehr kostendeckend betreiben. Folglich muss die Moral den Bedingungen ein wenig angepasst werden.

Ähnliche Erfahrungen machten wir in einer benachbarten evangelischen Gemeinde: Eine Ein-Euro-Jobberin beschrieb uns, wie auch hier der ganze Kirchenbetrieb von den Gratiskräften am Laufen gehalten wird. Entgegen dem Prinzip der Zusätzlichkeit werden Tätigkeiten ausgeführt, die größtenteils nicht durch die »Positivliste« zur Vermeidung von Verdrängung »regulärer« Beschäftigungsverhältnisse gedeckt sind. Schöne evangelische Kirchenwelt: Die Kirchengemeinde nutzt die kostenlose Arbeitskraft der Jobberin. Daneben profitiert der Beschäftigungsträger »Die Wille gGmbH« von ihrer Arbeit. Denn er kassiert vom Jobcenter die Regiekosten zur Abwicklung der Maßnahme. Der Träger wiederum ist eine Einrichtung des Evangelischen Johannesstifts, einem expandierenden Sozialunternehmen mit über 2.000 MitarbeiterInnen, das mit aggressivem Preisdumping Marktanteile gewinnen will. (1)

Fazit: Kehren immer mehr Menschen der Kirche den Rücken und verschärft sich der Konkurrenzkampf auf dem Markt für soziale Dienstleistungen, dann zählen auch in den Gemeinden die Probleme der Erwerbslosen, Arbeitszwang und der Bruch von Grundrechten herzlich wenig. Die Zeche zahlen nicht zuletzt Tausende von Ein-Euro-Jobbern. Die Kirchen und ihre Sozialverbände gehören deshalb zu den aktivsten Agenten und Profiteuren des Hartz-Prozesses.●

1) vgl. »Kirche unterbietet Kirche«, Report Mainz vom 20.7.2009

INTERVIEW:

»Ich hatte den Eindruck, ich bin in einem Straf- und Erziehungslager«

Beate Klein* arbeitete 14 Monate als Ein-Euro-Jobberin in einer Kirche in Berlin-Neukölln, jetzt wurde sie vom Pfarrer gefeuert.

CONTRASTE: Wie kamen Sie zu dem Ein-Euro-Job, wurde der zugewiesen?

Beate: Vom ALG II- Regelsatz kann kein Mensch ein würdiges teilhabendes Leben führen. Nach ergebnisloser Suche nach einer Stelle mit einem auskömmlichen Einkommen blieb mir nur der Niedriglohnsektor – entweder ein Minijob plus aufstockendes ALG II, Leiharbeit oder eben ein sogenannter Ein-Euro-Job. Ich entschied mich gezwungenermaßen für einen Ein-Euro-Job. Zugewiesen wurde mir eine solche Stelle in einer evangelischen Kirche.

Wieviele Beschäftigte gab es denn dort?

Den Pfarrer natürlich und eine halbe Stelle für die Küsterin. Alles andere waren Ein-Euro-Jobber, ca. 18-20.

Waren das denn zusätzliche Arbeiten, die die Ein-Euro-Jobber verrichteten?

Von Zusätzlichkeit keine Spur. Alles war dabei: Hausmeister-, Handwerker- und Putzarbeiten, Gemeindemitgliederpflege, Gartengestaltungsarbeiten plus Pflege, Seniorenbetreuung, Ausrichten von Buffets, Durchführung von Veranstaltungen aller Art. Und es musste gewährleistet werden, dass Kirche und Café von morgens bis abends geöffnet waren. Der ganze »Kirchenbetrieb« wird durch Ein-Euro-Jobber aufrechterhalten und gestemmt. Interessant ist auch, dass die Ein-Euro-Jobber, die größtenteils wohl nicht Mitglieder der Kirche sind, den Gemeindebetrieb erst möglich machen. Eine paradoxe Welt: Als ausgewachsene Atheistin werde ich genötigt, einen Kirchenbetrieb auf den Beinen zu halten!

Gibt es denn dort für die Ein-Euro-Jobber eine Perspektive auf feste Stellen?

Natürlich nicht. Manche sind dort in Folge schon bis zu vier Jahre eingestellt, eigentlich müssten sie eine feste Stelle einklagen. Aber die Kirchen haben ja angeblich kein Geld.

Wie war denn das Arbeitsklima?

Zu Besprechungen waren alle Mitarbeiter dienstverpflichtet. Hinter vorgehaltener Hand äußerten die MAE-er im Vorfeld die Angst, wieder einen Anschiss zu bekommen. Meistens erfolgte dann auch ein Anschiss des Pfarrers gegenüber jenen, die Anweisungen nicht befolgt hätten. Manchmal hatte ich den Eindruck, ich bin nicht beim Arbeitseinsatz, sondern in einem Straf- und Erziehungslager.

Wie kam es zu dem Rausschmiss?

In den Besprechungen wurde Gehorsam verlangt und kein Widerspruch zugelassen. Der Auftritt des Pfarrers glich oft dem eines Feudalherren. Als ich in einer Besprechung höflich darauf hinwies, dass bestimmte Anweisungen keine Berechtigung hätten, eröffnete mir der Pfarrer in seiner autoritär dominanten Art, dass er nicht mehr mit mir zusammenarbeiten könne. Das teilte er dem Beschäftigungsträger mit. Der Träger sucht jetzt nach einer Alternative, ich möchte aber nicht mehr in einer Kirche arbeiten.

Wie haben sich die anderen Ein-Euro-Jobber verhalten?

Sie hatten Angst, aufzumucken. Sie werden klein gehalten und lassen sich das leider auch oft gefallen. Aus Angst, den Zuverdienst von 1,50 Euro die Stunde zu verlieren. Wir werden ausgepresst wie die Zitronen. Auch von den Kirchen, die sich als Schützer der Armen aufspielen, aber von der Ausbeutung der Armen profitieren.●

*Name von der Redaktion geändert

Das Interview führte Anne Seeck

DER MAE-KIEZPOOL

Es geht auch anders

Sich für das Durchführen von den sog. 1-Euro-Jobs zu entscheiden, hatte für uns verschiedene und vielfältige Gründe: So u.a. die Überzeugung, dass das Repressionssystem Hartz IV nicht zu nachhaltigen und tragfähigen Lebensentwürfen führt, die Unmöglichkeit, sie als kleiner Verein abschaffen zu können, das vorhandene und gewünschte Engagement von Leuten aufzugreifen, zu unterstützen und die Zahlung der Mehraufwandsentschädigung zu ermöglichen, die zusätzlich zum Hartz IV-Satz nicht unerheblich ist, zu zeigen, dass Dinge auch mitgestaltet werden können, auch wenn sie so unfassbar wie Hartz IV und sog. 1-Euro-Jobs sind, sowie weiteres.

Von Frauke Hehl, (Workstation) ● »aktiv im kiez – der mae-kiezpool« ist ein Netzwerk von vor allem rund um das Gebiet »Boxhagener Platz« in Berlin Friedrichshain aktiven Initiativen der Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit. Seit 2006 führt die workstation Ideenwerkstatt Berlin e.V. in Kooperation mit UBI KliZ e.V. den »mae-kiezpool« durch.

Beide Kooperationspartner zeichnen sich durch langjährige Erfahrungen zum Thema »lokale Beschäftigung und Stadtteilarbeit« aus und sind seit langem im Stadtteil verankert. Dies fördert die Vertrauensbildung aller Beteiligten, welches essentieller Bestandteil des Lern- und Arbeitsklimas ist. Wo Offenheit und Vertrauen gegeben sind, ist der Umgang miteinander respektvoll und vom Miteinander geprägt. Gute Ausgangsvoraussetzungen also, um zu lernen und Veränderungs- und Qualifizierungsprozesse in der Lebens- und Arbeitsstruktur anzugehen.

Wie funktioniert »aktiv im kiez – der mae-kiezpool«?

Menschen aus dem Gebiet oder die im Gebiet aktiv sind, erfahren über Erzählungen, über den Stadtteilladen, übers Jobcenter oder aus dem Internet oder den Lokalmedien vom mae-kiezpool. Sie melden im Vor-Ort-Büro ihr Interesse an Information und ggf. Mitwirkung an. Die MitarbeiterInnen von »aktiv im kiez – der mae-kiezpool« schauen zusammen mit den Interessierten, ob es sinnvolle Einsatzmöglichkeiten im Gebiet gibt, ob Bereitschaft oder Interesse zur Selbstorganisation bestehen. Geeignete BewerberInnen werden auf einer Vormerkliste notiert. Die Interessierten nehmen Kontakt zu ihren pAp's (Persönliche AnsprechpartnerInnen) im JobCenter auf, um abzuklären, ob eine Zuweisung seitens des Jobcenters in Frage kommt. Der Träger kommuniziert ans JobCenter die InteressentInnen mit der Bitte um Zuweisung dieser Kunden in die Maßnahme. Für jede/n vorgeschlagenen TN wird ein Tätigkeitsprofil mit Nennung der Arbeitsorte mit eingereicht.

Ergebnis: Die Menschen kommen ziemlich passend in Tätigkeit und Qualifizierung, wo sie das Umfeld und die (Lern)Inhalte vorfinden, die sie brauchen und mit denen sie sich identifizieren können. Die Offenheit und Bereitschaft ist bei dieser Vorgehensweise sehr groß.

Seit 2006 werden diese AGH-Maßnahmen mit jeweils 15-20 TN durchgeführt. Die Zahl der Einsatzstellen ist um das dreifache angewachsen, die individuell ausgerichtete Basis-Qualifizierung ergänzt sinnvoll die Qualifizierung in Praxis durchs Tätigsein. Darüber hinaus können die Zusatzqualifizierungen aus dem landesgeförderten Programm besucht werden. Lernen in Arbeit und Alltag ist wichtiger Bestandteil der Tätigkeit.

Der Verein workstation Ideenwerkstatt Berlin e.V. stellt seit 1998 Raum für Aktivitäten zur Verfügung, ist Ort der Auseinandersetzung, Information und praktischen Betätigung rund um das Thema Arbeit und Lebensgestaltung; bietet Raum zur gestalterischen Eigeninitiative für persönliche und gesellschaftliche Veränderungen. Basis ist die Kommunikation und Kooperation aller Beteiligten.

Der Rahmen von workstation provoziert zweierlei: Die Auseinandersetzung mit der Frage nach sich selbst fordert eine gewisse Selbstverantwortung (sozialpäd. Aspekt), aber eben auch den völlig offenen Umgang mit sich selbst (künstlerischer Aspekt). Dabei wird die Schnittstelle von Kunst, Kultur und Sozialem dazu genutzt, einen enormen Lernerfolg und Kompetenzgewinn bei denen zu erreichen, die sich den Prozessen von Selbstorganisation und Handlungskompetenzerwerb öffnen. Denn vor allem eigene Erfahrungen führen zu intensiven Bewusstseinsprozessen.

Das Knüpfen von Kontakten in alle gesellschaftlichen Schichten und Gruppen hinein, zu Betroffenen, Sachverständigen, Politikern und potentiellen Unterstützern ermöglicht ein automatisches Aneignen eines umfangreichen fachlichen und sachlichen Wissens. Konzeptionelle/Inhaltliche Aufgaben der workstation

● einen »geschützten« Raum für Ideen und Ausprobieren geben

● Auf die Eigen-/Selbstverantwortung der Einzelnen hinarbeiten

● Eigenverantwortung wachrufen und Lern- und Wahrnehmungsprozesse aufrufen.

Der UBI KliZ e.V./Mieterladen wurde gegründet als BürgerInitiative in den Wendewirren 1989 in Berlin-Friedrichshain und stellte die 1. Mieterberatung in Ostdeutschland und ab 1990 folgten weitere Betätigungsfelder, z.B.: Gründung der 1. Betroffenenvertretung im Bezirk, Gründungsmitglied der antirassistischen Telefonkette, AG Kiezentwicklung, Projekt Friedrichshain e.V. und der Initiative gegen Rechts Friedrichshain, Mitglied im Besetzerrat, Gründung des Aktionsbündnis.

Fortsetzung auf Seite 10

DIE BÜRGERARBEIT

BESCHÄFTIGUNGSINDUSTRIE

Keine Leistung ohne Gegenleistung!

Nichts stört das »Gerechtigkeitsempfinden« der »Leistungsträger« mehr als Arbeitslose, die »durch den Tag gammeln«. Diese »Störfaktoren« sollen in Arbeit gebracht werden. So drohte Anfang des Jahres auch der ehemalige hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU): »Wir müssen jedem Hartz IV-Empfänger abverlangen, dass er als Gegenleistung für die staatliche Unterstützung einer Beschäftigung nachgeht, auch niederwertige Arbeit, im Zweifel in einer öffentlichen Beschäftigung. (...) Es kann aber kein funktionierendes Arbeitslosenhilfe-System geben, das nicht auch ein Element von Abschreckung enthält.« (16.1.2010 in einem Interview mit der »Wirtschaftswoche«)

Von Anne Seeck, Berlin ● Abschreckend wirken soll daher auch die neueste Variante der Arbeitsverpflichtung: das Modell Bürgerarbeit. Bereits am 1. Juli 2010 begann die Aktivierungsphase, an der planungsgemäß 160.000 Erwerbslose an den Start gehen sollten. Im Januar 2011 beginnt dann die eigentliche Beschäftigungsphase, in die schließlich 34.000 Langzeitarbeitslose gepresst werden sollen.

Zunächst haben die Erwerbslosen ein vierstufiges »Selektionsverfahren« zu durchlaufen. Phase eins: Die registrierten Arbeitslosen werden zum Beratungsgespräch eingeladen. In einem Profiling wird überprüft, welche Chancen die Erwerbslosen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Phase zwei: »Marktnahe« Kunden werden zeitnah vermittelt. Phase drei: Erwerbslose mit Qualifizierungsdefiziten erhalten Maßnahmen zum Abbau von Vermittlungshemmnissen verordnet. Phase vier: Am Ende der Aktivierungskette wird die Bürgerarbeit angeboten – auch den am Arbeitsmarkt grundsätzlich »Chancenlosen«. Modellprojekte beweisen aber, dass diese Zielgruppe der chancenlosen Erwerbslosen nicht erreicht wird, es fand dort eher eine Bestenauslese gut qualifizierter, arbeitsmarktnaher Erwerbsloser statt.

Dieses Verfahren hat System. Im Ergebnis kommt letztlich nur jeder Fünfte in der Bürgerarbeit wirklich an. Der Erwerbslose muss diverse Vermittlungsversuche, Aktivierungs-, Qualifizierungs- und Trainingsmaßnahmen durchlaufen. Es wird offensichtlich davon ausgegangen, dass im Verlauf dieses Prozesses bis zu 80% der aktivierten Personen ausscheiden: d.h. in den ersten Arbeitsmarkt wechseln oder sich abmelden. Abgezielt wird darauf, dass die als nicht marktgängig geltenden Erwerbslosen dem Druck nicht standhalten und sich »freiwillig« vom Leistungsbezug verabschieden.

Bürgerarbeit ist somit erst das Ende einer Aktivierungskette. Im Rahmen der zuvor zu durchlaufenden Phasen reicht oft schon die Sanktionsandrohung, um Betroffene aus dem Leistungsbezug zu verdrängen. Auch wenn Ministerin von der Leyen von einem »Arbeitsangebot« (BILD vom 31.5.2010) spricht – in den Modellprojekten war die Bürgerarbeit überwiegend freiwillig – handelt es sich eindeutig um ein Druckmittel, d.h. eine Zwangsverpflichtung mit dem Ziel, die Transferkosten zu reduzieren.

Auch die vorgesehenen Arbeitsbedingungen schrecken ab. Beispiel Niedriglohn: In den Modellprojekten wurden oftmals 675 Euro brutto für 30 Stunden pro Woche gezahlt (ca. 5,23 Euro/Stunde). Jetzt sind ca. 900 Euro brutto vorgesehen (6,97 Euro/Stunde). Die Bürgerarbeiter bewegen sich damit auf Hartz IV-Niveau. Damit wird der Druck weiter erhöht, auf dem regulären Arbeitsmarkt noch geringere Löhne zu akzeptieren. Der Wunsch nach regulären Arbeitsverhältnissen wird in eine erzwungene Zustimmung zur Arbeit im Rahmen entrechteter Niedrigstlohnverhältnisse umgebogen. Zur Entrechtung gehört auch, dass nicht in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt wird und die Bürgerarbeiter nach der Beschäftigung sofort wieder in den Hartz IV-Bezug fallen.

Bildung als Heilsbringer? Foto: arbeiterfotografie.com

Schlimmer noch, die Tätigkeiten der entrechteten, gering bezahlten Bürgerarbeiter wurden zuvor häufig in Form regulärer Jobs auf dem ersten Arbeitsmarkt erledigt. Die vernichteten Arbeitsplätze werden mittels Bürgerarbeit als »soziale Vorzeigeprojekte« wieder eingerichtet. Die bevorzugten Beschäftigungsfelder sind: »Ordnung und Sauberkeit« im öffentlichen Raum, Örtliche Vereins- und Kirchenarbeit, Jugendarbeit, Kindergärten und Schulen, und vor allem Betreuung und Assistenz bei Alten- bzw. Pflegebedürftigen und Behinderten in Einrichtungen. »Kurz: überall wo in der letzten Zeit wegen der unterbliebenen Neuordnung der Gemeindefinanzierung oder Unterfinanzierung von sozialen Einrichtungen zu viele Stellen eingespart oder nicht bedarfsgerecht ausgebaut wurden«, so die Sozialrechtlerin Helga Spindler im August 2007. Mitnahme- bzw. Verdrängungseffekte sind also offenkundig unvermeidbar und eingeplant.

Erfunden wurde die Bürgerarbeit im November 2006 in Bad Schmiedeberg (Sachsen-Anhalt), einer Kurstadt mit 4.200 Einwohnern. Zu Projektbeginn des ersten »Flächentests« gab es dort 331 Arbeitslose, 106 Bürgerarbeitsstellen wurden geschaffen. Die Arbeitslosenzahl fiel von 2007 bis 2009 von 15,6 auf 6%. Aber auch hier konnte von »zusätzlichen« Stellen oft kaum die Rede sein. Zudem beklagten die Betroffenen die zu niedrige Bezahlung (675 bis 975 Euro brutto bei 30 Wochenstunden). Für die einfachen Arbeiten war kein Berufsabschluss notwendig, sondern nur eine kurze Einarbeitung. Das Qualifikationsniveau vieler Bürgerarbeiter lag aber über dem durchschnittlichen Anspruchsniveau, 75% von ihnen verfügen über einen Berufsabschluss. Nur ca. 11% der Beschäftigten schafften letztlich den Übergang von der »Bürgerarbeit« in den ersten Arbeitsmarkt.

Gründe also genug, die Bürgerarbeit in Gänze abzulehnen! Was aber sagt der Deutsche Gewerkschaftsbund? Er sieht sich außerstande, die Bürgerarbeit einer generellen Kritik zu unterziehen. »Wir können nicht jedes Konzept sofort in die Tonne hauen!«, so ein Mitglied des Bundesvorstands im Juli bei einer Veranstaltung der Ver.di-Erwerbslosen in Berlin. Es werden lediglich Nachbesserungen gefordert. Die Öffentlichkeit solle die Bürgerarbeit »kritisch begleiten«. Aber zur Forderung, die Bürgerarbeit komplett zu verwerfen, kann sich auch der DGB nicht durchringen.

Diese neue Form der Pflichtarbeit hat damit bereits die entscheidenden Ziele erreicht. Zum einen wird die Arbeitslosenstatistik saniert, zum anderen nach den Ein-Euro-Jobs jetzt auch die Bürgerarbeit gesellschaftlich hoffähig gemacht. Der Workfare-Gedanke hat in neuem und öffentlich akzeptiertem Gewand Eingang in die deutsche Politik gefunden. In Zeiten des zunehmenden Sozialdarwinismus wird eine heile Welt vorgeführt. Achtung: Die Bürgerarbeit entpuppt sich als Wolf im Schafspelz!●

FORTSETZUNG VON SEITE 9

Wir bleiben alle (WBA) in Friedrichshain, Organisation von Teilnahmen an Info- und Kulturveranstaltungen, Demos, Kundgebungen, Straßenfesten, Initialisierung des 1. Bürgerantrages im Bezirk, erfolgreicher Kampf um die Festlegung eines Milieuschutzgebietes im Bezirk, Mitarbeit an Radio- und TV-Sendungen und Erstellung eigener Sendungen über Pi-Radio und Radio Friedrichshain/StudioAnsage, Herausgabe der monatlichen Stadtteilzeitung »Bänsch-Echo« seit 1992, Aufbau einer qualifizierten Sozialberatung sowie Mitarbeit in verschiedenen Netzwerken und anderes.

Wichtig für beide Vereine ist die Feststellung, dass UBI KLiZ e.V. und workstation Ideenwerkstatt Berlin e.V. im Sinne einer »open source« Zusammenlegung und des »creative common license-system« bzw. gegenseitigen Unterstützung kooperieren, mit dem gemeinsamen Ziel, Menschen Raum, Zeit und Unterstützung für die Realisierung eigener, gesellschaftlich wichtiger und tragfähiger Ideen zur Verfügung zu stellen.

Ausblick

Wir möchten diese kleinteilige Stadtteilarbeit weiterführen um somit vielen weiteren Menschen vor Ort die Möglichkeit auf selbstbestimmtes und verantwortliches Handeln, auf die realistische und persönlichkeitsbezogene Herausbildung beruflicher Perspektiven zu geben.●

www.kiezpool.de, www.ubi-mieterladen.de,
www.workstation-berlin.org

EMANZIPATORISCHE UMORIENTIERUNG

Mythos Weiterbildung – eine Polemik

Von Joachim Maiworm, Berlin ● Wo die Politik versagt, soll die Bildung weiterhelfen. In allen politischen Lagern wird deshalb die berufliche Qualifizierung als Schlüssel zur Bewältigung des Problems der Massenarbeitslosigkeit gehandelt. Bildung ist »in« – sowohl zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland als auch zur Sicherung individueller Beschäftigungschancen. Aber die Gesellschaft erliegt einer kollektiven Selbsttäuschung. Eine Obsession des »lebenslangen Lernens« greift um sich und verbündet sich mit dem herrschenden Arbeitsfetischismus. Denn an dem Komplex von Qualifizierung und Bildung werden maßlos überzogene Erwartungen geknüpft. Im Einzelfall mag sich ein beruflicher Erfolg einstellen, als Generalsschlüssel zur Lösung des Problems der Massenarbeitslosigkeit aber ist Weiterbildung eine Farce. Sind erst einmal alle Erwerbslosen beruflich qualifiziert, steigt die Arbeitslosigkeit der besser Ausgebildeten. Dennoch erschallt die Parole »Bildung, Bildung, Bildung!« in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen. Der Arbeitslosigkeitsdiskurs zeigt nicht zuletzt an dieser Stelle seinen irrationalen Charakter. Bildung wird in der »Wissensgesellschaft« zum großen Heilsbringer stilisiert. Sie wird zum Mythos.

Ein wesentliches Markenzeichen der beruflichen Weiterbildung ist die fehlende Transparenz. Im Geflecht der Bildungsträger und ihrem schier unübersehbaren Angebot von Maßnahmen lässt sich leicht die Orientierung verlieren. Schlechte Karten für alle, die sich weiterbilden wollen, aber an die falschen Institute geraten und Lehrgänge belegen, die nicht halten, was sie versprechen. Je nach finanzieller Ausstattung teilen Arbeitsagenturen und Jobcenter Bildungsgutscheine aus und vermitteln in Maßnahmen, unabhängig davon, ob die Erwerbslosen dies wünschen oder nicht. Schlecht für die Betroffenen, die sich aus guten Gründen nicht weiterbilden wollen, aber »lernen« müssen – und häufig genug in Einrichtungen landen, die keinen Cent Investition in die »Humankapitalbildung« wert sind.

Im Zuge der kontinuierlichen Durchkapitalisierung aller gesellschaftlichen Bereiche wurde berufliche Qualifizierung zu einer Ware und dem Markt übergeben. Spätestens mit den Hartz-Gesetzen ab 2003 erfolgte eine politisch gewollte Marktbereinigung unter den Weiterbildungsanbietern, die zu Kampfpreisen, Entlassungen und Lohnkürzungen für die Beschäftigten der Institute führte. (1) Billiganbieter dominieren seitdem den Markt. Einen Markt, der zwar Lernende aufsaugt, aber kaum Qualitatives zu offerieren hat und ihnen obendrein die bezahlte Anwendung des spärlich Erlernten versagt. Warum auch soll für die Masse Hochwertiges angeboten und vermittelt werden, wenn damit doch nichts Verwertbares anzufangen ist? Öffentliche Investitionen in das »Humankapital« rentieren sich also für viele Bildungsträger, bereinigen die Arbeitslosenstatistiken und exekutieren Druck auf Erwerbslose. Für die meisten Betroffenen aber bleibt lediglich die persönliche Erfahrung von in Bildungseinrichtungen verschwendeter Lebenszeit übrig.

Die berufliche Weiterbildung für Erwerbslose gehört also zu einem beachtlichen Teil entsorgt, denn ein Großteil der Lernwilligen wird enttäuscht, die in die Anstalten Gezwungenen gedemütigt, die Beschäftigten der Institute mehrheitlich mit Dumpinglöhnen abgespeist. Die Eigentümer und Geschäftsführer in der Weiterbildungsindustrie aber kassieren mitunter munter ab und die Jobcenter erhöhen weiter den Druck auf ihre »Kunden«. (2) Gründe genug, um die Abschaffung jeglicher staatlicher Bildungs- und Arbeitszwänge für Erwerbslose zu fordern und sich gegen den Niedriglohnbereich auch im Weiterbildungssektor aufzulehnen. Alles in allem: Dem Bildungsbereich, sofern hauptsächlich als Profitquelle und beschäftigungstherapeutische Anstalt konzipiert, die Legitimation zu entziehen.

Die reine Kürzung von Finanzmitteln für die berufliche Weiterbildung in ihrer jetzigen unerträglichen Form trägt jedoch nicht automatisch zu einer emanzipatorischen Umorientierung bei. Die Hoffnung vieler Betroffener, bei einem schwindenden Maßnahmeangebot von den Jobcentern in Ruhe gelassen zu werden, ist trügerisch. Ob die Regierung investiert oder »spart«: Der Stress der Erwerbslosen steigt in jedem Fall. So fordern auch die Marktradikalen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung eine Verkleinerung der Weiterbildungsindustrie und eine Reduzierung der Qualifizierungskosten. Durchaus realitätsnah wird festgestellt, dass viele Programme nur »Warteschleifen in der Arbeitslosigkeit« (3) finanzieren und sich manches schwarze Schaf auf dem Weiterbildungsmarkt tummelt und dubiose Kurse anbietet. Die Quintessenz: Die Arbeitslosen müssen mehr gefordert und zur schnelleren Jobsuche bewegt werden. Um den vielfach prognostizierten Fachkräftemangel zu beheben, sei dagegen eine gezielte Investition in verbesserte, d.h. maßgeschneiderte und damit zielorientierte Bildung notwendig. Ergo: Die Mittel sollen insgesamt gekürzt und auf die zukünftige Facharbeiter- und Akademikerelite konzentriert werden.

Nicht die Kürzung, sondern eine Umwidmung der zurzeit fließenden Geldmittel sollte dagegen die anstehende Minimalforderung sein. Die zig Millionen Euros wie auch die verlorene Lebenszeit und -energie der meisten Betroffenen sind für alternative Wege in der Bildungspolitik nutzbar zu machen. Stichworte: Weiterbildung als öffentliche Aufgabe mit individuellem Rechtsanspruch; Evaluation und Kontrolle der Qualität; Mindestarbeitsstandards für die Lehrenden, Möglichkeit der Anwendung des Erlernten in zu fördernden alternativen ökonomischen Sektoren.●

1) Die Beschäftigungssituation des überwiegenden Teils der insgesamt 650.000 Lehrenden in der Weiterbildung ist als »prekär« einzustufen. Der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse liegt in der Branche unter 15 Prozent. Vgl. Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Bundestag vom 26.8.2010, Drucksache 17/2809. Im Rahmen des aktuellen Kürzungsprogramms der Bundesregierung droht nun ein erneuter Unterbietungswettbewerb auf Seiten der Bildungsträger (Stand: September 2010).

2) Im Rahmen der SGB II und III betrug das Finanzvolumen 2008 immerhin etwa 2,7 Milliarden Euro für bildungsbezogene Maßnahmen, vgl. Dritter Bildungsbericht: »Bildung in Deutschland 2010«, Seite 32

3) Konrad Mrusek, »Mythos Weiterbildung«, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 22.3.10

WIE DIE JUSTIZ DIE HERRSCHENDEN SCHÜTZT UND IHRE GEGNERiNNEN NIEDERKÄMPFT

Einstellungssache

Klare Machtdemonstration in Hessen: Volker Bouffier wurde neuer Ministerpräsident – und die Ermittlungsverfahren gegen ihn und viele AmtsträgerInnen in Robe und Uniform wurden artig eingestellt. So funktioniert Justiz in herrschaftsförmigen Gesellschaften (also allen zur Zeit existierenden) – nämlich mit einem klaren Doppelauftrag: Das Verhalten sanktionieren, welches von Seiten der prägenden Kreise unerwünscht ist, und gleichzeitig die schützen, die zu diesen prägenden Kreisen gehören oder ihnen dienen.

Von Jörg Bergstedt, z.Zt. JVA Gießen ● Das trägt mitunter groteske Züge – so wie gerade rund um die hessische Innenpolitik und den Neu-Ministerpräsidenten Volker Bouffier. Der war im Mai 2006 in ein aufregendes Polizeimanöver verstrickt. Unter Aufbietung großer Polizeitruppen und Spezialkräften der Landespolizei sollten politische AktivistInnen aus dem Umfeld der Saasener Projektwerkstatt bei politischen Anschlägen auf frischer Tat ertappt und dann eingesperrt werden. Der Plan war ausgeklügelt – nur die AktivistInnen hielten sich nicht an ihn. Die wussten nicht einmal etwas davon und spielten deshalb in der fraglichen Nacht auf den 14.5.2006, statt Gerichtsgebäude abzufackeln, CDU-Geschäftsstellen in Trümmer zu legen oder das Gießener Privathaus des Innenministers anzugreifen, einfach Federball. Zwar provokant nachts um 2 Uhr vor Gerichten, Staatsanwaltschaften und Knast. Aber verboten war das nicht.

Im Wahn, endlich einen Fahndungserfolg zu erreichen und um vor dem Innenminister zu bestehen, dachte sich die Polizei die fehlenden Straftaten einfach aus und nahm die Federballcrew fest. Der Staatsschutz informierte den Haftrichter von der ganzen Sache und der verschwieg, wie er in einem Aktenvermerk festhielt, auftragsgemäß die Observation, damit die Behauptung versuchter Anschläge auf Innenminister und CDU Bestand haben konnten. Vom Büro des Innenministers ging am Tag darauf eine Presseinfo raus, in dem die Lügen verbreitet wurden – und eine Staatsschützerin ließ gleich auch noch ein DNA-Gutachten verschwinden, nach dem einwandfrei bewiesen war, dass die Verhafteten unschuldig waren.

Die ganze Nummer flog schließlich auf – auch wenn etliche Gießener RichterInnen mit immer neuen Lügen die Handlungen der Polizei und des Haftrichters zu decken versuchten. Das Oberlandesgericht urteilte schließlich, dass alles von Beginn an rechtswidrig war, die Polizei dank der eigenen Observation immer wusste, dass die Vorwürfe erfunden waren und das Ganze eher an Methoden aus der Nazizeit erinnere. Das Ganze war ein sauber nachweisbarer Fall von Freiheitsberaubung, Rechtsbeugung, Verfolgung Unschuldiger, übler Nachrede und einiges mehr, zudem massenweise Beihilfe dazu.

Doch Ermittlungen kamen erst in Gang, als ein Gießener Journalist nachfragte – vorher hatten viele andere, darunter 2006 auch die »Frankfurter Rundschau« (FR), entschieden, das Ganze nicht zu veröffentlichen. Nun aber entschied die Gießener Staatsanwaltschaft, sie sei befangen (wo sie ausnahmsweise mal Recht hatte!). Das Verfahren wechselte nach Wiesbaden – und dort wurde, ganz zufällig, kurz vor der hessischen Landtagswahl alles eingestellt. Auch gegen den Innenminister Volker Bouffier. Dagegen legte ein Betroffener Widerspruch ein und das Verfahren ging zunächst weiter. Bis Bouffier zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. Da stellte die Staatsanwaltschaft wieder ein. Die Einstellungsbescheide zeigen eindeutig: In den vier Jahren ist genau nichts an Ermittlungen geschehen. Der handschriftliche Vermerk des Haftrichters, dass er die Observation verschweigen solle, wird nicht einmal erwähnt.

So agiert gerichtete Justiz: Selbst in den klarsten Fällen von Straftaten werden die Eliten und ihre willigen VollstreckerInnen geschützt. Wer sich gegen sie auflehnt oder sozial unerwünschtes Verhalten zeigt, wird bestraft. Die Knäste sind voll von Menschen, die sich den Logiken von Eigentum und sozialen Klassen nicht beugen wollen, die Autoritäten nicht hinnehmen, die verbotene statt staatlich gewollter Drogen nehmen – und die ihren Mund aufmachen statt hinzunehmen, was andere für sie denken. Gegen die Einstellungen hat der Betroffene erneut Widerspruch eingelegt. Er sitzt inzwischen selbst im Knast wegen seines politischen Engagements. Die FR hat die Vorfälle immerhin inzwischen zum Thema gemacht – fast wäre die brisante Nacht ganz ins Vergessen geraten. Aber sehr viel anders ist es jetzt auch nicht.

Die ganze Geschichte befindet sich im 2007 erschienenen Buch »Tatort Gutfleischstraße« aus dem Seiten-Hieb-Verlag. Das dortige Kapitel liegt den Staatsanwaltschaften vor. Im Internet sind Berichte und bisherige Schriftwechsel unter (1) zu finden. Eine kritische Seite zu Bouffier heißt (2). Versuche, die Vorgänge auf der Ministerseite bei Wikipedia zu benennen, scheiterten an der dort längst installierten Internetpolizei – auch da wirkt das Schwert des Staates längst, ohne dass es gezückt werden muss.●

1) www.projektwerkstatt.de/ weggesperrt/haupt.html
2) www.im-namen-des-volkers.de.vu

2 KNASTTAGE, ENTNOMMEN AUS DEM BLOG »WEGGESPERRT«

Post, Persönliches – und Arbeit im Knast

Jörg schreibt in einem Brief: »Es ist wie ein Flash. Noch immer wühle ich mich duch den Postberg des heutigen Tages. 14 Briefe, 3x taz, 1x bauernstimme und 10x Ausgabe der Mellifera-Zeitung. Die Briefe habe ich verschlungen. Wie schön – aber warum kommen die alle an einem Tag, obwohl die an unterschiedlichen losgeschickt wurden? Vom 28.9 bis 3.10 sind alle Poststempel auf den Briefen vereinigt. Seltsam, seltsam. Es wird ein bisschen dauern – aber alle Briefe sind nicht nur persönlich nett und aufmunternd, sondern enthalten Anfragen oder Themen, auf die ich antworten will und werde«. (...)

5. Oktober 2010, 12.15 Uhr

Die Würfel sind gefallen. Aber welch ein Drama nochmal. Ab 10 Uhr war wieder Konferenz. Neben mir noch zwei weitere »Fälle« – ein Neuzugang und ein Älterer, der Freigänger ist, d.h. draußen arbeitet.

Ca. 11.10 Uhr werde ich reingerufen. Und erfahre: Laptop auf dem Zimmer geht nicht, weil dann ja andere über Ebay betrügerisch ... Und als Freigänger geht auch nicht, weil ich hätte ja keinen Chef und das ginge nicht. Großzügig boten sie mir dann an, am Haus zu arbeiten von 7.30-16 Uhr und danach bei regulärem Ausgang am Buch zu arbeiten. Ob ich damit einverstanden wäre. Bin ich nicht. Meine Schriftstellerei sei gar nicht anerkannt worden. Ich stimme nicht zu, sondern kritisiere den Rückzug auf eine Standardlösung – zumal schon in Einzelgesprächen kreative Lösungen erörtert wurden. Da meldet sich jemand der BeamtInnen und bittet um erneute Diskussion. Ich muss nochmal raus.

Es dauert ziemlich lange, dann komme ich erneut rein. Die neue Chefin des offenen Vollzugs (seit dem 1.10. da) redet jetzt und präsentiert eine ganz neue Lösung. Ich bleibe offiziell unbeschäftigt, d.h. ich verdiene die 1,09 Euro nicht und gehe nicht Laub harken am Gericht. Aber ich kann während der üblichen Arbeitszeiten (8 bis 16 Uhr) in einem von BeamtInnen kontrollierbaren Raum am Laptop arbeiten. Danach und in den Pausen muss ich den Laptop dann immer einschließen. Der große Vorteil: Ich habe damit genug Zeit, schriftstellerisch tätig zu sein (ein bisschen dringender wird damit nun aber, einen besseren Laptop zu organisieren). Nachteile: Ich komme sehr wenig raus – nämlich 21 Stunden pro Woche plus 1 bis 2 Tage Urlaub pro Monat. Damit wird es sogar knapp, 1mal pro Woche nach Saasen zu fahren, weil das nur ab 8 bis 10 Stunden (z.B. samstags) Sinn macht. Denn ich würde 2 bis 3mal pro Woche für 3 bis 5 Stunden extern am PC layouten und recherchieren wollen (hab ich in Gießen einen Arbeitsplatz dafür eingerichtet). Wenn dann noch was dazwischen kommt – von Behördengang bis zu Verabredungen – ist die Zeit vorbei.

6. Oktober 2010:

Erwartet hätte ich ja nicht, noch mal einen Bericht per Hand verfassen zu müssen – aber es sind jetzt 26 Stunden seit dem Konferenzbeschluss vergangen und bislang ist nichts passiert. Ich habe auch den Eindruck, dass nicht alle BeamtInnen hier damit zufrieden sind und so eine Art Bummelstreik durchführen. Denn natürlich bedarf es noch einiger bürokratischer Akte – und das lässt sich zumindest verzögern. Was heißt, dass ich hier auf dem Zimmer hänge und warte.

Als ich eben nach dem Posteingang fragte (selbst die taz von gestern ist bislang noch nicht da), bekam ich zur Antwort: »Ob heut noch mal jemand geht und die Post holt, weiß ich nicht. Ich habe keine Lust.«

Das ist im Kleinen, was die Theorie der Herrschaftsfreiheit zur Grundlage hat. Freie Vereinbarungen können die Willkür fördern. Hierarchien stärken diese Tendenz aber erheblich. Denn Herrschaft bedeutet, Willkür ausüben zu können ohne Gefahr, irgendwelchen Stress zu bekommen. Mein seltsamer Postberg vom 4.10. wurde als »kann nicht sein« quittiert.

Eine komische Entscheidung: Schriftstellerei sei keine Arbeit im Sinne des Freigängertums im offenen Vollzug, da kein Chef da sei und: »Ohne Kontrolle keine Arbeit!« Zwar hab ich in meinem Strafvollzugskommentar jetzt doch sogar dafür den passenden Paragraphen gefunden (ich eigne mir da ja ein neues Rechtsgebiet an – wie bisher auch in meinem Leben, erzwungenermaßen), nämlich §39, Abs. 2 StVollzG., aber offenbar ist der hier unbekannt oder ungewöhnlich. Gefangene stammen aus sogenannten sozialen Unterschichten – und die sind Arbeiter. Mit Chefs. Basta.

Ich bin hier im offenen Vollzug in der Anstaltsverpflegung der einzige Nicht-Fleischfresser. Da es »vegetarisch« so extra nicht gibt, ist das eine Kategorie mit »Moha«. Was ist das? Eine Abkürzung des ungebräuchlichen »Mohammedaner« statt »Moslem«. Und von denen gibt es hier offenbar keinen im offenen Vollzug mit Anstaltsverpflegung. Warum das so ist, kann ich nur spekulieren. Offener Vollzug ist Lockerung. Wer die bekommen soll, muss »geeignet« sein und Resozialisierungsaussichten haben – also z.B. Geld, Wohnung, Familie, Job. Lockerung bekommen innerhalb eines Knastes die Privilegierten. Und das dürften vor allem die deutschen sowie – mit Abstrichen – die europäischen Häftlinge sein. So bleibt, was immer klar war: Der Skandal ist nicht, dass ich im Knast bin. Sondern dass es Knäste gibt!●

Jörg

Der vollständige Text des gekürzten Briefes und Aktuelles aus dem Vollzug ist auf dem Blog von Jörg Bergstedt zu finden:
http://weggesperrt.blogsport.eu

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Abschreckungsurteil für Genfeldbefreiung wird vollzogen
Für den 23.9. hatte die Staatsanwaltschaft Gießen den Gentechnikkritiker Jörg Bergstedt zum Haftantritt geladen. Damit wird ein Urteil vollstreckt, dem ein zweijähriger, spektakulärer Strafprozess vorweg ging. 300 Beweisanträge, die Gefahren der Agro-Gentechnik, Verstöße gegen Sicherheitsauflagen und Betrügereien mit Fördermitteln und Genehmigungsanträgen im konkreten Versuch mit gentechnisch veränderter Gerste nachweisen sollten, wurden in der Berufung vor dem Landgericht abgewiesen. »Kein einziger meiner Beweisanträge hatte eine Chance, alles wurde pauschal als bedeutunglos niedergeschmettert«, beklagt sich der Verurteilte.

Der Richter im ersten Verfahren hatte den Angeklagten noch deutlicher behindert – er schmiss ihn aus dem Saal und verhandelte ohne Angeklagten. Das ist zwar nach deutschem Recht gar nicht erlaubt, aber die Überprüfung der Rechtsfehler wurde durch Tricks der Staatsanwaltschaft verhindert. Die Verfahrenstricks könnten noch ein Nachspiel vor dem Bundesverfassungsgericht haben, denn Bergstedt hat dort Beschwerde eingereicht. Die Rechtskraft seiner Verurteilung hemmt das allerdings nicht. Ohnehin sehen viele GentechnikkritikerInnen die politische Dimension des Urteils als bedeutender an: »Das ist das Schwert des Staates, der will, das wir Bürger alles hinnehmen«, hieß es von einer Aktivistin, die zum Wegschließtermin gegen den Haftantritt protestierte. Andere verweisen auf die Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke oder den Streit um das Milliardenprojekt Stuttgart 21: »Die haben keine Argumente, aber Geld, Knüppel und Knäste – darum ist diese Gefangennahme wichtig für alle, die Protest organisieren!«
Mehr Informationen:
www.projektwerkstatt.de/gen/prozessverlauf.htm.
(Adresse von Jörg Bergstedt: JVA Gießen, Gutfleischstr. 6, 35390 Gießen, Blog unter
http://weggesperrt.blogsport.eu)

Prozesse gegen AktivistInnen
Besetzungen und direkte Aktionen führen zu immer mehr Strafverfahren – doch die haben es ebenso immer häufiger in sich. Denn nach inzwischen doch recht vielen Trainings zu kreativer Antirepression und offensiver Prozessführung wird es für Strafgerichte immer schwieriger, in einem akzeptablen Zeitrahmen oder überhaupt noch zum Ende zu kommen. Die meisten Prozesse platzen zunächst, weil sich Angeklagte nicht mehr bieten lassen, z.B. Akteneinsicht oder Antragsrecht verweigert zu bekommen. Starten sie neu, sind sie für Staatsanwaltschaften und Gerichte anstrengend. Das würde interessante Perspektiven für eine justizkritische Strategie politischer Bewegung schaffen, wenn noch mehr AktivistInnen solche Gerichtsprozesse führen würden. Voraussetzung ist, dass linke Organisationen nicht weiter nur formale Verteidigungen propagieren und oft sogar vor offensiver Prozessführung warnen würden. Ideen zu offensiver Prozessführung unter www.prozesstipps.de.vu.

Handlungsmöglichkeiten als Rechtsbeistand
Eine Form offensiver Prozessführung sind Rechtsbeistände. Die können aus dem AktivistInnenkreis selbst kommen. Beim offensiv geführten Prozess wegen der Besetzung des Böhringergeländes in Hannover waren fünf AktivistInnen Rechtsbeistände. Mehrfach hatte die bekannte, unabhängige Kletteraktivistin jetzt Rechtsbeistände ohne Juraabschluss – und auch andernorts konnte das erfolgreich durchgesetzt werden. Rechtsbeistände haben umfangreiche prozessuale Rechte – wie die Angeklagten auch. Laut Gesetz können sie sich die Akten auch nach Hause schicken lassen. Zudem dürfen sie Revisionen unterzeichnen. Schmeißt das Gericht sie wieder raus, muss automatisch ein Anwalt beigeordnet werden (Pflichtverteidigung). Mehr Infos über www.prozesstipps.de.vu

Telefon in Knästen?
Das Handy ist aus der Gegenwart nicht mehr weg zu denken; allerorten spazieren die Menschen mit dem Mobiltelefon am Ohr durch die Straßen. Was dabei vielen nicht bewusst ist, es gibt weiße Flecken in Deutschland: die Gefängnisse. Nicht nur, dass dort Handys strengstens verboten sind, es wird prinzipiell die Kommunikation via Telefon beschränkt (in Bayern sogar im Regelfall gänzlich unterbunden). Die Justiz verteidigt ihre Restriktionen mit dem Argument, es müsse verhindert werden, dass Gefangene kriminelle Aktivitäten oder Fluchtversuche vermittels des Telefons planen oder verabreden können. Dessen ungeachtet haben sich in einer großen Zahl von Gefängnissen (wie auch forensischen Psychiatrien) trotz allem Möglichkeiten zu telefonieren durchgesetzt. Infos hier: http://de.indymedia.org/2010/09/290259.shtml.

Hausdurchsuchungen in Buchläden
Berlin schreibt Rechtsgeschichte. Die Strafverfolgungsbehörden machen neuerdings BuchhändlerInnen für Inhalte der bei ihnen verkauften Bücher verantwortlich. Muss nun jedeR BuchhändlerIn alle Bücher vorher durchlesen? Die Staatsanwaltschaft behauptete einfach, die Beschuldigten hätten die Ausgaben der Zeitschrift »Interim« selbst ausgelegt und seien über den Inhalt informiert gewesen. Die Vorwürfe »Aufforderung zu Straftaten« und »Verstoß gegen das Waffengesetz« werden nun nicht nur gegen die Redaktion der Zeitschriften, sondern auch gegen die Buchhändler erhoben. Erklärung betroffener Buchläden unter
http://ea-berlin.net/b-durchsuchungswelle-in-linken-buchladen.

Wer gegen Flughäfen protestiert, landet vor Gericht
Die Berliner Justiz verurteilt einen Klimaaktivisten wegen seiner Beteiligung an einer Besetzungsaktion gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Der wird zurzeit u.a. um eine neue Landebahn erweitert. Hiergegen hat es seit langem Protest von lokalen Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbänden gegeben. In den letzten Jahren wurde er um einen vielfältigen direkten Widerstand ergänzt. Von Mai 2008 bis zur Räumung im Februar 2009 war ein Teil des rodungsbedrohten Kelsterbacher Waldes besetzt, während der Rodungsarbeiten kam es mehrfach zu Besetzungen von Rodungsmaschinen und Bäumen. Für den Staat bedeutet das alles immer nur eins: Einschüchtern – Polizei und Justiz sind die üblichen Waffen. Bericht vom Prozess:
http://de.indymedia.org/ 2010/09/290411.shtml.

Jörg Bergstedt, z. Zt. JVA Gießen

FRANKREICH: MASSENABSCHIEBUNGEN UND STIGMATISIERUNG DER ROMA

Italienische Verhältnisse an der Seine

Europa rückt nach Rechts: Während man sich über Berlusconis Fremdenfeindlichkeit kaum mehr aufregt, lässt nun auch Frankreichs Präsident Sarkozy alle Masken fallen. Die Massenausweisungen von rumänischen Roma in den letzten Monaten werden nun auch gesetzlich legitimiert. Die EU-Kommission und Frankreichs Opposition sehen hilflos zu.

Aus Paris, Susanne Götze ● Vor einigen Monaten waren sie für viele Franzosen nur ein blinder Fleck im Stadtbild: Roma-Familien aus Osteuropa campen unter Autobahnbrücken, hausen in Wellblechhütten und Zelten. Sie lassen sich am Rande französischer Großstädte wie Paris auf leer stehenden Flächen nieder – meist geht das einige Wochen oder Monate gut. Ins Zentrum fahren sie nur, um vor Metroeingängen und Einkaufszentren zu betteln – eine Chance auf Arbeit gibt es kaum. Sie leben in Frankreich mittlerweile mit der Angst, jeden Tag geräumt und abgeschoben zu werden.

Mittlerweile ist das fahrende Volk das Topthema der Republik. Mit seinen Angriffen auf die oftmals rumänisch- und bulgarisch-stämmigen Roma und die französischen Gens de Voyage hat der Präsident eine Debatte losgetreten, durch die er nun selbst zur Zielscheibe heftiger Kritik aus aller Welt wird. Dabei hat sich allein an der Praxis wenig geändert: Die Roma werden schon seit Jahren regelmäßig aus Frankreich abgeschoben – allein im letzten Jahr waren es über 10.000 Rückführungen. Was derzeit die internationale Gemeinschaft gegen Sarkozy aufbringt, ist vor allem seine Rhetorik: »Die Ankündigungen von Präsident Sarkozy, die Einwanderungspolitik zu verschärfen, hat das Fass zum überlaufen gebracht. Es ist das erste Mal, dass ein französischer Präsident derart harte Maßnahmen gegen Immigranten ankündigt«, erklärt der Präsident der »Ligue des droits de l'homme« (Liga für Menschenrechte) Jean Pierre Dubois, einer der Initiatoren der Großdemonstrationen gegen Fremdenhass und Rassismus im September, bei der tausende Franzosen gegen Fremdenhass und Abschiebung auf die Straße gingen. Mittlerweile sei die Politik von Sarkozy kaum mehr vom Programm des Rechtspopulisten Le Pen zu unterscheiden, meint Dubois.

Die Proteste von Seiten der französischen Linken, der EU-Kommission und sogar der UNO haben bis jetzt aber wenig gefruchtet. Im Gegenteil: Seit Monaten schiebt die Regierung weiterhin nach dem gleichen Verfahren Roma ab und eifert ihrem Ziel nach, innerhalb von drei Monaten 300 illegale Roma-Siedlungen zu räumen – bis jetzt sind es in diesem Jahr 8.000 Roma, die nach Rumänien oder Bulgarien zurückgeschickt wurden. Daran hat auch die Verwarnung der EU-Kommissarin Vivian Reding nichts geändert: Sie hatte Frankreich bis zum 15. Oktober ein Ultimatum gesetzt, seine Abschiebepraxis mit der EU-Freizügigkeitsrichtlinie »abzugleichen«. Während Immigrationsminister Eric Besson beschwichtigt, Frankreich werde die »Missverständnisse« in der Roma-Frage schon aufklären, wird im Parlament gerade ein neues Immigrationsgesetz durchgewunken, dass die Massenabschiebungen der letzten Monate zukünftig legitimieren soll. Demnächst sollen sowohl Nicht-EU-Bürger als auch Unionsbürger abgeschoben werden können, wenn sie stehlen oder »aggressiv« betteln und – was unzweifelhaft auf die Roma zugeschnitten ist – private oder öffentliche Grundstücke unerlaubt besetzen. Ausweisungen können auch erfolgen, wenn sie eine »unvernünftige Last für unser System des Sozialbeistands darstellen«.

EU nimmt Frankreichs Abschiebepraxis unter die Lupe

Was in dem neuen Gesetz verabschiedet wird, ist eine mehr als konservative Auslegung der Freizügigkeitsrichtlinie, die 2004 von der EU verabschiedet wurde. Die EU-Kommission hatte im September Zweifel angemeldet, ob die Roma-Abschiebungen in Frankreich mit der Richtlinie vereinbar seien – deshalb ist es nun mehr als fraglich, ob Vivian Reding mit dem neuen Gesetz konform geht. Nach der Freizügigkeitsrichtlinie, die alle EU-Staaten national umsetzen müssen, haben Unionsbürger das Recht, sich drei Monate frei in einem anderen EU-Land zu bewegen, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Die Einreisenden müssen nach der EU-Richtlinie entweder auf Arbeitssuche sein, eine Arbeit nachweisen können oder über genügend finanzielle Mittel verfügen – dieser Passus hängt dabei von der konkreten Umsetzung in nationales Recht ab. Klar festgeschrieben ist hingegen, dass »das elementare und persönliche Recht auf Aufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat« den Unionsbürgern unmittelbar aus dem Vertrag erwächst und nicht von der Einhaltung von Verwaltungsverfahren abhängt. Abgeschoben werden können Unionsbürger im Allgemeinen nur, wenn sie ein Problem für die »Sicherheit und Ordnung« eines Landes darstellen. Das setzt eine genaue Einzelfallprüfung voraus. Absolut untersagt sind Massenabschiebungen aufgrund einer bestimmten Ethnie: »Das persönliche Verhalten muss eine tatsächliche, gegenwärtige und erhebliche Gefahr darstellen, die ein Grundinteresse der Gesellschaft berührt«, heißt es dort. Eine vom Einzelfall losgelöste oder auf »Generalprävention« verweisende Begründung sei verboten.

Dieser Passus hat den Ausschlag für die Verwarnung von Seiten der EU gegeben: Durch die Abschiebungen der Roma in großen Gruppen, sei gegen die Richtlinie verstoßen worden. Bis jetzt konnten die französischen Behörden diesen Vorwurf auch nicht glaubhaft entkräften. Im Gegenteil: Anfang Oktober deckte die Tageszeitung »Le Monde« auf, dass in Frankreich eine spezielle Roma-Datei existiert. Diese Datenbank der Gendarmerie basiere auf ethnischen Kriterien – ihr Titel sei »MENS«, was für »nicht sesshafte ethnische Minderheiten« steht. Die Polizei stritt jedoch die Existenz der Datei ab.

Immerhin wurden allein im letzten Monat über 800 Roma abgeschoben. Die gängige Abschiebepraxis sieht tatsächlich eher nach kühler Routine als nach eingehender Prüfung der einzelnen Schicksale aus: Meist unangekündigt tauchen die Polizeitrupps in den Camps der Roma auf und fangen an, diese systematisch zu zerstören. Wenn keine Hütte mehr steht und die Roma nur noch das Nötigste bei sich haben, werden sie in ein Flugzeug gesetzt und bekommen 300 Euro pro Erwachsene und 100 Euro pro Kind als »Hilfe« für die Rückkehr – das nennt sich dann »freiwillige Rückkehr«. Viele von ihnen hätten das schon mehrmals durchgemacht, berichten Aktivisten der Organisation »FNASAT« (Fédération nationale des associations solidaires d'action avec les Tsiganes et les Gens du voyage), die die Roma juristisch unterstützen. Das Geld werde oftmals dazu verwendet, um nach wenigen Monaten im Heimatland wieder die Rückreise anzutreten. Weder für den französische Staat noch für die Roma ist diese Praxis also besonders sinnvoll. Deshalb arbeiten französische Behörden nun an der besseren Personenerkennung mit Hilfe von biometrischen Daten.

Camp (Paris) Saint Denis / Juli 2010 Foto: Nicolas Boulet

Camp Roma, 95. Department in Sacelles / Juli 2010 Foto: Nicolas Boulet

Zwei paar Schuhe: Gens du Voyage und rumänische Roma

Im Xenophobie-Rausch hat Präsident Sarkozy zudem zwei Roma-Gruppen in einen Topf geworfen, deren Ausgangsbedingungen sehr unterschiedlich sind. Laurent El Ghozi ist Sprecher der Organisation »FNASAT« und nun schon seit Monaten damit beschäftigt, den Unterschied zwischen den französischen Gens du Voyage und den osteuropäischen Roma zu erklären: »In Frankreich gibt es keine ethnische Minderheit – es gibt nur französische Staatsbürger. Die Gens du Voyage sind Franzosen, die sich entschieden haben, in Wohnwagen zu leben. Sie sind Teil der Roma-Gemeinschaft, dem europäischen fahrenden Volk«, so El Ghozi. Diese seien schon im 14. Jahrhundert von Nordindien nach Europa gekommen – und hätten sich hier auf alle Länder verstreut.

Bis heute teilten die Roma kulturelle Gemeinsamkeiten betreffs des Lebensstils, der Sprache, der Sitten und Gebräuche. Die Gens du Voyage sind der französische Teil der Gemeinschaft: Sie haben sich hier schon vor vier bis fünf Jahrhunderten angesiedelt. »Wir sind Franzosen, viel französischer als alle Immigranten, die nach uns nach Frankreich kamen. Wir leben einfach nur anders: in Wohnwagen, ohne festen Wohnsitz, mit einer eigenen Kultur und sprachlichen Eigenheiten«, erklärt El Ghozi. Die Roma aus Osteuropa, speziell aus Rumänien, seien eben Bürger der europäischen Gemeinschaft, die nach Frankreich übergesiedelt sind – sie unterlägen ganz anderen Bestimmungen. »FNASAT« arbeitet laut Ghozi schon lange mit den eingereisten Roma zusammen. Dabei geht es vor allem darum, die Neuankömmlinge rechtlich und materiell zu unterstützen. Teilweise hätten sie sogar Geld von der Regierung bekommen, um die Roma aus Osteuropa besser zu integrieren.

Begonnen hat die Roma-Kampagne von Sarkozy auch mit den Gens du Voyage: Die Polizei erschoss einen jungen Mann der Gens du Voyage während einer Polizeikontrolle. Danach begannen die Angehörigen eine Bäckerei zu demolieren sowie Autos anzuzünden. Durch alltägliche Diskriminierungen ist der Frust auch bei den französischen Roma groß – so kam es zum spontanen Gewaltausbruch. Doch das sei nicht der Grund, warum die ganze Gemeinschaft der Gens du Voyage und nun auch der osteuropäischen Roma belangt werde. El Ghozi macht dafür das Imageproblem des Präsidenten verantwortlich: Als dieser im Sommer das Roma-Thema auf die Tagesordung brachte, war die Regierung mit der »Spendenaffaire Bettencourt« beschäftigt. Doch das Fischen im rechten Lager könnte zum Fallstrick für den Präsidenten werden, denn die Opposition rüstet derzeit für die nächste Präsidentschaftswahl 2012.

Sozialistenführerin Martin Aubry war eine der ersten, die den Aufruf gegen die fremdenfeindliche Politik Sarkozys unterschrieb, mit ihr sind im September sämtliche Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen aller Couleur, die Katholische Kirche, Kommunisten und sogar einige Sarkozisten auf der Straße. Sie alle sorgen sich auch um das Image ihres Landes, wollen kein zweites Italien werden. Doch auch das nützt wenig, solange die Mehrheit im Parlament für das neue Immigrationsgesetz stimmt und der mit weitreichenden Befugnissen ausgestattete Präsident in Frankreich Nicolas Sarkozy heißt.

Mittlerweile schüttelt die ganze Welt den Kopf über Sarkozys Politik. Der Uno-Menschenrechtsausschuss sowie der Europarat und sogar der Vatikan kritisieren die Massenabschiebungen und die Stigmatisierung der Roma. Die französische Regierung streitet allerdings weiterhin ab, dass es sich hier um Massenabschiebungen ohne Einzelfallprüfung handelt. Sie behauptet auch, nicht gezielt gegen eine Volksgruppe, sondern gegen Illegalität vorzugehen.

Lieber in Pariser Slums als auf den Straßen von Bukarest

In der EU nehmen nach neuesten Angaben zehn bis zwölf Millionen Roma Recht auf Freizügigkeit in Anspruch. Aber nicht alle tun das freiwillig. Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) hat ermittelt, dass vor allem Rassismus und Armut die häufigsten Gründe für die Ausreise nach Westeuropa sind. Die nach Frankreich kommenden Roma stammen meist aus Rumänien und Bulgarien – den Ländern mit dem niedrigsten Lebensstandard in der EU. Auch wenn die sogenannten »Bidonvilles« – sprich die kleinen Slums – in denen sie hier in Großstädten hausen, für normale EU-Bürger schockierend sind: Hier leben sie trotzdem noch besser als in ihrer Heimat. Die Roma kommen aber nicht nur nach Frankreich. Auf die Frage, warum er hier in Finnland und nicht in Osteuropa sei, antwortete ein Roma in dem Bericht, dass er in Finnland drei bis vier Mahlzeiten statt nur eine zusammenbekomme.

Nicht nur die französische Regierung reagiert derart hart gegen die unerwünschten EU-Gäste. »Marginalisierung und Diskriminierung von Roma in der EU breiten sich derzeit rasant aus«, erklärt Victoria Vasey vom Europäischen Zentrum für die Rechte der Roma (European Roma Rights Centre, ERRC) mit Sitz in Budapest. »Es gibt immer mehr Gewalt gegen Roma – vor allem in Osteuropa«. Durch die größere Sichtbarkeit sei aber auch die Gewaltbereitschaft in den westeuropäischen Ländern seit der EU-Erweiterung gestiegen.

Auch in Deutschland sind Romaabschiebungen keine Seltenheit. Allerdings handelt es sich hier weniger um die Rückführung von EU-Bürgern: Abgeschoben werden laut der Organisation Pro Asyl vor allem Roma aus dem Kosovo, die vor dem Krieg 1998 und seinen Folgen geflohen waren. Nach einem neuen Abkommen der Bundesregierung mit dem jungen Staat sollen jedes Jahr bis zu 2.500 Roma zurück in den Kosovo geschickt werden. Dort erwarte sie nach Angaben der Organisation vor allem Armut und Verfolgung – die Flüchtlingskinder seien zudem in Deutschland aufgewachsen und könnten oft nicht einmal mehr ihre Muttersprache.

Ist Sarkozy also Mainstream? Nein, meint die Roma-Sprecherin aus Budapest. Das Erschreckende an der französischen Tagespolitik sei, dass die ungewöhnlich scharfe, populistische Rhetorik mit der ihrer unmittelbaren harten Durchsetzung zusammengehe. Derartige politische Antworten kenne sie sonst nur aus Italien.

Der Vergleich mit dem Nachbarland drängt sich in derzeit vielen auf: »Sarkozy erinnert an die Politik von Berlusconi. Seine Politik für die Reichen, die Stigmatisierung von Minderheiten und die Korruptionsskandale – und er hat den Populismus als Politikstil gewählt«, meint auch Dubois von der französischen Liga für Menschenrechte. »Es werden alle Register gezogen: Gegen Roma, Ausländer, Franzosen mit Migrationshintergrund und die illegalen Einwanderer – das alles nimmt unglaubliche Dimensionen an«. Die politische Spitze in Frankreich sei derzeit in einem »fremdenfeindlichen Rausch« und es gäbe kaum demokratische Mechanismen, um sie zu stoppen.●

STADTTEILGENOSSENSCHAFT GAARDEN EG

Ein Mehrgenerationenhaus als Kommunikationszentrum

Verbesserung der Lebensqualität durch Begegnung der Kulturen und Generationen

Die Stadtteilgenossenschaft Gaarden eG mit Sitz in Kiel ist Träger des Mehrgenerationenhauses Vinetazentrum in der Elisabethstraße 64 direkt am Vinetaplatz. Die Genossenschaft engagiert sich mit und für die im Stadtteil lebenden Menschen und setzt sich für eine Verbesserung der Lebensqualität, des interkulturellen Zusammenlebens sowie für die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in Gaarden ein. Mit ihrem breitgefächerten Netzwerk der Mitglieder stellt die Genossenschaft eine handlungsfähige Partnerin im Stadtteil Kiel-Gaarden dar. Sie will langfristig zur Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lage vor Ort beitragen.

Barbara Römer, Red. Genossenschaften ● Im Jahr 2006 wurde seitens der Landeshauptstadt Kiel der Aufbau eines Mehrgenerationenhauses im Rahmen des gleichnamigen Projektes des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Diskussion gestellt. Die Diskussion um eine Rechtsform für das Mehrgenerationenhaus führte im Mai 2007 schließlich zu der Gründung der Stadtteilgenossenschaft Gaarden. Damit gelang es in Kiel erstmalig, einen solchen Zusammenschluss von zum Gründungszeitpunkt 14 Mitgliedern (Stand September 2010: 22 Mitglieder) aus sehr unterschiedlichen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bereichen mit durchaus auch konkurrierendem Hintergrund in einer eigenständigen Rechtsform zu institutionalisieren.

Grundschulkinder werden im Flex-Cafe mit einer gesunden, selbstgekochten Mahlzeit versorgt

Zielsetzung kooperative Projekte

Im Stadtteil Kiel-Gaarden sind bereits zahlreiche AkteurInnen in unterschiedlichen Vernetzungsstrukturen aktiv. Die Stadtteilgenossenschaft Gaarden eG bündelt deren Ressourcen und entfaltet ihr Wirken im Bereich der Förderung der auf den Stadtteil bezogenen Bildung und Erziehung, der Jugendhilfe und der Integration. Gemeinsam mit den AkteurInnen unterschiedlicher Professionen entwickelt die Genossenschaft integrative Konzepte, koordiniert verschiedene Kooperationsansätze und fördert die Sensibilität für eine kreative andere Form sozioökonomischen Handelns unter den Prämissen einer Sensibilität für die Besonderheiten des Stadtteils. Sie trägt so zur Verbesserung der Lebensqualität und des interkulturellen Zusammenlebens im Stadtteil bei.

Über die Stadtteilgenossenschaft Gaarden eG wird die Beteiligung verschiedener Gruppen im Stadtteil wie z.B. BewohnerInnen, Verwaltung, Institutionen, gemeinnützige Organisationen und Wirtschaftsbetriebe bei der Entwicklung der Geschäftsbereiche der Genossenschaft ermöglicht. Dabei werden ihre jeweils spezifischen Interessen miteinander verknüpft und berücksichtigt. Als erstes umzusetzendes Projekt der Genossenschaft wurde die Übernahme der Trägerschaft für das Mehrgenerationenhaus »Vinetazentrum«, als identitätsstiftender Ort und Ausgangspunkt für die Entwicklung und Umsetzung weiterer kooperativer Projekte für den Stadtteil, beschlossen.

Schwierige Situation im Stadtteil

Der Stadtteil Gaarden kann aufgrund der vorliegenden Zahlen zur sozialen Problemdichte in den Stadtteilen (»Bausteine und Perspektiven zur Verbesserung der sozialen Situation im Sozialraum Gaarden« LHS Kiel 01/2007) als sozialer Brennpunkt charakterisiert werden:

- 39,9% der BewohnerInnen erhalten Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II.
- 30,2% der BewohnerInnen bekommen ALG II.
- 65,5% der 0-15 jährigen GaardenerInnen sind abhängig von Sozialgeld nach dem SGBII.
- 25% gehören zur Gruppe der MigrantInnen.
- 7,66% der Eltern sind allein Erziehende, so dass dieser Anteil der zweithöchste im gesamten Kieler Stadtgebiet ist.
- 29,1% der Gaardener GrundschülerInnen wechseln an die Hauptschule.
- 19% aller 14-21-jährigen Kieler StraftäterInnen stammen aus Gaarden.
- 27,3% der Ausgaben der Landeshauptstadt Kiel im Bereich der Hilfe zur Erziehung fließt nach Gaarden.

Ein besonderes Spiegelbild der sozialen Lage in Kiel-Gaarden ergibt sich aus dem Kieler Gesundheitsbericht aus 2006. Hiernach liegt das Kariesrisiko bei Gaardener Erstklässlern bei 42%. Die Einschulungsuntersuchungen im Stadtteil ergeben Übergewicht bei 42%, Koordinationsstörungen bei 40% und Sprachstörungen bei 28% der Kinder. Daraus ergibt sich für den Stadtteil Kiel-Gaarden ein hoher Handlungsbedarf.

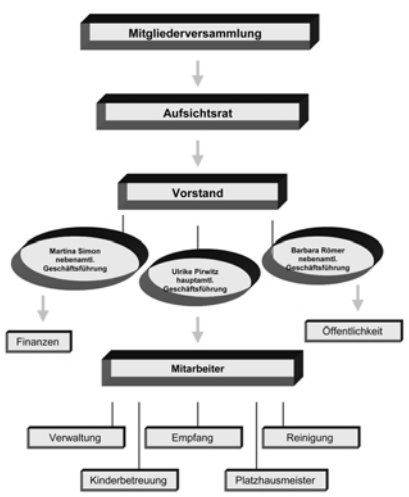
Räumlichkeiten im Mittelpunkt

Die Stadtteilgenossenschaft Gaarden eG betreibt das Mehrgenerationenhaus in Kiel-Gaarden als Zentrum für Kultur, Bildung, Beratung, Begegnung und soziale Dienstleistungen. Die Räumlichkeiten befinden sich im Eigentum der Stadt Kiel. Diese hat die insgesamt 800,63 qm große Fläche nach den Wünschen der Stadtteilgenossenschaft umbauen lassen und vermietet diese an die Stadtteilgenossenschaft Gaarden eG. Das Mehrgenerationenhaus trägt den Namen »Vinetazentrum« und wird aus ESF-Mitteln im Rahmen des Aktionsprogrammes Mehrgenerationenhäuser des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für den Zeitraum von fünf Jahren mit 40.000 EUR p.a. gefördert.

Um den wachsenden Anforderungen im Stadtteil Gaarden gerecht werden zu können, wurden zusätzlich seitens der Stadt Kiel weitere Fördermittel bewilligt. Zusätzlich ist das akquirieren von Spenden eine wichtige Aufgabe für die Genossenschaft, um besondere Angebote umzusetzen.

Die Stadtteilgenossenschaft koordiniert die Nutzung der Räumlichkeiten und die Zusammensetzung der Angebote durch die Mitglieder. Darüber hinaus regelt sie die Nutzung durch Nichtmitglieder im Rahmen der Satzung, regt die Entwicklung weiterer Projekte an und führt diese in Kooperation mit den angeschlossenen Fachstellen aus. Das Basisangebot des Vinetazentrums umfasst gemäß der Satzung der Stadtteilgenossenschaft ein breites Spektrum. Es entspricht den Voraussetzungen für ein Mehrgenerationenhaus im Sinne des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Anlehnung an das Integrationskonzept der LHS Kiel für den Stadtteil Gaarden.

Organigramm der Stadtteilgenossenschaft Gaarden eG



Kinder- und Jugendangebote

Die Indoorspielfläche des Vinetazentrums wird den Ansprüchen der besonderen Situation von Kindern, Jugendlichen im Stadtteil gerecht. Sowohl bei der Gestaltung als auch dem inhaltlichen Angebot erfolgt eine Abstimmung mit den Analyseergebnissen der Landeshauptstadt Kiel zur Situation von Kindern und Jugendlichen in Gaarden. Entsprechend gibt es einen Mittagstisch, einen Entspannungsbereich sowie die Entwicklung kreativer Bildungsangebote für die Zielgruppe. Die Hausaufgabenhilfe berücksichtigt den besonderen Bedarf von Kindern/Jugendlichen unterschiedlicher Nationalitäten. Die Angebotspalette des Vinetazentrums wird im Rahmen der Verstetigung und der nachhaltigen Sicherung der Strukturen im Sinne der aktiven Beteiligung aller AkteurInnen fortlaufend auf die Wirkung in den Stadtteil überprüft und weiterentwickelt.

Ein breites Beratungsangebot gehört zu den Leistungen des Vinetazentrum

Ein großer Teil des Vinetazentrums dient als Treffpunkt für die StadtteilbewohnerInnen. Sie nutzen die Möglichkeit, sich mit Menschen aller Generationen und Nationen auszutauschen und bereichern das Mehrgenerationenhaus mit eigenen Ideen. Außerdem lässt sich der offene Bereich als Galerie nutzen. Sie bietet den BewohnerInnen und Institutionen des Stadtteils die Möglichkeit, selbst erstellte Werke einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Zusätzlich befindet sich hier das Flex-Cafe in Betreiberschaft des KJHV. Hier können sich die Anwesenden mit kleinen Snacks und Getränken zum Selbstkostenpreis stärken. In der Mittagszeit versorgt das Flex-Cafe Grundschulkinder mit einer gesunden selbstgekochten Mahlzeit. Dieses Angebot wird von der Murmannstiftung gefördert. Nach dem Essen können die Kinder ihre Hausaufgaben erledigen. Außerdem bieten das MGH und das Flex-Cafe bis 18 Uhr Freizeitaktivitäten an.

Integration durch Beratung

Im Vinetazentrum ist ein breites Spektrum von Beratungsangeboten der Mitgliedsorganisationen vorhanden. So bietet z.B. die AWO Sozialberatung für MigrantInnen an, der SKF Schwangeren- und Schuldnerberatung plus Angebote der Familienhebamme, der feministische Verbund Beratung für Frauen in allen Lebenslagen sowie Suchtberatung, der Caritasverband die Kurberatung und die Diakonie Altholstein Sozialberatung und Ämterlotsen. Während der Öffnungszeiten stehen Sozialpädagoginnen für eine Anlaufberatung zur Verfügung.

Im Vinetazentrum werden Integrationskurse für MigrantInnen aus Gaarden und vom Ostufer angeboten. Die Teilnehmenden sollen am Ende des Kurses die deutsche Sprache soweit beherrschen, dass sie die Anforderungen der gesellschaftlichen und beruflichen Integration meistern können. Mit allen InteressentInnen finden vor der Anmeldung intensive Gespräche statt, um sie entsprechend ihrer Kenntnisse in einen passenden Unterricht einstufen zu können. Begleitend finden Kommunikationskurse statt, die helfen, den Spracherwerb zu festigen.

Des Weiteren gibt es wechselnde Angebote, die sich an den Wünschen der BesucherInnen orientieren. Zu nennen sind hier: die Schachgruppe, der Flohmarkt und der Tanztee für SeniorInnen. Zudem wird für Alleinerziehende junge Frauen eine individuelle, passgenaue Beratung und Unterstützung in allen Lebenslagen bereitgehalten. Im Rahmen dieses Projekts »Kurze Wege« stehen eine Krabbelgruppe und andere gemeinschaftliche Aktivitäten zur Verfügung.

Genossenschaftliche Grundstruktur

Gemäß ihrer Satzung verfügt die Stadtteilgenossenschaft Gaarden eG über einen vierköpfigen Aufsichtsrat sowie einen dreiköpfigen Vorstand. Der Aufsichtsrat wird in zweijährigem Turnus neu gewählt, genehmigt den Wirtschaftsplan und steht dem Vorstand beratend zur Seite. Die Aufgaben des Vorstandes verteilen sich schwerpunktmäßig auf die Bereiche Finanzen, Öffentlichkeitsarbeit sowie Konzeption und Entwicklung.●

Kurzporträt

Gründungsjahr: 2007
Geschäftstätigkeit:
Betrieb des Mehrgenerationenhauses
Zahl der Beschäftigten: 9
NutzerInnen: 300 pro Tag
Förderauftrag: gemeinnützige Bestrebungen der Mitglieder und Förderung des Stadtteils Kiel Gaarden
Art der Mitglieder: soziale Verbände und Vereine, Privatpersonen und ein gewerblicher Betrieb
Mitgliederanzahl: 22
Genossenschaftlicher Pflichtanteil: 150 Euro
Finanzierung: 40.000 Euro Bund (ESF); 145.000 Euro Kommune bis Ende 2012; 25.000 Euro Projektförderung der Kommune 2009 und 2010; 21.610 Euro für 2010 Förderung für Personal vom Jobcenter.

Kooperation statt Konkurrenz

Der Autor Christian Felber ist Mitbegründer von Attac Österreich. Er veröffentlichte unter anderem 2006 »50 Vorschläge für eine gerechtere Welt« und 2008 »Neue Werte für die Wirtschaft«. Nun also in »10 Schritten aus der Krise«. Vorher analysiert er aber auf eine meist recht verständliche Weise, wie es überhaupt zur Krise der Finanzmärkte gekommen ist. Von der explodierenden Geldmenge über entfesselte Märkte bis zur Hypothekenkrise beschreibt er Krisenursachen, die hätten verhindert werden können. Aufgrund der kapitalistischen Marktwirtschaft und ihrer Demokratiedefizite sei dies jedoch nicht geschehen. Die Rettungsbemühungen der Regierungen kritisiert Felber unter anderem ebenfalls wegen mangelnder demokratischer Kontrolle und skizziert seine Idee einer »Demokratischen Bank« (deren Gründung er konkret umsetzen möchte).

Anschließend entwickelt er eine Reihe von Vorschlägen zur Regulierung der Finanzmärkte, ist aber skeptisch, wie durchsetzbar die sind. Daher schlägt er eine grundlegende Überwindung der kapitalistischen Anreizdynamik vor. Unternehmen sollen zukünftig nicht mehr nach Gewinn, sondern nach Gemeinwohl streben. Dies soll durch verpflichtende Mindeststandards, die zu bilanzieren sind, sowie durch ökonomische Anreize, diese Standards noch zu übertreffen, rechtlich abgesichert werden.

Zum Schluss gibt es dann endlich die 10 Schritte. Hier skizziert der Autor, was jede und jeder persönlich tun kann. Der erste und vielleicht wichtigste Schritt: Der Macht und Herrschaft »die Gefolgschaft aufkündigen« und Verantwortung für die Gestaltung der Gesellschaft übernehmen. Das geht von Änderungen des persönlichen Verhaltens und der Beschaffung alternativer Informationen bis zu bewusstem Konsum. Felber betont jedoch die Grenzen der KonsumentInnen-Macht gegenüber den Gestaltungsmöglichkeiten der Gesetzgebung. Folgerichtig rät er zur Organisierung in sozialen Bewegungen und zum Einsatz für direkte Demokratie, partizipative Budgets sowie Grundversorgung durch demokratisch verwaltete Gemeinschaftsgüter. Parteien und Medien sollen staatlich statt privat finanziert werden, um den Einfluss der Unternehmen auf Politik und Meinungsbildung einzuschränken. Alternative Unternehmungen kommen auch vor, eine größere Bedeutung sieht der Autor aber in der Entwicklung gesamtgesellschaftlicher wirtschaftlicher Alternativen. Das Profitstreben soll im persönlichen Verhalten aufgegeben werden, wenngleich Gier durch Gesetze gefördert wird. Schlussendlich rät Felber, Konkurrenz und Wettbewerb aus dem eigenen Leben zu verbannen und stattdessen Kooperationsgruppen zu gründen, die materiell zusammenarbeiten und deren Mitglieder sich in Notlagen helfen.

Die Staatsfixierung und die Fokussierung auf Gesetze und Regulierungen sind von Attac bekannt. Der Autor bleibt aber nicht dabei stehen. Er sieht den Staat als ausführendes Organ dessen, was die Bevölkerung will, und motiviert immer wieder zur eigenen Aktivität. In den Kooperationsgruppen sollen »Achtsamkeit, Mitfühlen, Vertrauensbildung, gegenseitige Hilfe und Solidarität« gelernt werden. Und: »Mit diesem Projekt kann jeder und jede heute beginnen, ohne Regierungs- und Systemwechsel. Der kommt umso wahrscheinlicher, je mehr Menschen diesen ersten – oder zehnten – Schritt tun.« (S. 135). Das ist alles nichts Neues, aber es zeigt sich auch hier wieder: für den Erfolg kommt es nicht nur auf die Inhalte an, sondern auch wesentlich darauf, wie etwas dargestellt wird – und als erfolgreich kann Christian Felber mit seinen Veröffentlichungen und Vorträgen sicher bezeichnet werden.

Da das umfangreiche Thema auf relativ wenigen Buchseiten abgehandelt wird, bleiben viele Themen oberflächlich angerissen. So werden basisdemokratische Strukturen an vielen Stellen eingefordert, aber wie sie genau aussehen sollen, bleibt offen. Es fällt schwer, die pragmatischen Vorschläge nachzuvollziehen, wie der Kapitalismus mit einigen Gesetzesänderungen abgeschafft werden soll. Insbesondere fehlt hier die globale Perspektive, die konkreten Vorschläge bleiben auf nationalstaatlichem oder EU-Level. Das Buch hat einen ausgeprägt apellativen Charakter, es wendet sich an ein großes »wir« und bietet mit seinen Argumenten und Vorschlägen einen umfangreichen Fundus für weiterführende Diskussionen.●

Elisabeth Voß

Christian Felber: Kooperation statt Konkurrenz. 10 Schritte aus der Krise, Deuticke im Paul Zsolnay Verlag Wien, 2009, 143 Seiten, 14,90 EUR

Krisenmythen entzaubern

Nach den »Mythen der Ökonomie« (2005) entzaubert der »Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen« (BEIGEWUM) gemeinsam mit Attac Österreich nun die »Mythen der Krise«. Sie analysieren in der Öffentlichkeit verbreitete Erklärungen über die Ursachen der Krise, wie zum Beispiel »Die Gier der Bankvorstände hat die Finanzkrise verursacht« oder »Das Zinssystem ist schuld« und richten den Blick auf die strukturellen Probleme der Finanzmärkte und des kapitalistischen Wirtschaftssystems an sich.

Auch gängige Annahmen über Krisendynamiken – wie zum Beispiel »Europa ist nur ein Opfer der Krise in den USA« – und Lösungsansätze aus unterschiedlichen fachlichen und politischen Blickrichtungen – zum Beispiel »Mehr Transparenz kann eine neue Krise verhindern« oder »Alle müssen den Gürtel enger schnallen« – untersuchen sie auf Faktenlagen und Hintergründe, und leiten daraus nachvollziehbare alternative Sichtweisen ab.

Diese Entmythologisierungen richten sich ausdrücklich auch an Nicht-ÖkonomInnen, die in die Lage versetzt werden sollen, dem herrschenden Krisen-Management kenntnisreich entgegen zu treten. Mit ihrer Entmythologisierung möchten die AutorInnen »zu einer breiteren wirtschaftlichen Bildung« beitragen, indem sie der herrschenden intellektuellen Hegemonie, insbesondere der neoliberalen Vorstellung von freien, sich selbst steuernden Märkten, entgegentreten. Diese behauptet, dass autonom und rational handelnde Markt-TeilnehmerInnen zusammentreffen und im freien Spiel von Angebot und Nachfrage optimale Ergebnisse für alle Beteiligten erzielen. Krisenerklärungen und angebliche Auswege auf dieser Basis, die bestehende Machtgefälle systematisch ausblenden, führen zu den hier demontierten Mythen.

Die hier dargelegten Alternativen orientieren sich teils am Keynesianismus, gehen jedoch über dessen unkritisches Staatsverständnis hinaus und verstehen den Staat im Sinne einer kritischen politischen Ökonomie als Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, und beziehen auch feministische Ansätze in ihre Argumentationen ein. Unter den 21 Mitgliedern des Arbeitskreises, der diese Publikation erstellt hat, sind immerhin 6 Frauen.

Attac strebt ausdrücklich Alternativen »für eine demokratisch und sozial gerechte Gestaltung der globalen Wirtschaft« an. Im Buch ergeben diese sich eher schlüssig aus den Erklärungen zu den einzelnen Mythen, als dass sie explizit konzeptionell ausgeführt wären. Die alternativen Vorstellungen beziehen sich grundsätzlich auf bestehende ökonomische Institutionen und Instrumente, eine Ausarbeitung darüber hinausgehender Ansätze ist nicht das Thema dieser Publikation.●

Elisabeth Voß

BEIGEWUM/Attac: Mythen der Krise. Einsprüche gegen falsche Lehren aus dem großen Crash, VSA Verlag, Hamburg, 2010, 128 Seiten, 10,80 EUR

Einer dieser chilenischen Tage

Ähnlich wie Argentinien, das dieses Jahr Gastland auf der Frankfurter Buchmesse war, hat auch das benachbarte Chile viele Jahre unter einer brutalen Militärdiktatur gelitten, wobei Pinochets Regime der eisernen Hand sogar noch zehn Jahre länger dauerte als das der argentinischen Militärs. 17 lange Jahre, in denen Oppositionelle gefoltert, ermordet oder ins Exil verbannt wurden. Tausende von Chilenen blieben nach ihrer Verhaftung verschwunden und nach wie vor ist das Schicksal der meisten von ihnen, ebenso wie das ihrer argentinischen LeidensgenossInnen, ungeklärt.

Der kürzlich im Verlag Edition AV erschienene Roman »Einer dieser chilenischen Tage« von Ela Rojas thematisiert auf sehr eindringliche Weise das Schicksal der verschwundenen Verhafteten und ihrer Familienangehörigen, insbesondere der Mütter, die bis heute Aufklärung und Gerechtigkeit fordern. Der Schmerz der jahrelangen Ungewissheit ist so unfassbar, dass Doña Regina, deren ältester Sohn Pablo nach seiner Verhaftung am 11. September 1973, dem Tag des Militärputschs, nie wieder auftauchte, nach all den Jahren des Hoffens und Bangens es nunmehr »als Glück bezeichnen« würde, wenn sie ihren Sohn endlich »christlich begraben und für seine arme Seele beten« könnte.

Ebenso wie die Autorin, ist die Protagonistin des Romans, Karola Philipp, eine Deutsche der Nachkriegsgeneration, die »ihre liebe Not mit dem Vaterland hat«, nicht nur was dessen nationalsozialistische Vergangenheit betrifft.

Der Tag, an dem der Oberste Gerichtshof das Urteil gegen Pinochets Geheimdienstchef und Foltermeister bestätigen soll – wir schreiben das Jahr 1995, und Chiles junge Demokratie bemüht sich um die Aufarbeitung der Vergangenheit – weckt bei der ehemaligen Journalistin Erinnerungen an die Zeiten des Staatsterrors, unter dem auch sie und insbesondere ihr chilenischer Ehemann Ricardo zu leiden hatte. Dieser war mehrmals »durch die Mühle gedreht worden«, wollte aber dennoch nicht ins Exil gehen. Auch Rogelio, der alte Gärtner, lehnte Mitte der siebziger Jahre eine Ausreise in die DDR ab, denn »man konnte den Faschisten das Feld doch nicht alleine überlassen«.

Während die Hauptstadt mit Spannung auf den Urteilsspruch des Obersten Gerichts wartet und Karolas Arbeitsalltag als Rahmenhandlung mit der üblichen Routine und ohne besondere Vorkommnisse verläuft, werden in Rückblenden verschiedene Ereignisse und menschliche Schicksale zu Zeiten der Diktatur aufgerollt, wobei sich unübersehbare Parallelen zum deutschen Faschismus ergeben und so manche direkte Verstrickung offenbar wird. Nicht wenige Nazis waren nach dem Zweiten Weltkrieg nach Südamerika ausgewandert und hatten in den Diktaturen Lateinamerikas »bald neue Aufgaben gefunden«. Auch Karolas Arbeitgeber österreichischer Herkunft, der mit Augusto Pinochet »außer dem Vornamen, den Hass auf die Kommunisten teilt«, hat eine für Karola undurchschaubare – für den Leser jedoch eindeutige – Vergangenheit.

Mit ebenso deutlicher wie einfühlsamer Sprache stellt Rojas einen Zusammenhang zwischen Tätern und Opfern beider Diktaturen her. Dem »verschwundenen« Verhafteten Pablo Martínez stellt sie das ebenso plötzliche »Verschwinden« der Jüdin Ida Silberstein im November 1938 gegenüber, wie das Kind Karola es von der Großmutter überliefert bekam.

Der Roman ist, wie es eingangs heißt, von »tatsächlichen Geschehnissen und real existierenden Personen inspiriert«. Vermutlich auch autobiografisch gefärbt, denn die Autorin hat viele Jahre in Santiago de Chile gelebt. Sie macht kein Hehl aus ihrer politischen Einstellung, vielmehr ist – und bleibt sie – ebenso »tendenziös« wie ihre Protagonistin, die genau dies von ihrem früheren Chefredakteur vorgehalten bekam. Und dennoch glaubte sie, »mit Journalismus die Welt verändern zu können«.

Auch wenn die inzwischen gereifte Autorin – sie ist Jahrgang 1954 – an diese Möglichkeit inzwischen nicht mehr ernsthaft glauben dürfte, hat man bisweilen dennoch den Eindruck, sie wolle – allen Kritikern zum Trotz – eine Veränderung der Welt nunmehr in Buchform zumindest versuchen. Das sei ihr gerne zugestanden, denn immerhin gelingt es ihr dabei durchaus, gleichzeitig vorzüglich zu unterhalten. Trotz des ernsten und teilweise dramatischen Inhalts schafft sie es, mit bewusst eingesetzter Ironie und gelegentlicher Situationskomik, mit einem lachenden und einem weinenden Auge durch das Buch zu tragen.●

Julia Olajnek

Ela Rojas: Einer dieser chilenischen Tage; Roman. Verlag Edition AV, Lich 2010. 158 Seiten, ISBN 978-3-86841-032-7, 14 EUR

Seelenpfuscher

Hanna (Name geändert) war Vierzig. Sie hatte zwei kleine Töchter und die Scheidung lag ein Jahr zurück. Als sie Schmerzen in der Brust spürte, ging sie zum Arzt, um nach einiger Zeit die Diagnose Brustkrebs zu erhalten. Als überzeugte Esoterikerin, die der Schulmedizin misstraute, ließ sich Hanna von Naturheilkundigen und Menschen beraten, die überzeugt waren, große Heiler, Engelkontaktpersonen oder Schamanen zu sein. Schließlich landete sie bei einer Frau, die ihr versicherte, sie mit Hilfe eines magischen Geräts zu heilen, das die für sie passende Schwingungsfrequenz ausstrahlen würde. Schon bald, so die Frohbotschaft, würde der Krebs verschwunden sein. Doch trotz esoterischer Schwingungsübertragung, die ihren hohen Preis hatte, wuchs das Geschwür, bis es aufplatze. Hannas Heilerin interpretierte diesen Vorgang als »Reinigungsprozess« und sah alles positiv. Als die Schmerzen immer unerträglicher wurden kündigte Hanna schließlich ihrer »Heilerin« und begab sich in schulmedizinische Hände. Zu spät. Der Krebs hatte bereits zu viele Zellen befallen. Hanna starb. Laut ärztlichen Meinungen hätte sie bei schulmedizinischer Behandlungsweise konkrete Chancen gehabt, den Krebs zu besiegen.

Hanna ist kein Einzelfall. Immer öfter treten selbsternannte »Heiler« auf, die meist gegen teures Geld Linderung und Gesundheit versprechen. Ihr »Wissen« wurde oft in wenigen Wochenendseminaren erworben. Wobei dieses »Wissen« keine Anerkennung aufweist, mit Ausnahme jener Zertifikate, die die »Lehrer« der jeweiligen umstrittenen Methoden selbst ausstellen. Eine Katze, die sich in den Schwanz beißt. Dennoch lassen sich viele Hilfesuchende täuschen. So pfuschen selbsternannte »Therapeuten«, »Heiler« und »Eingeweihte« mit den Menschen umher, ohne die für Heilerfolge notwendige Ausbildung zu haben, die auf langjährig getesteten Versuchen und Beobachtungen beruht. Für viele Hilfesuchende bedeuten diese suspekten Behandlungsmethoden aber einen Stillstand oder sogar eine Verschlechterung ihrer gesundheitlichen Situation.

Da das Pfuschertum auf dem Gebiet der »Heilung« zunimmt und vom modernen Glauben an die Möglichkeiten der Esoterik profitiert, ist es begrüßenswert, dass zu diesem Thema, bei dem es nicht zuletzt um Leben und Tod gehen kann, ein längst überfälliges kritisches Buch erschien, das verständlich geschrieben und übersichtlich aufgebaut ist. Heike Dierbach untersucht in ihrem Werk »Die Seelenpfuscher« stellvertretend für viele suspekte Methoden einige der bekanntesten, mit denen bereits viele Menschen in Berührung gekommen sind: Rebirthing, Festhaltetherapie, Familienaufstellungen, die den Rezepten des höchst umstrittenen Hellinger folgen, der Hoffmann-Quadrinity-Prozess, Reinkarnationstherapie, The Work, Channeln und Engeltherapie sowie das zur Zeit weitverbreitete »Gesetz der Anziehung«, wie es durch den Bestseller »The Secret« verbreitet wird. Anschaulich werden die typischen Eigenschaften suspekter »Therapien« beschrieben und die oft verwendeten Argumente der Verteidiger schonungslos unter die Lupe genommen.

Die Autorin betont, das bei den meisten der von ihr kritisierten Techniken nicht nur potenzielle Risikofaktoren vorhanden sind, sondern dass es bereits Geschädigte oder Tote zu beklagen gibt. Ein Problem dabei: Ihre genaue Zahl kennt niemand, da nur jene Fälle registriert werden, die sich, von einer Seelenpfuscherbehandlung geschädigt, professioneller Hilfe zuwenden und auch diese Klienten werden nicht systematisch erfasst. Als gesichert gilt: Immer mehr Menschen gehen nach der Behandlung mit den im Buch beschriebenen Methoden schlechter als vorher. Darüber können auch nicht begeisterte Statements von Anhängern der Methoden und »Institute« hinweg täuschen, die sich auf den entsprechenden homepages tummeln.

Ohne alternativmedizinische Wege verurteilen zu wollen: Die Lektüre des Buchs ist allen zu empfehlen, die sich für Behandlungsmethoden außerhalb der etablierten Angebote interessieren. So kann präventive Schadensvermeidung gelingen.●

Dr. Roman Schweidlenka

Heike Dierbach: Die Seelenpfuscher. Pseudo-Therapien, die krank machen. Reinbeck bei Hamburg, Rowohlt Verlag, 2009, 12,40 EUR

Kalender 2011 Wegbereiterinnen:

Der Kalender Wegbereiterinnen – ein autonomes Frauenprojekt – erscheint nun schon zum neunten Mal und kann ab sofort bestellt werden. Das beliebte Sammelobjekt ist nicht mehr wegzudenken aus Büros, Werkstätten, Küchen, Wohnzimmern und Gemeinschaftsräumen. Der Wandkalender im Format DIN A3 präsentiert auch in diesem Jahr wieder zwölf aktive Frauen aus der Geschichte in Bild und Text. Viele historisch arbeitende Frauen und Männer schreiben an den fesselnden Portraits der zu Unrecht vergessenen Wegbereiterinnen mit. Auch im Kalender 2011 sind Frauen versammelt, die sich in Politik, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, im Widerstand, in der Kunst, als Journalistinnen oder als Schriftstellerinnen für die Rechte der Frauen eingesetzt und für ein besseres Leben ohne Unterdrückung und kriegerische Auseinandersetzungen gekämpft haben. Ein schönes Geschenk – für sich selbst und für viele andere Frauen und Männer.

Die Frauen in Wegbereiterinnen IX sind:
Brigitte Alexander (1911-1995) Emigrantin, Schauspielerin, Theaterproduzentin, **Judith Auer** (1905-1944) Mitstreiterin in der Widerstandsgruppe Saefkow-Jacob-Bästlein, **Marie Boehlen** (1911-1999) Kämpferin für das Frauenstimmrecht in der Schweiz, **Martha Fuchs** (1892-1966) Erste Ministerin in Deutschland, **Hope Bridges Adams Lehmann** (1855-1916) Ärztin und Sozialreformerin, **Karin Michaëlis** (1872-1950) Kämpferin für sexuelle Selbstbestimmung, **Georgia O'Keeffe** (1887-1986) Ikone der feministischen Bewegung, **Hilde Radusch** (1903-1994) Mittlerin zwischen den Frauengenerationen, **Larissa Reissner** (1895-1925) Eine kämpferische Journalistin, **Hilde Schimschok** (1913-2001) Mitstreiterin in der Widerstandsgruppe Winzen, **Amalie Seidel** (1876-1952) Revolutionär in Geist und Tat, **Johanna Tesch** (1875-1945) Streiterin für soziale Gerechtigkeit.

Konzipiert und herausgegeben wird der Kalender wie jedes Jahr von Gisela Notz, Historikerin und Sozialwissenschaftlerin und CONTRASTE-Autorin. Geschrieben haben diesmal: Claudia von Gélieu, Hella Hertzfeldt, Annette Neumann, Gisela Notz, Ulrike Schätte, Christl Wickert (alle Berlin), Monika Jarosch (Innsbruck), Shelley Rose (New York), Therese Wüthrich (Bern).

Sichert Euch das beliebte Sammelobjekt! Die Auflage ist limitiert.●

Gisela Notz

Bestellungen zum Preis von 13,50 EUR je Kalender zuzüglich 4,90 EUR Porto gegen Rechnung. Bei Abnahme von 10 Kalendern gibt es 1 zusätzliches Exemplar kostenlos und die Lieferung ist dann portofrei. Außer dem total vergriffenen Kalender 2003 gibt es noch einzelne Kalender aus den Vorjahren.

Bestellungen per Post: Pellens Verlag, Meckenheimer Allee 158, 53115 Bonn, per Fax: 0228/659766 oder per E-Mail: anita@pellens.de

Anzeige

PROJEKTE

Kommune in Freiburg sucht Menschen zum Zusammenleben. Unser Haus ist fast voll! 9 Erwachsene und 4 Kleinkinder. Lust auf solidarisches Zusammenleben?
☎(07 61) 592 47 77
kommunita-lotta@listi.jpberlin.de

GESCHICHTE (N) BEWAHREN – ein Generationen verbindendes Projekt:
Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org
☎(02 21) 31 57 83

Elisabeth Voß, NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V.
Wegweiser Solidarische Ökonomie
Anders Wirtschaften ist möglich!
ISBN 978-3-930830-50-3, 92 S., 9
Die vielfältigen theoretischen Konzepte, praktischen Betriebe und Projekte Solidarischer Ökonomien werden in diesem Buch vorgestellt: Kommunen, Haus- und Gartenprojekte, Projekte in den Bereichen Soziales, Kunst, Kultur, Bildung und Medien, Frauenprojekte, Tauschringe, Umsonstläden und Open-Source-Projekte, Finanzierungsstrukturen, Netzwerke und Verbände. Ergänzt wird dieser Überblick durch Beispiele von Projekten aus anderen Ländern und internationalen solidarischen Wirtschaftsbeziehungen.

Kulturamt Berlin-Neukölln (Hg.)
Le Grand Magasin
Künstlerische Beiträge zur Genossenschaftsentwicklung
ISBN 978-3-940865-05-2, 216 S., 22
Das Projekt Le Grand Magasin, das von dem Künstler Andreas Wegner initiiert wurde, widmet sich kollektiver Produktion und deren Potenzial in Kunst und Ökonomie. Internationale Künstler arbeiteten mit europäischen Genossenschaften zusammen und ein Modellkaufhaus für Waren aus genossenschaftlicher Produktion in Berlin entstand. Neben Berichten über europäische Genossenschaften wird das Modellkaufhaus in Berlin vorgestellt sowie die Ausstellungen in Ústí nad Labem (CZ), in Budapest und in Dunaújváros (HU).

AG SPAK Bücher
Holzheimer Straße 7
89233 Neu-Ulm, spak-buecher@leibi.de
Fon (07308) 91 9261, Fax (07308) 91 90 85
www.agspak-buecher.de

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG,
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa/ **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, Internet: www. ricardabuch.de, E-Mail: info@ricardabuch.de, und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bhuettner@nlatu.net / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@rrf-online.de / **51063 Köln, Redaktion Köln/ Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal:** Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinghausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Verkehr:** Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten:** Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7/09
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 3.-5.12.2010
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.kommune-niederkaufungen.de

Alternative Lebensgemeinschaften:
Strukturen, Vernetzung, Perspektiven

Der Rückzug aus der kapitalistischen Gesellschaft und das Ausprobieren alternativer Lebensweisen, die Suche nach einem richtigen Leben im Falschen, gehören spätestens seit den 70er Jahren zu den oft propagierten Lösungsansätzen zur Schaffung einer freieren Gesellschaft. Oft wird solchen Gemeinschaften vorgeworfen, sie stellten einen Rückzug ins Private dar, verlören den Zugang zum Rest der Gesellschaft. Andere behaupten, sich den Zwängen des Kapitalismus zu entziehen sei unmöglich, jeder Versuch auszubrechen führe zum Scheitern. Aber wieviel steckt hinter den Vorwürfen, wieviel hinter dem Lob? Wie sehen alternative Lebensgemeinschaften heute überhaupt aus? Sind sie nur private Rückzugsorte oder Orte der Zusammenkunft? Isolierte Enklaven, der Gnade des Kapitalismus ausgeliefert oder ein erstarkendes Netzwerk mit Zukunft? Fehlgeleitete Öko-Spinner oder die einzig wahren Revolutionäre?
Ein Mitglied der »Bibliothek der Freien«, konfrontiert mit viel Theoretischem, aber wenig Material zu den existierenden Gemeinschaften, präsentiert und debattiert die Resultate einer kritischen Forschungsreise durch alternative Lebensgemeinschaften in Berlin und Umland.
Termin: 26.11.2010, 19 Uhr
Bibliothek der Freien,
Anarchistische Bücherei
im Haus der Demokratie,
Greifswalder Str. 4, 2. Hof, Raum 1102,
10405 Berlin
DieFreien@BibliothekderFreien.de
www.BibliothekderFreien.de

Betriebe in Belegschaftshand
Bestand und Qualität von Arbeitsplätzen sichern

Die sozial- und arbeitsmarktpolitische Entwicklung insbesondere der vergangenen zehn Jahre zeigt, dass es heute nicht nur darum geht, Arbeitsplätze zu sichern. Der rasant wachsende Niedriglohnsektor, die Ausweitung der Leiharbeit, die politische Verhinderung von Mindestlöhnen, Dumpinglöhne und der »Kombilohn« über die Aufstockung durch Transferleistungen bedeuten, dass es immer mehr auch um die Qualität der Arbeit gehen muss.
So werden MitarbeiterInnen insbesondere bei Insolvenzen, bei Firmenverkäufen und -übernahmen durch Hedgefonds, oder im Rahmen von Nachfolgeregelungen zur Manövriermasse ohne angemessenen Einfluss. Ist ein Investor gefunden, ist das Unternehmen gerettet. Es folgt allerdings für viele Kolleginnen und Kollegen ein böses Erwachen. Die Alternative der Übernahme des Unternehmens durch die Belegschaft wird i.d.R. nicht gesehen oder von den BetriebsrätInnen und den MitarbeiterInnen als nicht realistisch eingestuft. Die Fortführung von Betrieben durch ihre Belegschaften hat in Deutschland jedoch in etlichen Fällen zur Sicherung von Arbeitsplätzen und guten Arbeitsbedingungen geführt. In anderen europäischen Ländern ist die Entwicklung nicht nur weiter, sie wird auch durch bessere gesetzliche und fiskalische Rahmenbedingungen und die Unterstützung durch spezielle Organisationen, Gewerkschaften und Genossenschaftsverbände erleichtert.

Unsere Arbeitstagung setzt an diesem Punkt an. Mit Beispielen von Betrieben in Belegschaftshand soll die »Machbarkeit« geprüft und die Attraktivität deutlich gemacht werden. Im Vordergrund steht die dringende Verbesserung der gesetzlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie der unterstützenden gesellschaftlichen Strukturen. Einen ebenso wichtigen Stellenwert haben jedoch die Probleme und Fragen, die sich für die beteiligten MitarbeiterInnen, für die BetriebsrätInnen und auch für die Gewerkschaften stellen: Für alle Betriebsangehörigen ist der Übergang zur Selbstverwaltung mit einem grundlegenden Wandel des Rollenverständnisses verbunden. Nur mit Hilfe von umfassender Beratung und Betreuung ist daher ein Übergangsprozess zu bewältigen; es geht um »Ermutigen und Ertüchtigen«. Betriebsräten und Gewerkschaften kommen dabei zentrale Aufgaben zu. Und auch ihre Rollen im Übergangsprozess und im selbstverwalteten Betrieb müssen sie neu definieren. Neben der Wahrnehmung ihres gesellschaftspolitischen Mandats im Sinne einer neuen Wirtschaftsdemokratie ist es vorstellbar, dass sie schulen und beraten, Konflikte schlichten und an der (Weiter-)Entwicklung von demokratischen Strukturen und innerer Stabilität des fortgeführten Betriebes mitwirken. Aber die Ausgestaltung der neuen Rollen ist zunächst offen.
Mit der Arbeitstagung wollen wir VertreterInnen aus dem DGB, den Einzelgewerkschaften, MitarbeiterInnen aus den Technologieberatungsstellen des DGB, gewerkschaftsnahe Beratungseinrichtungen, GründungsberaterInnen der Genossenschaftsverbände, MitarbeiterInnen aus selbstverwalteten Unternehmen und weitere Menschen, die im Umfeld des Themas tätig sind, zusammen führen.
Veranstalter:
Bundesarbeitsgemeinschaft Solidarische Ökonomie im Attac Trägerverein e.V.,
www.attac.de,
Bundesverein z. Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V.,
www.genossenschaftsgedanke.de und Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.,
www.zdk.coop
Termin: 3. Dezember 2010
10.30 bis 17 Uhr
Ort: Frankfurt a.M., DGB-Haus,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69
(Nähe HBF)
Teilnahmebeitrag 10 EUR ist vor der Tagung auf das Konto der innova eG, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 860 205 00, Konto 34 633 00, Stichwort: Tagung am 3.12.10, zu überweisen.
Info: http://tinyurl.com/397jt33
Anmeldung: solioeko@attac.de

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Mit fairem Konsum bessere Arbeitsbedingungen schaffen? – Die »Nueva Vida Fair Trade Zone« tourt durch Deutschland

Vom **1. bis 12. November 2010** werden Maria Elena Medina Vallejos und Sulema Mena Garay von der Frauenkooperative »Nueva Vida Fair Trade Zone« in zehn bundesdeutschen Städten nicht nur von den schlechten Arbeitsbedingungen in den Sweatshops der Textilindustriebranche berichten, sondern auch Perspektiven jenseits der Konkurrenzwirtschaft aufzeigen. Begleitet werden die Veranstaltungen von lokalen Initiativen aus den Themengebieten der gewerkschaftlichen, der Fair-Trade-, und der Eine-Welt-Arbeit.
»Der Grundsatz, dass mit dem Kauf von Produkten aus Kooperativen Menschen hierzulande sichere Arbeitsplätze in Ländern des Südens fördern können, soll in der Veranstaltungsreihe verdeutlicht werden«, so die Koordinatorin Beate Gonitzki. »Wir wollen den BesucherInnen der Veranstaltungen den Zusammenhang zwischen dem eigenen Konsum und den ausbeuterischen Arbeitsverhältnisses aufzeigen.« Die Reihe will die BesucherInnen für einen bewussten Konsum sensibilisieren und ein Nachdenken über die eigenen Kaufentscheidungen anstoßen.
Die Kooperative »Nueva Vida Fair Trade Zone« hat nach der Zerstörung der Sweatshops-Arbeitsstätten durch den Hurrikan Mitch mit Hilfe einer Anschubfinanzierung von der Non-Profit-Organisation »Center for Development in Central America« (CDCA) innerhalb weniger Jahre die Kooperative »Nueva Vida Fair Trade Zone« aufgebaut, die aktuell 36 Arbeiterinnen in Vollzeit beschäftigt. Gebäude und Maschinen sind Eigentum der Mitglieder, die sich selbst als »owner-workers« bezeichnen.
Die Kooperative ist genossenschaftlich organisiert. Somit werden alle Entscheidungen auf dem monatlichen Plenum, bei dem jedes Mitglied der Kooperative gleichberechtigt eine Stimme hat, getroffen. Neue Genossinnen müssen nach spätestens drei Monaten verpflichtend Mitglied werden, um ein vermeintliches Arbeitnehmerinnen-Arbeitgeberinnen-Verhältnis dauerhaft zu verhindern.
Weiterhin garantiert das Kollektiv, im lokalen Kontext betrachtet, faire existenzsicherende Löhne. Zur Zeit zahlen sich die Mitglieder ein Einkommen von (umgerechnet) 140 US-Dollar aus. Der gemeinsam festgelegte betriebsinterne Mindestlohn ist im Durchschnitt 25% höher als der landesweite Mindestlohn.

Ursprünglich sollte die Rundreise bereits im Juli stattfinden. Da die Fluggesellschaft Iberia sich aber weigerte, die beiden Frauen trotz ausreichender Papiere aus Costa Rica ausreisen zu lassen, musste sie auf November 2010 verschoben werden.

Initiiert wird diese Veranstaltungsreihe von dem gemeinnützigem Verein »Netzwerk Kritische Masse« e.V. aus Hannover in Kooperation mit der »Stiftung Leben & Umwelt« – Heinrich Böll Stiftung Niedersachsen, der »Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen«, dem »Café Libertad Kollektiv eG«, dem »Jugendumwelt-Netzwerk JANUN e.V.«, dem »Inkota-Netzwerk e.V.«, der Christlichen Initiative »Romero«, dem Agenda21-Büro der Stadt Hannover und den Fair-Trade-Händlern »Bekleidungssyndikat« aus Hannover und »Zündstoff« aus Freiburg.

Des Weiteren mit der finanziellen Unterstützung von dem Evangelischen Entwicklungsdienst, »Umverteilen! – Stiftung für eine, solidarische Welt«, »in-Went« (Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH) und dem »Katholischen Fonds – Kooperation Eine Welt«.
Termine:
http://kritische-masse.vpweb.de
Info:
rundreise@netzwerk-kritische-masse.net

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Die neue Landnahme in Afrika, Asien und Lateinamerika

Die Jagd privater und staatlicher Investoren nach Agrarland im globalen Süden nimmt rasant zu. Angetrieben wird sie nicht nur durch die Nahrungsmittelkrise, den Klimawandel und die steigende Nachfrage nach Agrarrohstoffen, sondern auch durch die Weltwirtschaftskrise. Der von Finanzinvestoren erwartete Umschlag von der Deflation in die Inflation stimuliert die Entwicklung unzähliger Agrarfonds. Fruchtbarer Boden gilt bei Anlegern als eine sichere und inflationsbeständige Vermögensklasse. Laut Weltbank sind die attraktivsten Zielländer dabei jene mit hoher Landverfügbarkeit, geringer Mechanisierung und defizitärer Bodenregulierung. Investitionen finden demnach bevorzugt dort statt, wo traditionelle LandnutzerInnen leicht verdrängt werden können, großflächige Monokulturen möglich sind und der Maschineneinsatz kurzfristige Produktivitätsgewinne verspricht.

Die »neue Landnahme« birgt daher ganz erhebliche ökologische und soziale Risiken in den Anbauländern. Während das industrielle Produktionsmodell die Bodenfruchtbarkeit, Wasserqualität und Biodiversität beeinträchtigt, droht KleinbäuerInnen, Indigenen und Hirten mit unsicheren Nutzungsrechten die beschleunigte Vertreibung. Hinzu kommt die Gefahr interner Versorgungsengpässe auf den Lebensmittelmärkten, wenn wachsende Flächenanteile der Exportproduktion anheimfallen.

Zwar haben internationale Entwicklungsorganisationen die Risiken für Umwelt und Ernährungssicherheit erkannt, ihre vornehmliche Antwort aber – freiwillige Richtlinien und Prinzipien für »verantwortungsvolle« Agrarinvestitionen – kann nicht zufriedenstellen. Ein effektiver Schutz natürlicher Ressourcen und traditioneller Landrechte erfordert weit durchgreifendere Maßnahmen sowohl in den Herkunfts- als auch in den Zielländern der Agrarinvestitionen. Doch diesbezügliche Vorschläge aus der Zivilgesellschaft bleiben bisher weitgehend ungehört. Vor allem die Stimme der Betroffenen im Süden müsste ein weit höheres Gewicht erhalten: Für sie ist die Eindämmung des »Land Grabbing« von existenzieller Bedeutung.
Termin: 18.11.2010, 12.30 bis 20 Uhr
Ort: Im Kirchsaal des Hotels Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Ziegelstr. 30, 10117 Berlin

Eine Veranstaltung des Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika FDCL e.V. und Brot für die Welt.
Anmeldung unter: info@fdcl.org
☎ (0 30) 693 40 29, Fax 692 65 90

KONGRESS

So, wie es ist, bleibt es nicht
Der …umsGanze! – Kongress zu Arbeit und Krise

Gestern noch als bestmögliche Wirtschaftsform geadelt, erscheint heute vielen der Kapitalismus mit seiner krisenhaften Dynamik eher als fortwährende Bedrohung der eigenen Lebenslage: EU-Staaten stehen vor dem Staatsbankrott, Geldanlagen privater Sparer haben sich in Luft aufgelöst. Massive Einsparungen im Sozial- und Gesundheitssystem stehen auf der Agenda. Ebenso Einschnitte beim Lohnniveau und eine Erhöhung des Rentenalters. Was einst als sicher galt, entpuppt sich in Zeiten der Krise umso mehr als umkämpftes Privileg auf Widerruf. Nicht allein Konservativen erscheint das einstige Fortschrittsversprechen des Kapitalismus deshalb längst als böser Fluch.

Wir wollen mit dem Kongress ein systematisches Verständnis der aktuellen Krise fördern und nach dem generellen Zusammenhang zwischen Arbeit, kapitalistischer Verwertung und krisenhafter Entwicklung fragen. Der Kongress verfolgt dabei folgende Linie: Angefangen bei der Frage nach dem Zusammenhang von Krise und kapitalistischer Produktionsweise im Allgemeinen, wollen wir das Besondere der aktuellen Krise analysieren und nach den Transformationen der Arbeit und des Sozialen fragen. Schließlich soll kontrovers die Tragfähigkeit des Konzepts einer »sozialen Gerechtigkeit« für eine emanzipatorische Linke diskutiert werden. Das Nachdenken über Alternativen zum Kapitalismus muss sich als doppelte Kritik vollziehen: Am Kapitalismus als verselbstständigtes, unnötiges Zwangsverhältnis ebenso wie am (Real-)Sozialismus als schlechter Versuch seiner Aufhebung. In diesem Sinne wollen wir auf dem Kongress diskutieren, wie ein Bezug auf den Kommunismus heute aussehen könnte.

So, wie es ist, bleibt es nicht – das ist auch die Einsicht, dass die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise mit all ihren Verheerungen prinzipiell abgeschafft werden kann. Den Kapitalismus durch einen »Verein freier Menschen« zu ersetzen, diesem Vorhaben sieht sich der Kongress verpflichtet.
Termin: 3.-5.12.2010
Ort: Ruhr-Universität Bochum
Mehr: http://kongress.umsganze.de

AK ANNA

Vom **19. bis 21.11.2010** findet in Bremen im Paradox das Treffen/Tagung »Selbstbestimmte Technikentwicklung und -nutzung« statt. Die gesellschaftliche Entwicklung ist auf das Engste mit der Technologieentwicklung verknüpft. Selbstbestimmung setzt insofern voraus, dass wir auch über die Technikentwicklung und -nutzung (mit)bestimmen.
Wo liegen die Probleme und wie ist das umsetzbar?
Infos unter:
www.ak-anna.org/selbstbestimmte_technikentwicklung.html

BERLIN

Tausch und Täuschung
Die Immobilienspekulation und die Idee eines neuen Eigentumsrechts

Leistung wird gegen Leistung getauscht. Das ist das Prinzip der Wirtschaft. Gerecht kann es dabei nur zugehen, wenn niemand in die Lage kommt, etwas gegen eine Leistung einzutauschen, das seinerseits keine Leistung ist. Der Boden ist keine menschliche Leistung, anders als die Produkte, die darauf erarbeitet werden können. Es kann deshalb höchstens sein, dass jemand das Recht darauf hat, den Boden zu nutzen. Das Recht als solches ist aber nicht vergleichbar mit einem Produkt menschlicher Arbeit. Wir vergleichen beides trotzdem, indem wir dem Recht einen Preis geben und es gegen Waren tauschen. Das Ergebnis ist ein manipulierter Leistungstausch, in dem die einen ihre Arbeit hingeben müssen, damit die anderen ein arbeitsloses Einkommen beziehen dürfen. Aus dem Tauschen ist ein Täuschen geworden. Wir werden herausfinden, wie das Täuschen mit dem aus dem römischen Patriarchat importierten Eigentumsrecht zusammenhängt, und wie daraus die vielgenannten, aber nie verstandenen »Scheinwerte« entstehen. Schließlich wollen wir sehen, ob es uns gelingt, die Umrisse eines neuen Eigentumsrechts, jenseits von Privat- oder Staatseigentum, zu zeichnen.
Termin: 19.-21.11.2010
Ort: Sinnewerk, Rigaer Str. 104, 10247 Berlin
Da die Teilnehmerzahl auf 20 Personen begrenzt ist, solltet Ihr Euch rechtzeitig anmelden:
Johannes Mosmann
☎ (0 30) 26 30 52 02
institut@dreigliederung.de
www.dreigliederung.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg